Ressourcen Forum Austria

Österreichischer Gemeindebund

Initiative zur Erforschung einer umweltverträglichen nachhaltigen Ressourcenbewirtschaftung
Ressourcen Management Agentur

MAßNAHMENKATALOG

Projekt „Ressourceneffiziente Gemeinde“

Foto: BMNT, Fotograf: Florian Köfler

nachhaltige Beschaffung

Foto: RMA

Flächennutzung

Foto: BMNT, Fotograf: GeoPic/Robert John

Kooperation

MIT UNTERSTÜTZUNG VON BUND, LÄNDERN UND EUROPÄISCHER UNION

Bundesministerium Nachhaltigkeit und Tourismus

LE 14-20
Entwicklung für den Ländlichen Raum

Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums: Hier investiert Europa in die ländlichen Gebiete

Projektleitung:
Ressourcenforum Austria, Schwarzstrasse 19, 5020 Salzburg
DI Dr. Nikolaus Lienbacher

Projektpartner:
Ressourcen Management Agentur (RMA), Argentinierstraße 48 / 2. Stock, 1040 Wien:
Hans Daxbeck, Nathalia Kisliakova, Nadine Müller, Verena Flechsel, Cornelia Mayr
Österreichischer Gemeindebund: Löwelstraße 6, 1010 Wien

Für den Inhalt verantwortlich:
Ressourcen Management Agentur (RMA)
Argentinierstraße 48 / 2. Stock
1040 Wien
Telefon: +43 (1) 913 22 52.0
Email: office@rma.at

Ressourcen Forum Austria

Österreichischer Gemeindebund

RMA
Initiative zur Erforschung einer umweltverträglichen nachhaltigen Ressourcenbewirtschaftung
Ressourcen Management Agentur

Maßnahmenkatalog

(Projekt: ReGe Strat)

Entwicklung einer Strategie zur Positionierung des Themas „Ressourcen“ in den österreichischen Gemeinden und Initiierung einer Umsetzung

(Vers. 0.31)

Im Auftrag

MIT UNTERSTÜTZUNG VON BUND, LÄNDERN UND EUROPÄISCHER UNION

Bundesministerium
Nachhaltigkeit und Tourismus

LE 14-20
Entwicklung für den Ländlichen Raum

Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums: Hier investiert Europa in die ländlichen Gebiete

Die Ressourcen Management Agentur

ist ein Klimabündnisbetrieb

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis IV
Überblick 1
1 Nachhaltige Beschaffung in der Gemeinde 9
1.1 Öko-Putzmittel für eine saubere Zukunft 11
1.2 Bauhof: Akku statt Benzin 13
1.3 „Ghörig feschta“ 15
1.4 Energiefressern den Strom abdrehen 17
1.5 Eine nachhaltig beschaffene Schule 21
1.6 Ausgezeichnetes Blütenfest 25
1.7 Sonnenenergie für Oberösterreich 29
1.8 Ein Dach aus Sonne 31
1.9 Mit Biomasse ein Zeichen für den Klimaschutz 33
2 Flächennutzung 39
2.1 Treffpunkt Leerstand 41
2.2 „Spinnerei“ mit Mehrwert 45
2.3 Jung und Alt harmonisch Miteinander 49
2.4 Das Leben findet Innenstadt 51
2.5 Ausgezeichneter Sonnengarten 55
2.6 Gerberei belebt Tourismus 59
2.7 Neues Leben für alten Hof 61
2.8 Vom „Schandfleck“ zum Prunkstück 65
2.9 Die Post lädt ein 67
2.10 Schule lernt nie aus! 69
2.11 Leerstehende Geschäftslokale touristisch nutzen 73
2.12 Belebte Innenstadt 77
2.13 Wachstum im Betriebsgebiet 81
2.14 Gemeinsam Zukunft gestalten – Stadterneuerung in NÖ 85
2.15 Zukunft z’sammsetzn 89
2.16 Unter gutem Stern: vom Gasthof zum Wohnhaus 93
2.17 Pöchlarn als Vorbild für Zentrumsbelebung 97
2.18 Pilotprozess Zentrumsentwicklung 101
2.19 Aus Leerstand: „PopUp“! 105

3 Gemeindeübergreifende Kooperation 111
3.1 Innovative Technikförderung im Traunviertel 113
3.2 „Quadrella“ – Kooperation im Quadrat 117
3.3 Bauhof stärkt Zusammenhalt 121
3.4 Energieeffizienz durch Kooperation 125
3.5 Gemeinsam den (Ab)wasserweg entlang 129
3.6 „Lach dir die Sonne an“ 131
3.7 Ökoregion Kaindorf – gemein(de)sam für Ressourceneffizienz 135
3.8 (eCar)sharing is caring 141
3.9 Zwei Gemeinden – eine Idee 143
3.10 Verwertung statt Entsorgung 147
3.11 Meister der Zusammenarbeit! 151
3.12 3 Gemeinden – 1 Zukunft! 153
3.13 Erfolgsprojekt gemeindeübergreifender Gewerbepark 157
3.14 ASZ und KIGA – gemeindeübergreifend gemeinsam nutzen 161
4 Fördermöglichkeiten für Gemeinden 165
4.1 Bundesförderungen 165
4.2 Niederösterreich 169
4.3 Oberösterreich 173
4.4 Vorarlberg 175
4.5 Burgenland 177
4.6 Kärnten 179
4.7 Salzburg 183
4.8 Steiermark 185
4.9 Tirol 187

Überblick

Projekt	Gemeinde	Bundesland	Worum geht's	S.
Nachhaltige Beschaffung				
Öko-Putzmittel für eine saubere Zukunft	Weiz	Steiermark	In der Stadtgemeinde werden zur Reinigung öffentlicher Gebäude ökologische Reinigungsmittel verwendet.	15
Bauhof: Akku statt Benzin	Wieselburg	Niederösterreich	Einsatz von e-Fahrzeugen am kommunalen Bauhof, sowie Akkugeräte statt benzinbetriebene.	17
„Ghörig feschta“	Doren	Vorarlberg	Durch die Initiative „Ghörig feschta“ werden Gemeinden bei der Umsetzung von nachhaltigen Veranstaltungen unterstützt.	19
Energiefressern den Strom abdrehen	Virgen	Tirol	Die Gemeinde unterstützt Haushalte beim Austausch von alten Haushaltsgeräten durch neue energiesparende.	21
Eine nachhaltig beschaffene Schule	Altmünster	Oberösterreich	Neubau/Erweiterung einer Schule unter der Verwendung ökologischer und regionaler Bau-materialien.	25
Ausgezeichnetes Blütenfest	Seeham	Salzburg	Das jährlich initiierte Blütenfest ist gekennzeichnet durch ressourcenschonenden Umgang mit Rohstoffen sowie nachhaltige Beschaffung und Mobilität.	29
Sonnenenergie für Oberösterreich	St. Florian	Oberösterreich	Errichtung eines PV-Bürgerkraftwerks auf der Musikhauptschule St. Florian	33
Ein Dach aus Sonne	Thomatal	Salzburg	Errichtung einer PV-Anlage auf dem Carportdach der Volksschule Thomatal	35
Mit Biomasse ein Zeichen für den Klimaschutz	Windischgarsten	Oberösterreich	Errichtung einer Biomasseanlage zur Energieversorgung öffentlicher Gebäude	37

Projekt	Gemeinde	Bundesland	Worum geht's	S.
Flächennutzung				
Treffpunkt Leerstand	Ottensheim	Oberösterreich	Das alte, leerstehende Amtshaus wurde revitalisiert und als neues Gemeindeamt eröffnet.	43
„Spinnerei" mit Mehrwert	Teesdorf	Niederösterreich	In der ehemaligen Spinnerei wurden 69 Wohnungen errichtet.	47
Jung und Alt harmonisch miteinander	Langenegg	Vorarlberg	In einem denkmalgeschützten renovierten Haus wurden u.A. ein Jugendraum und Musikprobelokal nach ökologischen Kriterien errichtet.	51
Das Leben findet Innenstadt	Zistersdorf	Niederösterreich	Umgestaltung eines alten Areals zu einem „Generationenspielplatz"	53
Ausgezeichneter Sonnengarten	Zell am See	Salzburg	Errichtung von nachhaltigen Wohnbauten mit möglichst geringer Flächenversiegelung.	57
Gerberei belebt Tourismus	Erlaufsee	Niederösterreich	Umbau einer ehemaligen Gerberei zu einem Dorfresort.	61
Neues Leben für alten Hof	Großriedenthal	Niederösterreich	Ein leerstehender Hof wurde unter ökologischen Standards renoviert und zu einem Wirtshaus mit Gästezimmern umgebaut.	63
Vom „Schandfleck zum Prunkstück"	Unterloisdorf	Niederösterreich	Das leerstehende Schulgebäude wurde revitalisiert und dient nun als Dorfzentrum.	67
Die Post lädt ein	Drassburg	Burgenland	Revitalisierung eines ungenutzten Postgebäudes zu einem Kommunikationszentrum mit u.A. einem Cafehaus, Schmankerlladen und einer Postabteilung	69
Schule lernt nie aus	Zillingtal	Burgenland	Sanierung eines alten Schulgebäudes zur Nutzung als Musikerhaus für diverse Vereine.	71
Leerstehende Geschäftslokale touristisch nutzen	Güssing, St.Michael, Schallendorf, Gamischdorf, Sulz, Rehgraben und Gerersdorf	Burgenland	Leerstehende Flächen oder Objekte im Raum Güssing werden zu touristischen Unterkünften umgewandelt.	75

Projekt	Gemeinde	Bundesland	Worum geht's	S.
Belebte Innenstadt	Wirtschaftsraum Waidhofen/Ybbs	Niederösterreich	Umsetzung von Maß-nahmen zur Zentrums-erneuerung und -entwicklung.	79
Wachstum im Betriebsgebiet	Krummnußbaum	Niederösterreich	Erweiterung des Betriebsgebiets Krummnußbaum durch Ansiedelung neuer Betriebe ab 2019	83
Gemeinsam Zukunft gestalten – Stadterneuerung in NÖ	Ober-Grafendorf	Niederösterreich	Politik und Verwaltung der Gemeinde entwickeln gemeinsam mit den BürgerInnen Maß-nahmen zur Gestaltung des Ortskerns.	87
Zukunft z'sammsetzen	Ardagger	Niederösterreich	Umsetzung von diversen Maßnahmen im Bereich erneuerbarer Energie infolge der Initiierung eines Gemeinde-leitbildes.	91
Unter gutem Stern: vom Gasthof zum Wohnhaus	Krems	Niederösterreich	Sanierung eines leerstehenden Gasthofes. Dabei wurden 23 seniorengerechte Wohneinheiten errichtet.	95
Pöchlarn als Vorbild für Zentrumsbelebung	Pöchlarn	Niederösterreich	Umsetzung von Maßnahmen zur Neugestaltung des Ortszentrums im Zuge der Dorf- und Stadt-erneuerungsinitiative NÖ.	99
Pilotprozess Zentrumsentwicklung	Markersdorf-Haindorf	Niederösterreich	Umsetzung von Maßnahmen zur Neu-gestaltung des Zentrums im Zuge des Prozesses Zentrumsentwicklung Niederösterreich.	103
Aus Leerstand: „PopUp"	Enns	Oberösterreich	Durch Initiierung eines Leerstandsbeauftragten werden viele Leerstände in der Stadt durch neue Läden belebt.	107
Gemeindeübergreifende Kooperation				
Innovative Technikförderung im Traunviertel	Schlierbach	Oberösterreich	Errichtung eines gemeindeübergreifenden Technologie- und Innovationszentrum (TIZ)	115

Projekt	Gemeinde	Bundesland	Worum geht's	S.
Quadrella – Kooperation im Quadrat	Bürs, Bludenz und Nüziders	Vorarlberg	Errichtung des inter-kommunalen Betriebs-gebietes Quadrella	119
Bauhof stärkt Zusammenhalt	Aspach, Roßbach, Höhnhart, St.Veit	Oberösterreich	Errichtung des gemeindeübergreifenden Bauhofs „Dienstleistungszentrum 4 Sonnen“	123
Energieeffizienz durch Kooperation	Klima- und Energiemodellregion Traunstein	Oberösterreich	Zu Themen der Energie-effizienz und der Nutzung von erneuerbarer Energie werden gemeindeübergreifend Maßnahmen geplant und realisiert.	127
Gemeinsam den (Ab)wasserweg entlang	Pennewang, Gunskirchen	Oberösterreich	Zusammenschluss zweier Gemeinden zur gemeinsamen Nutzung einer Kläranlage	131
„Lach dir die Sonne an“	Tullnerbach, Pressbaum, Wolfsgraben	Niederösterreich	Die Initiierung der gemeindeübergreifenden Solarkampagne hatte die Verdichtung der Solaranlagen auf Gemeindegebiet zum Ziel	133
Ökoregion Kaindorf – gemein(de)sam für Ressourceneffizienz	Kaindorf – Bezirk Hartberg	Steiermark	Durchführung von diversen Projekten im Zuge einer nachhaltigen und ökologischen Kreislaufwirtschaft in der Region.	137
(eCar)sharing is caring	Bezirk Mödling	Niederösterreich	Bereitstellung eines e-Carsharing Modells mit 5 e-Fahrzeugen für die Bevölkerung	143
Zwei Gemeinden – eine Idee	Kundl, Breitenbach	Tirol	Die zwei Gemeinden teilen sich neben einem Sozialzentrum u.A. einen Kompostierplatz sowie eine Werststoffsammel-stelle.	145
Verwertung statt Entsorgung	Region Vorderland-Feldkirch	Vorarlberg	Errichtung eines über-regionalen Altstoff-sammelzentrum in der Region	149
Meister der Zusammenarbeit	Mühltal + Region Böhmerwald	Oberösterreich	Gründung eines Reinhalteverbands mit 25 Mitgliedsgemeinden, welche gemeinsam Kanalnetz, Pumpwerke	153

			und Kläranlagen betreuen.	
Projekt	**Gemeinde**	**Bundesland**	**Worum geht's**	**S.**
3 Gemeinden – 1 Zukunft	Hartl, Großhartl, Tiefenbach	Steiermark	Errichtung des gemeindeübergreifenden Gewerbeparks Hartl-Tiefenbach	155
Erfolgsprojekt gemeindeübergreifender Gewerbepark	Völkermarkt, Griffen, Diex	Kärnten	Errichtung des interkommunalen Gewerbeparks (IGP) in Südkärnten	159
ASZ und KIGA – gemeindeübergreifend gemeinsam nutzen			Zusammenschluss verschiedener Gemeinden zur gemeinsamen Nutzung eines Kindergartens und eines Altstoffsammelzentrum	163
Fördermöglichkeiten für Gemeinden				167

Nachhaltige Beschaffung

1 Nachhaltige Beschaffung in der Gemeinde

Bei bestehenden Konsum- und Produktionsmuster gilt es, diese nachhaltiger, ressourcen- und energieeffizienter zu gestalten, um auch künftig eine hohe Umwelt- und Lebensqualität sicherzustellen. Die öffentliche Hand übt dabei eine wichtige Vorbildfunktion für die Bevölkerung aus. Der Einkauf von Produkten und Dienstleistungen hat auch nach der bevorstehenden Novellierung des BVergG grundsätzlich zu angemessenen Preisen zu erfolgen (§§20 BVergG). Im künftigen BVerG wird das Bestbieterprinzip gesetzlich verankert werden. Gesellschaftliche Aspekte wie Umwelt, Soziales und Innovation werden damit in öffentlichen Vergaben weiter deutlich ausgewertet. Das zeigt, dass Initiativen der letzten Jahre, wie der österreichische Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung (naBe-Aktionsplan aus 2010) und andere Initiativen für die öffentliche und private Beschaffung auf dem richtigen Weg sind.

Ob Fairtrade-Kaffee oder Möbel aus heimischem Holz anstatt aus den Tropen – das Bewusstsein, dass unsere Handlungen eine lange Auswirkungskette auf andere Menschen und auf die Umwelt auslösen, wurde in den letzten Jahrzehnten aktiv gebildet. Der nächste Schritt war es, diesen Ansatz auch auf die öffentliche Beschaffung zu übertragen. Aus diesem Grund verabschiedete die EU 2014 die neuesten EU-Richtlinien für das Vergabewesen, welche die Möglichkeiten eröffnen, die staatliche Beschaffung ökologisch und sozial verträglicher zu gestalten.

In Österreich trat im Jahr 2010 der österreichische Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung (naBe-Aktionsplan) in Kraft. Dieser wurde durch die Novellen des Bundesvergabegesetzes seit März 2016 hinsichtlich des Bestbieter, anstatt des Billigstbieterprinzips für öffentliche Aufträge, gestärkt. Das zentrale Ziel des Aktionsplans ist, dass Produkte und Leistungen, die öffentliche Auftraggeber beschaffen, einem Basisniveau an Nachhaltigkeit entsprechen. Derzeit sind für 16 Beschaffungsgruppen ökologische Kernkriterien formuliert: Kopierpapier und grafisches Papier; Reinigungsmittel und -dienstleistungen; Computer, Monitore und bildgebende Geräte; Lebensmittel; Textilien; Möbel; Pkw, leichte Nutzfahrzeuge, Busse und Busdienstleistungen, Abfallsammelfahrzeuge; Gartenbauprodukte; Strom; Hochbau; Innenausstattung; Tiefbau; Haushaltsgeräte; Hygienepapier; Büromaterial; Veranstaltungen/Green Events (www.nachhaltigebeschaffung.at).

Obwohl sich das Projekt „ressourceneffiziente Gemeinde“ schwerpunktmäßig auf nachhaltige Beschaffung bei Produkten, Dienstleistungen und im Bauwesen konzentriert, sind die Möglichkeiten für umwelt- und sozialbewussten Einkauf vielfältig. Maßnahmen, wodurch eine nachhaltige, öffentliche Beschaffung in der Praxis gelebt werden kann, können beispielsweise umfassen:

- Einkauf von langlebigen, qualitativ hochwertigen, wiederverwert-/wiederbefüllbaren, energieeffizienten Produkten in möglichst großen Verpackungseinheiten: dieser Kriteriensatz ist nach der Regionalität der zweitwichtigste für die österreichischen Gemeinden, welche 2016 an der Befragung zur Ressourceneffizienz in der Gemeinde teilnahmen.

- „grün“ feiern: die Initiative einschl. der Zertifizierung „Green Events Austria“ ist mittlerweile 163bereits gut in den österreichischen Gemeinden verankert und in vielen Bundesländern auch heimisch getauft (z.B. „G’scheit feiern“ in der Steiermark oder „Ghörig feschta“ in Vorarlberg).
- Einkauf von umweltfreundlichen Reinigungsmitteln, die die Gesundheit des Reinigungspersonals nicht belasten.
- Einkauf von saisonalen und biologisch angebauten Lebensmitteln aus der Region sowie aus Fleisch aus artgerechter Haltung.
- Winterdienst könnte mit weniger Streugut auskommen, wenn eine rechtzeitige mechanische Reinigung vorgeschaltet wird.
- bei Gebäudeumbau gut erhaltene und alte Bauteile einsetzen, anstatt neue Bauelemente zu beschaffen.
- bei der Straßenbeleuchtung ineffiziente Lampen durch effiziente wie Natriumdampf-Hochdrucklampen und lichtemittierende Dioden (LED-Lampen) austauschen.

Links zu weiteren Informationen:

Nachhaltig beschaffen – eine Orientierung für Gemeinden:

http://www.nachhaltigebeschaffung.at/sites/default/files/nabe-broschuere_fuer_staedte_und_gemeinden_online-version_barrierefrei_0.pdf

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160401_OTS0022/bestpreis-statt-billigstbieter-was-heisst-das-bild

1.1 Öko-Putzmittel für eine saubere Zukunft

Nachhaltige Beschaffung im Bereich der Reinigung: Die Stadtgemeinde Weiz setzt seit ca. 12 Jahren auf ökologische Reinigung in öffentlichen Gebäuden.

Quelle: CC0 Creative Commons

Gemeinde: Stadtgemeinde Weiz (Stmk) 11.508 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Die Stadtgemeinde organisiert Schulungen für das Reinigungspersonal in öffentlichen Gebäuden, um es auf ökologische Reinigung, Chemikalienkennzeichnung, Arbeits- und Hautschutzmaßnahmen, richtige Dosierung und Materialeigenschaften von Oberflächen zu sensibilisieren.

Der Weg zum Erfolg:
Vor mehr als 12 Jahren hat das Umweltbüro der Gemeindeverwaltung erste Versuche für den Umstieg auf eine ökologische Reinigung in den Verwaltungsgebäuden gemacht. Diese Versuche wurden jedoch mit einem eher überschaubaren Erfolg gekennzeichnet, da Gewohnheiten in der Reinigungsroutine fest verwurzelt waren.

Unterstützung kam von einer Mitarbeiterin des Unternehmens ENJO Vertriebs GmbH (http://www.enjo.net/at-east/), welche selbst die Initiative ergriff: der Einstieg war das gemeinsame Putzen mit dem Reinigungspersonal im Kindergarten (ehemalige Neugasse), wobei sie auch die Vorteile von Mikrofaserreinigungsputztüchern und ökologischen Reinigungsmitteln erklärte. Gemeinsam mit dem Umweltbüro der Gemeinde wurde der dauerhafte Umstieg auf ökologische Reinigungsmittel stufenweise verankert und ausgeweitet. Neben der Veröffentlichung von Artikeln in der Stadtzeitung, wurden in der Ortschaft Informationen und Empfehlungen mündlich sowie schriftlich anhand eines Folders weitergegeben.

Als nächsten Schritt hat das Umweltbüro der Gemeinde - gemeinsam mit „die Umweltberatung“ - Kurse zur ökologischen Reinigung für das Reinigungspersonal abgehalten.

Parallel dazu wurden und werden im Innovationszentrum der Gemeinde regelmäßige Austauschtreffen für das Reinigungspersonal organisiert.

Der Einsatz hat sich schließlich gelohnt: mittlerweile werden 11 öffentliche Gebäude in der Gemeinde nur mehr ökologisch gereinigt (z.B. die vier Kindergärten, das Innovationszentrum, der Bauhof, das Gemeindeamt, die 4 Schulen werden in einem gemischten System ebenfalls teilweise ökologisch gereinigt). Nicht zuletzt hat diese Vorgehensweise den Einsatz des Reinigungspersonals aufgewertet und somit für eine andauernde Motivation gesorgt. Zusätzlich wurde - neben dem positiven ökologischen Effekt - auch ein wirtschaftlicher Erfolg erzielt: trotz höherer Erwerbskosten zu Beginn der Initiative, wurden in den vergangenen rund 12 Jahren Kostenersparnisse bei der Reinigungsmittelbeschaffung in Höhe von 15 %-20 % verzeichnet, da z.B. die Mehrwegreinigungstücher länger als die Konventionellen eingesetzt werden können.

Herausforderungen und Lösungen:
Die größte Herausforderung bestand darin bereits etablierte Gewohnheiten zu brechen. Dem Weg zum Erfolg lagen kleine, aber konsequente Schritte mit überschaubaren, erreichbaren Zielen, gezielte Bewusstseinsbildung sowie viel Geduld zugrunde.

Erzielte Ergebnisse:

- Entlastung der Umwelt durch einen geringeren Chemikalieneinsatz sowie durch Abfallvermeidung (z.B. Mehrwegreinigungstücher statt konventioneller Einwegprodukte)
- dauerhafte Bewusstseinsbildung bei mitwirkenden MitarbeiterInnen
- Einsparung von bis zu 90% der chemischen Putzmittel

Erzielter wirtschaftlicher Effekt:

- Kostenersparnis: 15 % - 20 % in etwa 12 Jahren

Erzielter ökologischer Effekt:

- geringerer Chemikalieneinsatz, weniger Abfall (dzt. nicht bezifferbar)

Kontakt:
Barbara Kulmer
8160 Stadtgemeinde Weiz
Tel.: +43 (0)3172 23 19 - 441
Email: barbara.kulmer@weiz.at
Web: http://www.weiz.at/

1.2 Bauhof: Akku statt Benzin

In Wieselburg werden e-Nutzfahrzeuge für den kommunalen Bauhof eingesetzt, und immer mehr Akkugeräte lösen benzinbetriebene Geräte ab. Vorteile ergeben sich durch geringere Kosten und der Einsparung von CO_2-Emissionen, sowie durch ein wesentlich verringertes Gesundheitsrisiko für NutzerInnen.

Quelle: Stadtgemeinde Wieselburg

Gemeinde: Wieselburg (NÖ): 3.969 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Im Sinne einer zukunftsorientierten, nachhaltigen Beschaffung wurden in der Gemeinde Wieselburg (NÖ) benzinbetriebene Heckenscheren, Rasenmäher, Freischneider, Motorsägen etc. durch elektrische Geräte ersetzt.

Der Weg zum Erfolg:
Die Gemeinde Wieselburg war seit langem auf nachhaltige Beschaffung hinsichtlich CO_2-Emissionseinsparungen bedacht. Als ersten Schritt wurden seit 2009 von der Gemeinde vier e-Fahrzeuge und zwei e-Scooter angeschafft. Der nächste Schritt wurde bei den Zusatzgeräten gesetzt: Rasenmäher, Heckenscheren und dergleichen wurden mit ihren e-Alternativen ausgetauscht. Ein weiterer Anstoß für diesen Umstieg war die Sorge um die Gesundheit der betroffenen MitarbeiterInnen: die alten Fahrzeuge und Zusatzgeräte wurden mit benzolhaltigen Treibstoffgemischen betrieben, welche für die MitarbeiterInnen ein ernstzunehmendes Gesundheitsrisiko darstellten. Auch der Lärm war für die Beschäftigten als auch für GemeindebewohnerInnen eine ernstzunehmende Belastung. Das Ergebnis dieser Initiative war, dass 2016 auch alle Zusatzgeräte mit ihren akku-betriebenen Varianten ausgetauscht waren.

Die Akkus der e-Fahrzeuge halten etwa 15 Jahre lang, jene der Zusatzgeräte ungefähr 7-8 Jahre. Um eine entsprechende Verwertung der ausgedienten Batterien bzw. Akkus zu garantieren, werden diese nach Verwendung gesammelt und im Einklang der geltenden Gesetzgebung für Altelektrogeräte einem Recycling unterzogen. Somit werden die Wertstoffe wiedergewonnen und einer weiteren Nutzung zugeführt.

Die Maßnahme wurde teilweise vom Bund und Land gefördert: die Anschaffungskosten pro e-Fahrzeug beliefen sich auf etwa 20.000 Euro, wovon Bund mit rund 1.500 Euro und das Land NÖ 1.000 Euro jeweils beigetragen haben. Die Zusatzgeräte wurden kostenmäßig zur Gänze

aus Gemeindemitteln beschaffen. Die Maßnahme hat sich zudem auch steuermäßig positiv ausgewirkt, da ausschließlich die Versicherungsbeiträge einbezahlt werden.

Herausforderungen und Lösungen:
Die größte Herausforderung, welche es bei diesem Umstieg zu meistern galt, war die entsprechende Akzeptanz unter den MitarbeiterInnen hinsichtlich der Umweltfreundlichkeit der e-Fahrzeuge und -Zusatzgeräte aufzubauen. Die Umweltbedenken konnten schnell überwunden werden: die eingesetzten Batterien zeichnen sich durch eine sehr lange Lebensdauer aus (ca. 15 Jahre), und dabei werden wesentliche Mengen an CO_2-Emissionen laufend vermieden. Im Kontext des innenstädtischen Verkehrs sind e-Fahrzeuge zudem die derzeit beste Lösung, insbesondere, wenn die mittlerweile ausreichend dicht aufgebaute Aufladeinfrastruktur berücksichtigt wird: der e-Mobilität im Stadtzentrum steht nichts mehr im Weg.

Auszeichnung: e5-Gemeinde, auszeichnende Stelle: „e5 – Programm für energieeffiziente Gemeinden“

Erzielte Ergebnisse:
- CO_2-Emissionsreduktion mittels klimaneutraler Fahrzeuge und Zusatzgeräte
- geringere Lärmbelastung für AnrainerInnen und AnwenderInnen
- Beitrag zur Gesundheit der MitarbeiterInnen durch Vermeidung von gesundheitsschädlichen Benzolemissionen

Erzielter wirtschaftlicher Effekt:
- geringere Betriebskosten innerhalb kürzester Zeit

Erzielter ökologischer Effekt:
- Einsparung von CO_2-Emissionen durch Abschaffung von treibstoffbetriebenen Fahrzeugen und Zusatzgeräten

Kontakt:
3250 Stadtgemeinde Wieselburg
Hauptplatz 26
Tel.: +43 (0)7416 523 19
Email: office@wieselburg.at
Web: http://www.wieselburg.gv.at/

Links zur weiteren Information:
http://www.umweltgemeinde.at/akkugeraete-auch-am-bauhof-am-vormarsch

1.3 „Ghörig feschta“

In Vorarlberg halten sich Gemeinden bei Veranstaltungen, Sitzungen und Besprechungen an die Richtlinie „ghörig feschta“. Die Umwelt steht dabei an erster Stelle. Die Eckpunkte der Veranstaltung sind: geringe Abfälle, saisonale, regionale und biologische Verpflegung sowie bewusste Mobilität. Ein Beispiel für eine gelungene Umsetzung ist die Gemeinde Doren.

Quelle: www.energieinstitut.at/nachhaltige-veranstaltungen - Gemeinde Doren

Gemeinde: Doren (Vorarlberg): 1.037 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Die Gemeinde Doren nimmt seit 2012 an der landesweiten Initiative für ökologische Veranstaltungen „Ghörig feschta“ teil.

Der Weg zum Erfolg:
Für öffentliche Veranstaltungen, Sitzungen und Besprechungen werden strenge Nachhaltigkeitskriterien gesetzt: die eingekauften Produkte für die Verköstigung sollen regional, bio, saisonal und – falls importiert – FairTrade-Erzeugnisse sein. Weiters wird nur Mehrweggeschirr verwendet und die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Rad oder zu Fuß ist gut möglich bzw. wird empfohlen und unterstützt (Getränkegutscheine, etc.); der barrierefreie Zugang ist ebenfalls gesichert. Zusätzlich wird auf Energieeffizienz und grünen Strom geachtet.

Um den Erfolg der Nachhaltigkeit auch im Sinne der nachhaltigen Beschaffung auf Dauer zu sichern, wird laufend Öffentlichkeitsarbeit betrieben: die Veranstaltungen werden als umwelt- und sozialgerecht beworben, auch Infomaterialien (z.B. Plakate) werden ausgehängt. Zusätzlich findet dreimal im Sommer die Veranstaltung „Doren genießt“ statt, welche seit 2017 auch Green-Event-zertifiziert ist.

Weiters wurde 2017 eine Umfrage unter den BesucherInnen durchgeführt um festzustellen, ob die Botschaften der umgesetzten Initiative bei den Gästen ankommen. Für das Jahr 2018 ist die Bezifferung der CO_2-Einsparungen, nicht nur durch die umweltfreundliche Anreise erzielt, sondern auch durch den Einsatz regionaler Lebensmittel, geplant.

Herausforderungen und Lösungen:
Zu Beginn einer Initiative machen viele gerne mit. Die Herausforderung liegt jedoch darin, einen langfristigen Erfolg zu sichern. Die Gemeinde Doren hat daher auf eine laufende Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit gesetzt – und die positiven Ergebnisse sind sichtbar. Neben Themen, wie nachhaltige Beschaffung, Abfallvermeidung etc., legt die Gemeinde Doren bei der Umsetzung dieser Initiative zudem ein besonderes Augenmerk auf den Austausch zwischen den Generationen und somit auf die Aufrechterhaltung der Weitergabe dieser Werte.

Erzielte Ergebnisse (Bezifferung im Jahr 2018 erwartet):

- Schonung der Umwelt durch nachhaltigen Einkauf der Lebensmittel
- Beitrag zur Bewusstseinsbildung für Nachhaltigkeit
- Minimierung des Abfalls
- Erhöhung der Veranstaltungsqualität durch Rücksicht auf Gäste mit besonderen Anforderungen
- Vorbild für andere Gemeinden

Erzielter wirtschaftlicher Effekt (Bezifferung im Jahr 2018 erwartet):

- Kostenersparnis durch Mehrweggeschirr und -gläser und Abfallvermeidung

Erzielte ökologische Effekte (Bezifferung im Jahr 2018 erwartet):

- Reduktion der CO_2-Emissionen durch den Einkauf regionaler (bio und saisonaler) Lebensmittel sowie durch die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- Vermeidung von Kunststoffabfällen, Reduktion des Energieverbrauchs

Kontakt:
6933 Gemeinde Doren
Kirchdorf 168
Tel.: +43 (0)5516 2018
Email: gemeindeamt@doren.at
Web: http://www.doren.at/

Links zur weiteren Information:
www.energieinstitut.at/nachhaltige-veranstaltungen
https://www.bmlfuw.gv.at/umwelt/nachhaltigkeit/green-events/bundeslaender/ghoerig_feschta.html
http://www.vol.at/doren/doren-geniesst-ist-zertifiziertes-green-event/5349381

1.4 Energiefressern den Strom abdrehen

Die Gemeinde Virgen hat beschlossen, alte Haushaltsgeräte durch energiesparende auszutauschen. Sie unterstützt dabei die BürgerInnen mit einem Kostenzuschuss. Weiters möchte die Gemeinde in Tirol auch auf sparsamen Umgang mit Energie setzen und langfristig eine hohe Energieversorgung durch Wärme aus heimischen erneuerbaren Energieträgern erreichen.

Quelle: http://www.energie-gemeinde.at/ueber-uns/energie-gemeinde/aktuell/detailansicht/article/e5-gala-2017-all-in-fuer-die-energieffizienz/ *e5 Gala – Auszeichnung als energieeffizienteste Gemeinde Österreichs*

Gemeinden: Virgen (Tirol): 2.186 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Für Haushaltsgeräte moderner Bauart, die anstelle eines veralteten Gerätes angeschafft und im Haushalt aufgestellt werden, gewährt die Gemeinde Virgen seit 1. Juli 2014 eine finanzielle und gemeinsam mit Partnerbetrieben auch bewusstseinsbildende Unterstützung. Ziel ist, dass bis Ende 2018 die Hälfte der ineffizienten Haushaltsgeräte in Virgen gegen strom- und wassersparende Geräte der neuesten Generation ausgetauscht sind. Die Bevölkerung soll somit hinsichtlich der Relevanz des eigenen Energieverhaltens sensibilisiert werden. Vorteile durch den Einsatz energiearmer Technologien ergeben sich für die Umwelt, die Geldbörse und die heimische Wirtschaft.

Der Weg zum Erfolg:
Das Ziel der Förderung in Form eines Einmalzuschusses ist, energiesparende und damit auf längere Zeit günstigere Geräte für die VirgerInnen leistbar zu machen. Neben dem direkten Nutzen für die Virger Haushalte wird dadurch ein Beitrag für den Klimaschutz geleistet und für die heimische Wirtschaft ein positiver Impuls erzeugt. Die Idee wurde im Rahmen des Energieleitbildes „Zukunftsbild Energie“ geboren, in dem u.a. die Vision einer Gemeinde der „cleveren Haushalte“ formuliert ist

Die BürgerInnen erhalten eine Förderung von der Gemeinde für den Ankauf eines A+++ Gerätes (Geschirrspüler, Waschmaschine, Kühlschrank, Gefriertruhe) in Höhe von 8 % des Kaufpreises, jedoch maximal 80 Euro.

Als Partner konnten 5 regionale Betriebe gewonnen werden, die sich verpflichtet haben, neben einer hochwertigen Fachberatung auch eine Dokumentation in Form einer Excel-Tabelle für jeden Einzelfall zu erstellen, die die Eigenschaften des Altgerätes mit jenem des Neugerätes gegenüberstellt und so dessen Vorteile und Einsparungspotential besser aufzeigt.

Mit heutigem Stand (November 2017) liegen seit Beginn der Förderaktion insgesamt 26 Förderfälle vor.

Herausforderungen und Lösungen:
2018 ist die Aktion nochmals verstärkt beworben worden, gegen Ende 2018 wird die Initiative evaluiert und entschieden, ob eine Verlängerung erfolgen sollte.
Die Haushaltsgeräte-Tausch- Aktion ist jedoch nur eine von mehreren Maßnahmen auf dem Weg zur Gemeinde der „cleveren Haushalte“. Auf allen Ebenen – Energieerzeugung vor Ort, smarte Nutzung neuer Technologie, Einsparungspotentiale erkennen, Mobilitätsverhalten – sollen Energieversorgung und Energieverbrauch im Haushalt auf intelligente Art und Weise gegenseitig abgestimmt werden. Andere Förderprogramme der Gemeinde, wie Wärmepumpenförderung, Biomasse-Heizanlagenförderung, Solaranlagenförderungen, Sanierungsförderung, E-Bike-Förderung, Beratungsförderung und das Mobilitätsangebot der Gemeinde (E-Carsharing, Virger Mobil) unterstützen dieses Bestreben.

Auszeichnung:
e5-Gemeinde - auszeichnende Stelle: „e5 – Programm für energieeffiziente Gemeinden“;
2017 wurde Virgen als beste e5-Gemeinde Österreichs ausgezeichnet
2013 European Energy Award Gold, welche die höchste Anerkennung auf europäischer Ebene ist. Die erneute Auditierung im 2017 hat einen Umsetzungsgrad von 87,8 % festgestellt, womit Virgen nicht nur österreichweit an der Spitze, sondern auch europaweit im Spitzenfeld liegt.

Erzielte wirtschaftliche Ergebnisse:

- Die Auswertung der Vertragshändler ergibt eine durchschnittliche Stromeinsparung von 45 % im Vergleich zu den ausgetauschten Altgeräten
- Die Aktion ist ein Impuls zur Stärkung des heimischen Wirtschaftsstandortes und der regionalen Händler vor Ort.

Erzielte ökologische Ergebnisse:

- Umweltschonung (Verringerung des Energieverbrauchs und somit der CO_2-Emissionen) durch den Einsatz energiesparender Geräte
- Bei wasserverbrauchenden Geräten konnte der Wasserverbrauch im Vergleich zum Altgerät um 33 % reduziert werden

Kontakt:
Albin Mariacher - Baureferent
9972 Gemeinde Virgen
Tel.: +43 (0)487 45202
Email: mariacher@virgen.at
Web: http://www.virgen.at/

Links zur weiterführenden Information:
https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/landesentwicklung/raumordnung/Nachhaltigkeit/downloads/Gemnova_Leitfaden_Kern_LQ_Ansicht.pdf
http://www.virgen.at/images/stories/Gemeinde/Virgen_aktiv/energie_2014.pdf
http://www.virgen.at/images/stories/Gemeinde/Virgen_aktiv/67_herbst_2014_kl.pdf
http://www.tirol2050.at/projects/160/?type=1923
http://www.virgen.at/umwelt-energie-3/praktische-links

1.5 Eine nachhaltig beschaffene Schule

In Altmünster mussten zwei Schulen zusammengelegt werden und so ergab sich die Notwendigkeit, das existierende Gebäude zu erweitern. Durch die Verwendung erhaltener Gebäudeteile im Neubau konnten Ressourcen gespart und Baurestmassen vermieden werden. Dabei entstanden ist das 2007 eröffnete AgrarBildungszentrum (ABZ) Salzkammergut.

Quelle: http://www.gat.st/date/neue-wege-zu-innovativen-bildungslandschaften - ©Walter Ebenhofer

Gemeinde: Altmünster (OÖ) 9.794 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Beim Neubau wurden erhaltene Gebäudeteile, regionale Baumaterialien und nachwachsende Rohstoffe eingesetzt. Durch die nachhaltige Beschaffung der Baumaterialien konnten primäre natürliche Ressourcen gespart werden.

Der Weg zum Erfolg:
2006 beschloss der Landtag der OÖ Landesregierung die Errichtung eines Bildungszentrums im Agrarbereich - das Agrarbildungszentrum Salzkammergut (ABZ). Eine EU-weite Ausschreibung folgte und ein zweistufiger Architekturwettbewerb wurde durchgeführt. Die Planungsphase dauerte von 2006 bis 2009 und war sehr intensiv und detailliert: die Vorgabe war, das Bildungszentrum als Holzbau zu errichten. 2009 war der Baubeginn für das ABZ: der Altbau wurde teilweise abgebrochen und der Neubau (ABZ) errichtet. Nur 2 Jahre später, am 7. Oktober 2011, wurde das Agrarbildungszentrum Salzkammergut eröffnet. Der Holzbau gewann 7 Wettbewerbe und Preise und dient als Vorzeigeprojekt für nachhaltige und gleichzeitig architektonisch gelungene Umsetzung eines Schulprojekts.

Ein zentrales Merkmal des Projektes war das Bestreben, Baumaterialien möglichst nach den Kriterien der nachhaltigen Beschaffung zu besorgen, d.h. möglichst regionale, wiederverwertbare bzw. wiederverwertete und nachwachsende Materialien einzusetzen. So wurden als Baumaterial die im Umkreis von 150 km stammenden Fichten und Tannen verwendet. Als Innendämmung wurden Schafwolle, Cellulose, Steinwolle und auch geringe

Mengen Tellwolle eingesetzt. Dadurch konnten Energie und Rohstoffe gespart und somit auch CO_2-Emissionen reduziert werden.

Ein besonderes Augenmerk legten die Bauherren auf die reduzierte Auswahl der eingesetzten Materialien. Insgesamt wurden 1.400 m³ heimisches Holz in das Bildungszentrum verbaut. Der regionale und nachwachsende Bau- und Werkstoff wurde sowohl bei der Konstruktion als auch bei der Fassade genutzt. Auch bei den Wand- und Deckenverkleidungen, den Fußböden und Möbeln wurde der Schwerpunkt auf Holz gelegt.
Durch die Passivbauhausweise mit CO_2-Neutralität werden zusätzlich 1,2 Mio. kWh Heizenergie jährlich gespart. Die Wärmeversorgung erfolgt über eine Hackschnitzelanlage mit solarer Unterstützung, von welcher die dort ansässige Holzindustrie ebenfalls profitiert.

Herausforderungen und Lösungen:
Eine wesentliche Herausforderung bestand darin, den Altbau und den Passivhausstandard mit größtmöglichem Energiesparpotential zu vereinen. Die Statik des Altbaus war mit den Anforderungen der neuen Technik (Sonnenkollektoren, Photovoltaik, Lüftungselemente) überfordert, daher mussten Teile abgerissen werden.

Der Brandschutz für ein öffentliches Gebäude in dieser Dimension war die nächste große Herausforderung, wurde jedoch erstklassig überwunden.

Es mangelte jedoch auch nicht an kritischen Stimmen von außen und in den eigenen Reihen hinsichtlich der Art des Bauwerkes und zur Form des Hauses (Flachdach in einer Baugegend mit anderer Bautradition). Unter dem Motto „Mach dich auf den Weg und erfasse und begreife NEUES“, haben Lehrkräfte und MitarbeiterInnen Häuser in Vorarlberg besichtigt, um sich in einen Holzbau dieser Dimension hineindenken zu können.
Da Passivhaus kein Standard bei Schülern, Lehrkräften und MitarbeiterInnen zu Hause ist, bestand ein wesentlicher Aufklärungsbedarf hinsichtlich Nachtlüftung, bzw. generell Lüftungssysteme, Fenster etc., damit das Gebäude richtig funktionieren kann. Weiters stellte auch der Umgang mit Holzkonstruktionen in Verbindung mit Glas (z.B.: Klassentüren mit Verbindung zu Sichtglasstreifen) eine Herausforderung dar: der Umgang und das Leben in einer Passivhausschule dieser Größe musste erst gelernt und gelebt werden.

Auszeichnungen:
- Constructive Alps 2013; 1. Preis von 400 Einreichungen
- Award Bessere Lernwelten 2013; Anerkennung (BMUKK) (4. Preis von 51 Einreichungen)
- Staatspreis Architektur und Nachhaltigkeit 2012
- Bauwerk des Jahres 2012; Oö. Landesregierung
- Oberösterreichischer Holzbaupreis 2012; Sonderpreis „Energieeffizienz und regionale Wertschöpfung“
- Oberösterreichischer Holzbaupreis 2012; Auszeichnung Kategorie „Gewerbliche und Öffentliche Bauten“
- Österreichischer Bauherrnpreis

Erzielte Ergebnisse:

- nachhaltig beschaffene Baumaterialien und somit sparsamer Umgang mit Ressourcen
- verkürzte Transportwege (und somit eingesparte CO_2-Emissionen) durch die Verwendung regionaler Baumaterialien
- Ankurbelung der regionalen Wirtschaft und Sicherung von Arbeitsplätzen
- Gewinn von Lebensqualität für Bildung, Arbeit und Wohnen

Erzielte wirtschaftliche Ergebnisse:

- Kosten- und somit CO_2-Emissionsersparnis beim Treibstoff durch Einsatz von Baumaterialien aus der Region
- Energiekostenersparnis durch Passivhaus-Bauweise mit klimaneutraler Holzbauweise
- Ankurbelung der regionalen Wirtschaft

Erzielte ökologische Ergebnisse:

- Energiekostenersparnis durch Passiv-Bauweise um 120,6 kWh/m²/J (Energiekosten im neuen Gebäude 9,4 kWh/m²/J, in jedem der alten Gebäude: 130 kWh/m²/J (Energiekosten im Vergleich der Heizmaterialien – Heizöl: Hackgut)
- CO_2–Emissionsersparnisse durch Verwendung regionaler Baumaterialien (Rücksichtnahme bei der Auswahl der Materialien und der Entfernung zur Baustelle steht der Bau als CO_2-neutrales Objekt in der Landschaft)
- Nutzung erneuerbarer Energieträger (Solarenergie)
- Einsparungen beim Heizwärmebedarf gegenüber einem konventionellen Neubau mindestens 80 %
- durch Passivbauhausweise mit CO_2-Neutralität werden pro Jahr 1,2 Mio. kWh Heizenergie eingespart.

Kontakt:

Agrar Bildungs Zentrum Salzkammergut
Pichlhofstraße 62
4813 Altmünster am Traunsee
Tel.: +43 (0)7612 87263
Email: lwbfs-altmuenster.post@ooe.gv.at
Web: www.altmuenster.at/

Links zur weiterführenden Information:

https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/LK/PK_LR_Hiegelsberger_21.10.2013_Internet.pdf
https://www.klimaaktiv.at/gemeinden/gemeindegebaeude/daemmstoffe.html

1.6 Ausgezeichnetes Blütenfest

Blüten, Kräuter und mehr! Die Gemeinde Seeham in Salzburg veranstaltet jährlich das Blütenfest, welches durch ressourcenschonenden Umgang mit Rohstoffen, nachhaltige Beschaffung und Mobilität den 2. Platz beim "Green Events"-Wettbewerb 2014 und 2015 im Land Salzburg gewann. 2018 wurde das Event erstmals mit dem jährlichen KräuterLeben Fest zusammengelegt, so entstand daraus das „KräuterLEBEN-Fest & Blütenfest Seeham".

Quelle: https://www.meinbezirk.at/flachgau/leute/franz-mangelberger-manuela-bacher-renate-schaffenberger-thomas-wallner-m14858171,2556587.html

Gemeinde: Seeham (Salzburg): 1.750 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Das Blütenfest in Seeham wird nachhaltig veranstaltet. Es wird bewusst auf Einweggeschirr verzichtet um Abfall zu vermeiden, die Menschen werden zum öffentlichen Anreisen angeregt, bei der Verpflegung werden regionale, saisonale und biologische Produkte verwendet und auf eine effiziente Stromversorgung wird geachtet.

Der Weg zum Erfolg:
Ende 2010 wurde in Seeham eine Projektgruppe mit einem internen Projektleiter initiiert, die als Aufgabe, unter Einbeziehung der SeehamerInnen, die Entwicklung des Zukunftsbildes für die Gemeinde Seeham übernommen hat. Zu Beginn wurden Zukunftsworkshops mit unterschiedlichen Hauptthemen, wie Gemeinschaft, Umwelt und Bildung, durchgeführt, um viele Inputs aus der Bevölkerung für die Erstellung des Zukunftsbildes erhalten zu können. Nach einstimmigen Beschluss des Zukunftsbildes wurde dieses im alljährlichen Dorffest der Bevölkerung vorgestellt.

Die Projektgruppe hat sich unter anderem dazu entschlossen, die bereits vorhandenen Biotage weiterzuentwickeln, um für die Umwelt, Wirtschaft und für die Marke „Biodorf"

belebende Impulse setzen zu können. Daher hat man sich zur Initiierung eines Blütenfestes entschlossen, welches die Biotage einleiten soll. Durch dieses Event können speziell SeehamerInnen und aus der Region kommende Unternehmen ihre Produkte und Dienstleistungen zum Thema Biodiversität, bzw. für die Blüten und Pflanzenvielfalt sowie biologische Ernährung einbringen.

Das erste Blütenfest 2012 war bereits ein voller Erfolg. Durch die Umsetzung wird in der Bevölkerung eine hohe Sensibilität im Umgang mit natürlichen Ressourcen erreicht. Zusätzliche Maßnahmen, wie natürliche Blumenwiesen an stark frequentierten Stellen im Ortsgebiet, sollen diese Aktivitäten unterstützen. Des Weiteren sollen durch solche Events positive Auswirkungen auf Dienstleistungs- und Beherbergungsbetriebe geschaffen werden.
2018 wurde das Blütenfest erstmals mit dem jährlichen KräuterLeben- Fest zu einem großen Event zusammengelegt. Das Angebot an Blumen, Gemüsepflanzen, Bio-Bauernmärkte, Schmankerln für Körper, Geist und Seele sowie Programme für Kinder machten dieses zweitägige-Event zu einem großartigen Ereignis.

Herausforderungen und Lösungen:
Aufgrund der steigenden Besucherzahlen, auch von außerhalb der Region, muss dieses Event umfassend geplant werden, um einen reibungslosen Ablauf ermöglichen zu können. Dies wird vor allem durch die frühzeitige Planung durch ein Projektteam bewirkt. Um auch von außerhalb das Fest gut erreichen zu können, sind umfangreiche Informationen zu einer klimafreundlichen Anreise mit Bus, Bahn und Fahrrad bereitgestellt.

Auszeichnungen:
2014 und 2015 2. Platz beim “Green Events“ Wettbewerb der Salzburger Landeswertung, durchgeführt vom österreichischen Ökologie-Institut

Erzielte Ergebnisse:

- nachhaltige Beschaffung: Abfallminimierung durch Mehrweggeschirr und -gläser
- hohe Sensibilisierung der Gemeinde im Umgang mit natürliche Ressourcen
- Stärkung des Zusammenhalts der Gemeinde
- Stärkung der Region – vor allem als Tourismusregion

Erzielte wirtschaftliche Ergebnisse:

- Kostenersparnis durch Verwendung von Mehrweggeschirr und -gläser
- Stärkung des Tourismus
- Positive Auswirkungen auf Dienstleistungs- und Beherbergungsbetriebe außerhalb und in der Region

Erzielte ökologische Ergebnisse:

- Durch das Angebot von regionalen Spezialitäten wird das Bewusstsein für lokale und regionale Ressourcen gestärkt.
- nachhaltiger Umgang mit Ressourcen
- Verwendung erneuerbarer Energiequellen
- Abfallminimierung durch Verwendung von Mehrweggeschirr und -gläser

Kontakt:
Tourismusverband Seeham
Dorf 12
5164 Seeham
Tel.: +43 (0)6217 5493
E-Mail.: info@seeham-info.at
Web: www.seeham-info.at/

Kontakt:
Tourismusverband Seeham
Dorf 12
5164 Seeham
Tel.: +43 (0)6217 5493
Email: info@seeham-info.at
Web: www.seeham-info.at/

Links zur weiterführenden Information:
http://www.seeham-info.at/index.php/de/bluetenfest
https://www.bmlfuw.gv.at/umwelt/nachhaltigkeit/green-events/initiative/zsmf-kriterien.html

1.7 Sonnenenergie für Oberösterreich

Energie ist eines der bestimmenden Zukunftsthemen, und Oberösterreich setzt auf erneuerbare Energie sowie Energieeffizienz. Am internationalen „Tag der Sonne“ wurde im Mai 2013 ein Photovoltaik-Bürgerkraftwerk auf der Hauptschule in St. Florian bei Linz durch die Energie AG in Betrieb genommen. GemeindebürgerInnen können so Teilhaber ihrer eigenen Energiezukunft werden.

Quelle: https://news.energieag.at/news-positive-bilanz-fuer-photovoltaik-buergerkraftwerke-jahrhundertsommer-sorgt-fuersolides-ergebnis?id=33238&menueid=922&tab=1&imageid=2054 - ©Energie AG

Gemeinde St. Florian bei Linz (OÖ): 6124 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
2013 wurde auf dem Dach der Musikhauptschule in St. Florian bei Linz eine Photovoltaik Anlage errichtet. Es wird Sonnenenergie genutzt und darüber hinaus Fläche gespart.

Der Weg zum Erfolg
Oberösterreich hat als erste Region Europas die Energiewende – die vollständige Umstellung der Energieerzeugung bei Raumwärme und Strom bis 2030 auf erneuerbare Energieträger – beschlossen, daher wird dieses Ziel in vielen Bereichen bereits schrittweise umgesetzt.

Im Jahr 2010 wurde durch die Energie AG in Eberstalzell (OÖ) das dritte Photovoltaik - Forschungskraftwerk, der „SolarCampus“, in Betrieb genommen. 2012 startete die Energie AG mit Photovoltaik-Bürgerkraftwerken für ihre Kunden die Möglichkeit, sich am Aufbau neuer Anlagen zu beteiligen. Ziel ist, bis 2020 den Anteil von Sonnenstrom am Gesamtstromverbrauch auf 10 Prozent zu erhöhen.

Von einer gemeinsam mit der EnergieAG eingesetzten Projektgruppe wurde ein Programm erstellt mit dem Ziel, auf geeigneten Gebäuden in allen Bezirken des Landes Oberösterreich flächendeckend Photovoltaik-Anlagen zu errichten. Auf Basis der Ergebnisse der ersten Untersuchung erfolgte eine Auswahl von Objekten Dabei wurden jene ausgewählt, bei denen sich über einen längerfristigen Betrachtungszeitraum von 20 Jahren ein möglichst günstiger

wirtschaftlicher Betrieb der Anlage darstellen lässt – die Musikhauptschule in St. Florian bei Linz war eines dieser ausgewählten Objekte!

Das Bürgerbeteiligungsmodell hat schnell alle Erwartungen übertroffen und die Nachfrage nach den Anteilspaketen war sehr groß. Das Projekt folgt dem Prinzip von „Contracting Modellen“, was wiederum bedeutet, das Vorhaben mit Partnern zu finanzieren, welches aber nach einer bestimmten Zeit in das eigene Eigentum übergeht. D.h., das Projekt in St. Florian wurde durch 50 Anteilseigner finanziert, an welche 50 Bausteine zu je 2800€ vergeben wurden. Das Geld erhalten die UnterstützerInnen über 13 Jahre lang mit einer Verzinsung von 3,3 Prozent zurück. Nach den 13 Jahren Laufzeit geht das Bürgerkraftwerk vollständig in den Besitz der Gemeinde über. Vor allem für BürgerInnen, die kein eigenes geeignetes Dach haben, ist dieses Beteiligungsmodell ideal, und können auch so zu Produzenten von Solarstrom werden. Seit der Inbetriebnahme liefert die Anlage Strom für 40 Haushalte.

Herausforderungen und Lösungen

Vor allem die Auswahl von Objekten stellte sich teilweise als schwierig heraus. Ein geeignetes Objekt in öffentlicher Hand musste gefunden werden. Diese potentiellen Objekte mussten wiederum nach folgenden Kriterien begutachtet werden:

- die Prüfung der Netzeinbindung, sowie
- die Überprüfung mittels Satellitenbilder in Bezug auf Gebäudelage, Schattwirkung und Dacheignung!

Durch umfassende Recherchen, Analysen und Begutachtungen durch das Projektteam konnten auch diese Herausforderungen gemeistert werden.

Erzielte Ergebnisse

- Beteiligung von BürgerInnen an lokaler Energieversorgung
- Verwendung von nachhaltiger und erneuerbarer Energie

Erzielter wirtschaftlicher Effekt

- Unterstützung der Errichtung von PV-Kraftwerken ohne Investitionsrisiko
- nach Ende der Laufzeit Übergang in Eigentum der Gemeinde

Erzielter ökologischer Effekt

- Energieeffizienzmaßnahmen durch erneuerbare Energie
- Flächeneinsparung durch Anlagenbau auf bestehenden Dachflächen

Kontakt:
Gemeindevorstand Bernd Schützeneder
Tel.: +43 664 88 64 8882
E-Mail.: bernd.schuetzeneder@ooev.at

Weiterführende Information:
https://news.energieag.at/News_Detail.aspx?id=4283&menueid=922

1.8 Ein Dach aus Sonne

Die Gemeinde Thomatal in Salzburg hat sich bereits vor Jahren zur Aufgabe gemacht, mit Energieressourcen möglichst sorgsam und effizient umzugehen. Daher hat die Volksschule Thomatal beschlossen an der Förderaktion „PV auf Schulen“ teilzunehmen. 2013 wurde am Carportdach der Volksschule Thomatal eine PV-Anlage installiert und in Betrieb genommen.

Quelle: https://www.thomatal.at/e5-gemeinde---details/items/photovoltaikanlage-volksschule-thomatal.html

© Gemeinde Thomatal 2013

Gemeinde: Thomatal (Salzburg): 316 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Errichtung einer PV-Anlage auf dem Carportdach der Volksschule für die Strommitversorgung der Schule: Sonnenenergie wird genutzt und darüber hinaus Fläche gespart.

Der Weg zum Erfolg:
Für die e5-Gemeinde (e5-Landesprogramm Salzburg) ist es ein dauerhaftes Bestreben von Verwaltung und BürgerInnen alternative Energieversorgungsanlagen zu nutzen.

Im Jahr 2010 wurde eine thermische Solaranlage für das Gemeindezentrum zur Mitversorgung mit Warmwasser installiert, und somit werden etwa 100 m^2 effizient genutzt. 2012 beschloss man einen Schritt weiterzugehen - eine PV-Anlage für die Schule sollte installiert werden. Das Projekt wurde vom Land Salzburg gefördert und vom Salzburger Institut für Raumplanung fachlich unterstützt.

Im Juli 2013 wurden die Module der 4,5 kWp PV-Anlage auf etwa 20 m^2 samt Wechselrichter und allen Zubehör-/Datenerfassungsanlagen auf dem Carportdach für die

Strommitversorgung der Schule in Betrieb genommen. Einige letzte Nachrüstungen wurden im September 2013 unternommen. Seit Dezember 2016 wird mit dem „Sonnenstrom“ auch die Volksschulwohnung mitversorgt. Somit wurden wichtige Impulse, nicht nur für die energieeffiziente und nachhaltige Zukunft, sondern auch für einen nachhaltigen und sparsamen Umgang mit der wertvollen Ressource „Fläche“ in der Gemeinde gesetzt. Und damit diese auch erhalten bleiben, wurde das Projekt auch im Unterricht verankert.

Herausforderungen und Lösungen:
Die energietechnisch beste Lage für die PV-Anlage, nämlich das südliche Volksschuldach, kam aufgrund mehrerer, nebeneinanderliegenden Gaupen nicht in Frage. Es wurde nach weiteren Möglichkeiten gesucht, und schließlich wurde die Lösung gefunden: das Carportdach bot eine ebenso günstige Lage, wobei die ungenutzte Dachfläche der Stromgewinnung zugeführt werden konnte.
Eine weitere Herausforderung betraf die Stromzuleitung vom Neben- ins Hauptgebäude, was von den technischen Fachleuten ebenfalls gemeistert wurde.

Auszeichnung:
eee-, eea-Gemeinde, Umsetzungsgrad: 61,1 % (für e5-Gemeinden);
auszeichnende Stelle: „e5 – Programm für energieeffiziente Gemeinden“

Erzielte Ergebnisse:

- Nutzung nicht verwendeter Dachfläche anstatt PV-Errichtung der Anlage auf unversiegelter Fläche
- Jahressumme 2016 für den aus erneuerbarer Energie erzeugten Strom: Produktion der Anlage 1 = 2.320,44 kWh; spezifische Anlagenleistung 2016: 515,65 kWh / kW

Erzielte ökologische Effekte:

- sparsame Flächennutzung
- Einsparungen von Strom und CO_2-Emissionen

Kontakt:
5592 Gemeinde Thomatal 1
Tel.: +43 (0)6476 250-0
Email: info@thomatal.at
Web: www.thomatal.at

Links zur weiterführenden Information:
http://www.thomatal.at/e5-gemeinde---details/items/photovoltaikanlage-volksschule-thomatal.html

1.9 Mit Biomasse ein Zeichen für den Klimaschutz

Windischgarsten (OÖ), Gemeinde in der Klima- und Energiemodellregion (KEM) Pyhrn-Priel, setzt auf umweltfreundliche Biowärme – ein weiterer Schritt in Richtung Energieautarkie. Nach nur sechsmonatiger Bauphase wurde 2015 die neue Biomasse-Nahwärmeanlage eröffnet und damit ein Zeichen für den Klimaschutz sowie für die Region gesetzt. Das vollendete Werk wird von zehn Landwirten genossenschaftlich betrieben und versorgt mehrere öffentliche Gebäude.

Quelle: http://www.energieregion.eu/2015/10/windischgarsten-setzt-auf-biomasse.html

Gemeinde: Windischgarsten (OÖ): 2384 EW

Durchgeführte Maßnahmen
Bau einer Biomasse-Anlage – von lokalen Unternehmen errichtet, betrieben von Landwirten der Region sowie der Bioenergie OÖ und beliefert mit regionaler Biomasse von Landwirten

Der Weg zum Erfolg:
Die ersten Anfänge zur Realisierung eines Biomasseheizwerkes gehen auf das Jahr 2005 zurück. Damals hat sich die Gemeinde aber zur Einleitung von Gas entschieden. In den Jahren dazwischen gab es zwar immer wieder Versuche tragfähige Projekte zu entwickeln, jedoch führte keines davon zu einer Verwirklichung. 2013 ist es im Rahmen der Aktivitäten der Klima- und Energieregion Pyhrn-Priel mit den Bauern aus der Region und dem Biomasseverband OÖ gelungen, eine umsetzungsreife Variante zu entwickeln.

Eine erste Rechnung für die Wohngebäude und die stückweise Erweiterung des Projektes durch kommunale Objekte ergab dann die notwendige kritische Masse. Zugute kam dem Projekt, dass relativ viele Gaskessel seit einiger Zeit bereits undicht waren, somit war ohnehin eine Veränderung fällig. Den Gemeinderatsbeschluss zur Umsetzung gab es dafür quer über die gesamten Fraktionen einstimmig. Dieser stimmte auch dafür, dass das Heizwerk an die

Schulen, den Kindergarten, an das ehemalige Gerichtsgebäude sowie an das Kulturhaus angeschlossen wird, um so den kommunal genutzten Objekten erneuerbare Heizwärme zur Verfügung stellen zu können. Die Gemeinde stellte auch den Grund für die Errichtung des Heizhauses mittels Bestandsvertrag zur Verfügung.

Baubeginn war im Frühjahr 2015, nach nur sechs Monaten Bauzeit konnte das fertiggestellte Objekt bereits in Betrieb genommen werden. Der Großteil der Bauaufträge wurde an lokale Unternehmen vergeben, damit konnte ein zusätzlicher regional-wirtschaftlicher Impuls gegeben werden. Die Landwirte aus der Umgebung bildeten durch ihren Idealismus und ihren Mut die Basis für dieses Projekt, da diese diejenigen sind, die das Heizwerk betreiben und mit regionaler Biomasse beliefern. Denn die Nutzung von Biomasse hat viele Vorteile, oft vergessen wird die Motivation für die Waldbesitzer ihre Forste zu pflegen, denn die Forst- und Holzwirtschaft ist weiterhin der größte Devisenbringer Österreichs!

Das Heizwerk, geplant vom Biomasseverband OÖ hat insgesamt eine Leistung von 1,8 Megawatt. Jährliche ersetzt es rund 340.000 Liter Heizöl und spart so 920 Tonnen CO_2 ein. Auch die Versorgung mit Materialien ist gesichert. Über 50% der Fläche des Pyhrn-Priel Gebietes sind mit Wald bedeckt, momentan wird die dreifache Menge der für das Heizwerk benötigten Menge an Hackschnitzel in andere Regionen beliefert, und dennoch wächst mehr nach als entnommen wird! Mit der Nutzung der heimischen Ressource Holz wird sichergestellt, dass das Geld nicht ins Ausland fließt, sondern in der Region bleibt. Auf Basis derzeitiger Heizölpreise wird jährlich mind. 150.000 € eingespart.

In Summe wurden 2,5 Mio. € in das fertiggestellte Projekt investiert. Finanziert wurde das Heizwerk über die LK OÖ sowie über Biomassefonds OÖ. Finanziell unterstützt wurden Landwirte während des Projekts auch von der ortsansässigen Raiffeisenbank. Versorgt werden diverse öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Banken, gemeinnützige Wohnbauten, private Einrichtungen, ect.

Herausforderungen und Lösungen

Eines der generellen Ziele ist, die besonders im Ort noch häufig vorhandenen Ölheizungen zu ersetzen. Rückschläge gab es durch Anrainerinterventionen, die ein Jahr Verzögerung einbrachte, aber letzten Endes beigelegt werden konnte. Unter anderem fürchtete man erhöhte Heizkosten, oder Luftverschmutzung durch die Anlage. Durch umfassende Aufklärungsarbeit der Bevölkerung sowie ein Projektteam mit Teamleiter, die den nötigen Umsetzungswillen und die nötige Ausdauer hatten, konnten auch solche Herausforderungen aus dem Weg geräumt werden. Auch die professionelle Unterstützung durch die Bioenergie OÖ und deren langjährige Erfahrung erleichterte so einiges im gesamten Prozess.

Erzielte Ergebnisse

- wartungsfreundlicher und bedienungsfreundlicher Betrieb
- Entfall der Wartung für Brenngeräte
- zunehmende Unabhängigkeit von ausländischen Energielieferanten

Erzielte wirtschaftliche Ergebnisse

- Geld fließt nicht ins Ausland, sondern verbleibt in der Region – Stärkung der heimischen Kaufkraft
- Einsparung von Kosten – mind. 150.000 € jährlich (auf Basis des derzeitigen Heizöl-Preises)
- Stärkung der heimischen Wirtschaft durch Bereitstellung heimischer Materialien
- Einkommen für Landwirte
- Schaffung von Arbeitsplätzen

Erzielte ökologische Ergebnisse

- Einsparung an Heizöl und Wertschöpfung an die Region durch Bereitstellung an regional verfügbaren Ressourcen
- Einsparung an CO_2 Emissionen durch CO_2-neutrale Verbrennung
- keine Lagerung gefährlicher Brennstoffe im Haus
- Umweltfreundliche Biowärme – Nutzung erneuerbarer und lokal verfügbarer Ressourcen

Kontakt:

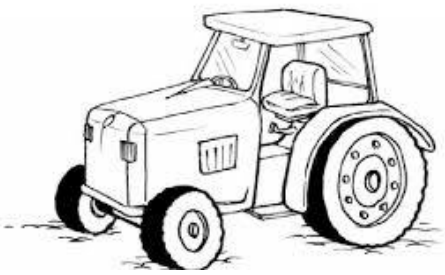
Gemeindeamt Windischgarsten
Hauptstraße 5
4580 Windischgarsten
Tel.: (0) 7562 5255
E-Mail: gemeinde@windischgarsten.ooe.gv.at

KEM Region Manager (Pyhrn-Priel)
Leopold Postlmayr
Tel.: 0664 8516 589
E-Mail.: office@energieregion.eu

Quelle: https://allevents.in/zistersdorf/zistersdorf-goes-sweat-zone/482716522061995

Quelle: www.mitterbacherdorfresort.at/

Flächennutzung



2 Flächennutzung

Fläche ist eine begrenzte und sehr kostbare Ressource. Wir nutzen sie auf vielfache Weise: zum Wohnen, Arbeiten, zur Erholung, als Verkehrsfläche, zum Anbauen unserer Nahrungsmittel. Die Nutzung von Fläche ist aber auch eng mit der Erhaltung unserer Böden, Grundgewässer und Artenvielfalt verknüpft. Eine verantwortungsvolle Flächennutzung sichert eine gesunde Umwelt und somit unsere eigene Existenz. Dabei nimmt die Bodenversiegelung in Österreich rasant zu, was zu negativen Konsequenzen, nicht nur für Tier und Natur, sondern auch für die für den Menschen verfügbaren landwirtschaftlichen Flächen führt. Der sparsame Umgang mit Fläche wird daher immer mehr zu einer Notwendigkeit.

Laut Angaben der Umweltbundesamt GmbH stieg die Bodenversiegelung in Österreich im Zeitraum 2001 – 2016 um 23 %, bei einem gleichzeitigen Bevölkerungswachstum von 8 %. In Absolutzahlen waren im Jahr 2016 mehr als 230.000 ha Boden versiegelt, d.h. um 43.000 ha mehr als im Jahr 2001. Hauptverantwortlich für diese rasch steigende Bodenversiegelung sind die Verkehrsflächen, gefolgt von Bau- und Betriebsflächen. Im internationalen Vergleich bedeutet dies lt. einer Untersuchung der österreichischen Hagelversicherung VVaG, dass mit einer täglich zubetonierten Fläche von etwa 20 ha (30 Fußballfelder) Österreich doppelt so viel Fläche als Deutschland oder die Schweiz verbraucht. Zudem liegt der pro-Kopf-Flächenverbrauch in Österreich bei 1,8 m^2 Supermarktfläche und 15 m Straßenlänge gegenüber 1,01 m^2 (Italien) und 7,9-8,1 m (Deutschland, Schweiz). Würde diese Tendenz anhalten, wäre in 200 Jahren die gesamte Agrarfläche im Land versiegelt.

Diese Zahlen illustrieren die Relevanz eines möglichst sparsamen Umgangs mit der Ressource Fläche und begründen den Schwerpunkt 5 „Sparsames Flächenmanagement, Innenentwicklung“ im 2017 erschienenen Masterplan ländlicher Raum.

Die effiziente Flächennutzung ist ein komplexer Prozess, welcher auf Raumplanung und der dafür geltenden Gesetzgebung beruht. Sein Hauptelement ist der Flächennutzungsplan bzw. vorbereitender Bauleitplan als Planungsinstrument (Planzeichnung mit Begründung) der öffentlichen Verwaltung im System der Raumordnung Österreichs, mit dem die bauliche Entwicklung der Gemeinden gesteuert wird. Flächennutzungsmaßnahmen sind vielfältig und sind von unterschiedlicher Dauer und Investitionshöhe. Den Prinzipien der Flächeneffizienz und der Vermeidung von zusätzlicher Bodenversiegelung liegen raumplanerische Überlegungen zugrunde, wie Verdichtung in den Siedlungen sowie Vermeidung von Zersiedlung, aber auch organisatorische Maßnahmen können dazu beitragen, wie z.B. Vermeidung von Leerständen sowie alternative Nutzung von Dachflächen (zur Begrünung oder Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen).

Effiziente Flächennutzung kann aber auch mit innovativen Lösungen erzielt werden, wie beispielsweise durch Wiedernutzung oder Umbau eines leerstehenden Gebäudes, Revitalisierung von Ortskernen und versiegelten Grünflächen oder durch Mehrzwecknutzung bestehender Flächen (z.B. Dachflächen mit Solarzellen oder Photovoltaik-Panels). Somit sind in erster Linie Kreativität und Mut zur Ressourceneffizienz gefragt.

Links zu weiteren Informationen:

AUFSchwung für den ländlichen Raum | Masterplan ländlicher Raum:

https://www.bmlfuw.gv.at/land/masterplan-laendlicher-raum.html

Vergangenheit und Trends der Flächennutzung in Österreich:

http://www.fwu.at/assets/userFiles/Wissenschaft_Umwelt/12_2009/Raumnutzung/2009_12_toetzer-et-al.pdf

„STOPP dem Bodenverbrauch in Österreich“ – landwirtschaftliche Vorrangflächen gesetzlich schüzten – leerstehende Immobilien nutzen

https://www.hagel.at/site/index.cfm?objectid=985D7E37-5056-A500-09AEE8E32D7D68A3

2.1 Treffpunkt Leerstand

In der Gemeinde Ottensheim wurde das Ortszentrum revitalisiert und das Gemeindeamt neu eröffnet. Für die Gemeinde war es wichtig Fläche effizient und intelligent zu nutzen. So konnte ein altes Gebäude erhalten, und gleichzeitig eine offene Begegnungsmöglichkeit für die BürgerInnen geschaffen werden.

Quelle (links): ©Herta Hurnaus, in Kommunal 2011
Quelle(rechts): http://ecola-award.eu/project/su/amtshaus-ottensheim (SUE Architekten ZT GmbH)

Gemeinde: Ottensheim (OÖ): 4.717 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Das zum Großteil leerstehende Amtshaus mit einer Brutto-Gesamtfläche von 1.500 m², (Netto 970 m²) welches sich mitten am Marktplatz befindet, wurde renoviert und kann nun für Veranstaltungen und Verwaltungen genutzt werden. Auftraggeber der Renovierung war der Verein zur Förderung der Infrastruktur der Marktgemeinde Ottensheim. Geplant wurde das Bauvorhaben von 2006 bis 2007, die Realisierung erfolgte schlussendlich von 2009 bis 2010. In Summe betrugen die Baukosten 2,6 Mio. €.

Der Weg zum Erfolg:
Das Ortszentrum von Ottensheim ist ein wertvolles historisches Baukulturerbe. Jedoch konnte es nur dank dem Einsatz der Gemeinde und ihrer BürgerInnen die Ansprüche der heutigen Zeit erfolgreich bestehen: Abwanderung von Geschäften und daraus resultierende Leerstände bedrohten den Ortskern mit Verfall. Schon im Jahr 1988 begann die Gemeinde, nach Möglichkeiten zur Erhaltung der bestehenden Bauwerke im Ortszentrum zu suchen und Vorschläge sorgfältig zu analysieren.

In den folgenden Jahren wurden mehrere potenzielle Lösungen auf Verwaltungsebene in enger Zusammenarbeit mit der Landesregierung und dem Bundesdenkmalamt diskutiert. 2004

wurde eine Machbarkeitsstudie mit Standortanalyse für ein neues Amtshaus in Auftrag gegeben. Dabei wurden sowohl das alte Amtshaus als auch das Gusenleitnerhaus samt den dazugehörigen Grünflächen als Planungsraum definiert.

Weitere intensive Diskussionen folgten, wodurch sich die Lösung immer deutlicher herauskristallisierte: so beispielsweise erbrachte eine Projektänderung die Möglichkeit für die Erweiterung des bestehenden Gemeindeamts bzw. die Errichtung des Gemeinderatssaals in einer Baulücke kompakt neben dem historischen Teil anstatt am Marktplatz. Weitere Überlegungen waren erforderlich, damit eine optimale Lösung auch für die widmungsgemäße Nutzung der benachbarten Liegenschaften sowie die Denkmalschutzauflagen gefunden werden konnten.

Der Erfolg ließ schließlich nicht mehr lange auf sich warten: Mitte 2008 wurde für den Umbau nach dem Vorschlag der SUE Architekten ZT GmbH grünes Licht gegeben, und 2010 wurde das „neue-alte“ Objekt fertiggestellt.

Herausforderungen und Lösungen:
Bei diesem Sanierungs- und Ortskernwiederbelebungsvorhaben mussten mehrere Hürden überwunden werden: zuerst die Gefahr vom Verfallen, welche alten, erhaltenswerten Gebäudedenkmälern in der Ortschaft drohte, sowie dem Bedarf einem den Anforderungen gewachsenen Amtshaus zu entsprechen.

Der Lösungsfindungsweg erwies sich nicht als eindeutig, insbesondere, weil nicht nur die Flächenwidmungsanforderungen wahrgenommen werden sollten, wie z.B. die Zufahrtsnutzung bei einer Neugestaltung der historischen Gebäude, sondern weil auch mehr als 80 Denkmalschutzauflagen bei der Sanierung nachgekommen werden musste. Jedoch das Bestreben der Gemeinde für eine möglichst effiziente Flächennutzung sowie der Wille, das architektonische Kulturerbe für die nachfolgenden Generationen zu bewahren, haben den Weg zum Erfolg geebnet.

Auszeichnung:
- „LandLuft“ Baukultur-Gemeindepreis 2012, auszeichnende Stelle: Verein zur Förderung von Baukultur in ländlichen Räumen;
- Bauherrenpreis 2010;
- Aluminiumpreis 2010 an SUE Architekten ZT GmbH.

Erzielte Ergebnisse:
- effiziente Flächennutzung bei gleichzeitigem Erhalt denkmalgeschützter Gebäude
- Ortskernbelebung und -erhalt

Erzielter wirtschaftlicher Effekt:
- Einsparung von Kosten für die Errichtung eines komplett neuen Amtshauses

Erzielte ökologische Effekte:
- nachhaltige Flächennutzung
- Schonung der Ressourcen (Einsparung von Baumaterialien für die Neuerrichtung)

Kontakt:
Marktgemeinde Ottensheim - Bauabteilung
Marktplatz 7
4100 Ottensheim
Tel.: +43 (0)7234 822 55 0
E-Mail.: gemeinde@ottensheim.ooe.gv.at
Web.: http://www.ottensheim.ooe.gv.at/

Link zur weiteren Information:
http://gemeindebund.at/website2016/wp-content/uploads/2017/05/KOMMUNAL_7_8-2014.pdf
http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/linz/Amtshaus-Ottensheim-Musterbeispiel-fuer-neue-Architektur;art66,435175
https://www.franzundsue.at/projekte/revitalisierung-und-zubau-gemeindeamt-ottensheim-oberoesterreich/

2.2 „Spinnerei“ mit Mehrwert

In der ehemaligen Baumwollspinnerei in Teesdorf, welche denkmalgeschützt ist, wurden 69 Wohnungen errichtet. Somit konnte ein wertvolles Baudenkmal erhalten sowie Ressourcen und Flächen eingespart werden.

Quelle: Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft „Arthur Krupp“ Ges.m.b.H.

Gemeinde:
Teesdorf (NÖ): 1.821 EW

Durchgeführte Maßnahme:
Die Baumwollspinnerei, welche seit 1993 leer stand, wurde durch den Umbau als Denkmal und Wahrzeichen von Teesdorf erhalten und konnte durch die Sanierungsmaßnahmen in ein modernes Wohngebäude umgewandelt werden.

Der Weg zum Erfolg:
Die alte Baumwollspinnerei in Teesdorf steht mit ihrer charakteristischen architektonischen Gestaltung und originellen Bauausführung als eines der ersten Stahlbetonbauten in Österreich unter Denkmalschutz: sie wurde Anfang des 19. Jahrhunderts errichtet und bis zum Jahr 1993 genutzt. Nach dem Einstellen des Betriebes unterlag sie mehr und mehr dem Verfall. Daher hat die Gemeinde Teesdorf gemeinsam mit den Verantwortlichen im Land NÖ nach Bauträgern gesucht, welche durch geeignete Maßnahmen in der Lage wären, das Gebäude sowohl als Denkmal zu erhalten als es auch einer neuen Nutzung zuzuführen.

Die Wohnbauförderung des Landes Niederösterreich sowie finanzielle Mittel für Denkmalpflege vom Bundesdenkmalamt (BDA) ermöglichten dem (gemeinnützigen) Bauträger Arthur Krupp GmbH, betreut durch das „Mutterunternehmen“ - der gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft Wien-Süd - diese Herausforderung zu meistern: die alte Baumwollspinnerei sollte nun mit 69 Wohnungen zu neuen Leben erweckt werden.

Die Umsetzung dieses ambitionierten Vorhabens dauerte von Ende 2013 bis Anfang 2016. Begonnen wurde mit detaillierten Diskussionen über die praktische Vereinbarung der Denkmalschutzanforderungen für die Fassade mit den Herausforderungen der Baugestaltung für den neuen Nutzungszweck (z.B. Trockenlegung der Mauern, moderne Innendämmung, etc.). So wurden beispielsweise die Ziegelwände mit Dämmputz, die Stahlbetonelemente mit Schaumglasdämmung versehen, und innenseitig – ein Kernbereich des Gebäudes wurde abgebrochen und ein großzügiger Licht- und Innenhof geschaffen - wurden die Holzfenster und die Alu-Fenster der ehemaligen Produktionshallen erneuert.

Die große Herausforderung die es zu meistern galt, betraf die Statik des bestehenden Bauwerks. Dieses verfügte, über alle Stockwerke verteilt, über Elemente mit unterschiedlicher Betongüte. Um die beste Vorgehensweise zu bestimmen, wurden mehrere Proben entnommen - die Druckfestigkeit wurde bestimmt, neu berechnet und entsprechend gesichert. Die bestehenden Decken wurden daher stufenweise (um einen laufenden Betrieb zu ermöglichen) abgerissen und neu gebaut. Um eine optimale natürliche Beleuchtung in den neuen Wohnungen zu ermöglichen, wurde wie bereits erwähnt, ein Lichthof eingebrochen, zudem wurden die oberen Geschoße mit Balkons versehen, die unteren mit Terrassen. Zur Erholung und Freizeitnutzung der zukünftigen BewohnerInnen wurde auf dem Dach ein Schwimmbad errichtet. Um eine optimale Flächenaufteilung der Wohnungen zu gewährleisten, wurden Innen- und Trennwände eingebaut. Auch die Raumhöhe stellte eine Herausforderung dar: die ursprüngliche Raumhöhe von bis zu 5m wurde mit Zwischendecken auf 2,0 – 2,5m reduziert.

Für die Erhaltung und Renovierung der Fassade (z.B. Verlegung des Außenputzes) arbeiteten ExpertInnen des Bundesdenkmalamts mit einem namhaften Restaurator zusammen, wobei es auch notwendig war, die eingesetzten Bauarbeiter einer entsprechenden Schulung zu unterziehen. Abdrücke von den Oberflächen wurden entnommen, um die Betonstruktur daran anzupassen. Letztere wurde auch mit denselben Stempelabdrücken versehen.

Das Bauwerk verfügte über zwei Keller. Diese wurden im Zuge des Umbaus abgedichtet, um die für die Wohnzwecke notwendige Haustechnik zu integrieren. Zur Haustechnik gehören, u.a. ein 250-kWh-Hauptkessel und ein 100-kWh-Pufferkessel für Spitzbelastungen. Da beide pelletsbetrieben sind, wurde in den Kellern auch ein Pelletlager vorgesehen.

Folgend den neuesten Standards für Energieversorgung wurde auf dem Gebäudedach eine 150-m^2-Solaranlage installiert, um die Warmwasserversorgung aus dem 12.000-Liter (4x3.000-Liter)-Wasserspeicher mit Solarwärme zu unterstützen. Die dort produzierten Wärmeüberschüsse werden als Warmwasser für das Schwimmbecken am Dach genutzt.

Umweltfreundlichkeit und Denkmalschutz lassen sich perfekt mit den Ansprüchen des Informationszeitalters kombinieren. Auf dem Gebäudedach ist eine hochwertige Satellitenanlage montiert, alle Wohnungen sind mit WLAN-ausgerüstet und zudem verfügt die neue Wohnhausanlage über 138 PKW-Parkplätze. Das „Wohnen im Denkmal“ ist unter Bedachtnahme auf das geschilderte Angebot mit durchschnittlichen Mitpreisen von rund 8 Euro/m^2 (zzgl. Betriebskosten) gut leistbar, wie durch die rasche Vollverwertung bestätigt wird.

Die Gesamtnutzfläche beträgt 4.651 m^2 auf einer Grundrissfläche von etwa 2.500 m^2. Durch die erfolgreiche Projektumsetzung konnte ein einmaliges bauliches Denkmal auch für nachfolgende Generationen erschaffen werden.

Herausforderungen und Lösungen:

Die Herausforderungen umfassten eine lange Liste von zum Teil in sich widersprüchlicher Aufgaben: die Detailplanung der neuen, denkmalschutzkompatiblen Fenster, die anspruchsvolle Innendämmung, welche einerseits mit dem Betonbau vereinbar, und andererseits trotzdem kondenswasserabweisend sein musste, sowie die Sicherung der Tragfähigkeit der neuen Decken und des Schwimmbads auf dem Dach. All dies war zudem plan- und kostenkonform errichtet umzusetzen. Der Lösung dieser facettenreichen

Problemstellungen haben die Bauingenieure ihr ganzes Wissen, Erfahrung und Kreativität gewidmet und die Aufgabe schlussendlich erfolgreich gemeistert.

Auszeichnung:
Niederösterreichischer Wohnbaupreis 2016 in der Kategorie Sanierung: Wohnhausanlage „Spinnerei“ Teesdorf;
Bauträger: Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft „ARTHUR KRUPP“ GmbH
Betreuung durch Wien-Süd Bau- und Wohnungsgenossenschaft.

Erzielte Ergebnisse:

- effiziente Flächennutzung: 69 neue Wohnungen in einem Denkmalgebäude: Erhalt des Denkmalgebäudes und zugleich Erschaffung von neuem Lebensraum
- nahezu Verdoppelung der Nutzfläche auf gleichem Baugrund (4.651 m^2 Gesamtnutzwohnfläche auf 2.500 m^2 Grundfläche)
- Schonung von Ressourcen (Einsparung von Baumaterialien für eine Neuerrichtung)

Erzielter wirtschaftlicher Effekt:

- durch Renovierung Einsparung von Kosten für die Errichtung eines neuen Gebäudes

Erzielter ökologischer Effekt:

- Vermeidung von Gebäudeabbruch und somit von Baurestmassen
- sparsamer Umgang mit Ressourcen (Vermeidung eines Neubaus)

Kontakt:
Marktgemeinde Teesdorf - Bauamt
Schulstraße 11
2524 Teesdorf
Tel.: +43 (0)2253 81 440
E-mail.: gemeinde@teesdorf.at
Web.: http://www.teesdorf.at/

Links zur weiteren Information:
http://www.noen.at/baden/ehemalige-baumwollspinnerei-in-teesdorf-in-noe-wird-saniert/4.131.843
http://noe.orf.at/news/stories/2779482/, https://de.wikipedia.org/wiki/Spinnerei_Teesdorf
http://derstandard.at/2000029995612/Neues-Leben-in-Alter-Spinnerei

2.3 Jung und Alt harmonisch Miteinander

In der Gemeinde Langenegg (Vorarlberg) wurde das denkmalgeschützte Bach-Hus nach ökologischen Kriterien saniert. Jahre später wurden ein Kindergartengebäude mit Jugendraum und Musikprobelokal sowie ein Kaffeehaus und einem darüber eingerichteten Büro anhand des „Ökoleitfaden Bau“ errichtet.

Quelle: Kindergarten und Musikbau (Hintergrund), Café- und Bürobau (Vordergrund links)
http://www.proholz.at/zuschnitt/46/dorf-und-holz/ - ©Fink Thurnher

Gemeinde: Langenegg (Vorarlberg): 1.147 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
In Langenegg wurde das denkmalgeschützte Bach-Hus nach ökologischen Kriterien renoviert. Später wurden auch ein Kindergartengebäude mit Jugendraum und Musikproberaum, ein Bürobau und das Dorfcafé als Testlauf für den Vorarlberger „Ökoleitfaden Bau“ für nachhaltiges Bauen errichtet. Das Ergebnis waren nicht nur ökologische Bauwerke, sondern primär sparsam genutzte Flächen. Nicht zuletzt wurden somit der soziale Aspekt und das Engagement für Umwelt- und Energiefragen gestärkt.

Der Weg zum Erfolg:
Spätestens 2001 war klar, der alte Kindergarten war zu klein! Sorgfältige Analysen haben aber gezeigt, dass das Problem nicht durch Zubauten gelöst werden kann. Es musste deshalb renoviert und neugebaut werden. Darüber hinaus war die Gemeinde schon seit längerem an Möglichkeiten für nachhaltiges Bauen interessiert. Daher wurde das Bauvorhaben anhand des neulich erstellten „Ökoleitfaden Bau“ des Umweltverbandes durchgeführt, und stellte somit den Testlauf für diesen dar.

Für die Umsetzung wurde Hilfe von FH Liechtenstein und der Universität Innsbruck herangezogen, denn der Raumbedarf sollte mit der bestmöglichen Flächennutzung vereinbart werden. Durch einen Architektenwettbewerb wurde die optimale Lösung ausgewählt. An der

Umsetzung waren neben Fink Thurnher Architekten und der Umweltverband auch das Energieinstitut Vorarlberg sowie das Ingenieurbüro „Spektrum“ in Dornbirn beteiligt.

Dank dieser Maßnahme können rund 850m^2 (Kindergarten und Musikbau) und etwa 400 m^2 (Café- und Bürobau) neu genutzt werden.

Herausforderungen und Lösungen:
Es galt, die effizienteste Vereinbarung von Raum- und Flächenbedarf mit der Zweckerfüllung zu finden. Die Lösung lag in sorgfältigen und genauen Analysen des Ist- und des Soll-Zustands sowie in der Anwendung modernster baulicher Standards. So konnte möglichst wenig Fläche beansprucht und – trotz höheren Investitionskosten – die Betriebskosten gesenkt werden.

Auszeichnung:
e5-Gemeinde, auszeichnende Stelle: „e5 – Programm für energieeffiziente Gemeinden“

Erzielte Ergebnisse:
- rund 1.250 m^2 Fläche weitergenutzt anstatt neu versiegelt
- Einsatz nachhaltiger Baumaterialien, z.B. gemeindeeigener Weißtannen

Erzielte wirtschaftliche Ergebnisse:
- Einsparungen bei den Betriebskosten
- Kostenersparnis durch Einhaltung neuester Baustandards

Erzielte ökologische Ergebnisse:
- nachhaltige Flächennutzung
- Verwendung von lokal verfügbarem, nachwachsendem Baumaterial und somit CO_2-Einsparung

Kontakt:
6941 Langenegg
Bach 127
Tel.: +43 (0)5513 4101
Email: gemeinde@langenegg.at, energie@langenegg.at
Web: www.langenegg.at

Links zur weiteren Information:
http://www.proholz.at/zuschnitt/46/dorf-und-holz/
https://www.langenegg.at/e5/
http://www.fink-thurnher.at/

2.4 Das Leben findet Innenstadt

Die Gemeinde Zistersdorf hat sich zum Ziel gesetzt, den Ortskern neu aufleben zu lassen. Dies soll im Zuge von Kleinprojekten, wie zum Beispiel der Umgestaltung des Moosteichgebiets zum Freizeitareal, Schritt für Schritt verwirklicht werden.

Quelle: https://www.meinbezirk.at/gaenserndorf/lokales/spielbereiche-fuer-die-integration-d691666.html

Gemeinde: Zistersdorf (NÖ): 5.354 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Die Gemeinde Zistersdorf hat rund um den Moosteichbereich zwei moderne Spielareale errichtet. Der „Generationenspielplatz“ hat zum Ziel, ältere und jüngere Menschen zusammenzuführen. So finden sich neben Schaukeln, Rutschen und Klettergerüsten auch Geräte, die speziell der Bewegungsförderung von älteren Menschen dienen.

Ein weiteres Spielareal ist barrierefrei angelegt und bietet Kindern und Erwachsenen mit motorischen Einschränkungen die Möglichkeit zur Bewegung. Dieses Areal umfasst neben einem Niedrigseilgarten, einer Nestschaukel, Federwippe, Balancierbalken und einer neuen Hangrutsche auch eine Schaukel für Rollstuhlfahrer, Mal- und Tastwände sowie ein behindertengerechtes WC.

Detailinformationen:
Projektleitung: Baustadtrat Klaus Chwatal und Baudirektor Jürgen Hochmeister
Kosten 50.000 €
Finanzierung:

- Unterstützung vom Land NÖ in Höhe von 20.000 € über die Initiative „NÖ Dorferneuerung“
- Spenden von der Bevölkerung, Firmen, Vereinen

Planung: 2014 - 2016, Umsetzung: 2016 - 2017

Der Weg zum Erfolg:

Unter dem Motto „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ ist es der Gemeinde Zistersdorf ein Anliegen, dass durch die Planung der Innenstadt der funktionalen Aushöhlung des Zentrums ein Ende gesetzt wird. Das Zentrum bietet eine hervorragende Struktur, um in Zukunft eine Belebung der Innenstadt zu erzielen. Das Kerngebiet ist fußläufig gut zu erreichen und es sind zahlreiche Einkaufs- und Parkmöglichkeiten vorhanden. Die Gemeinde hat durch die Umgestaltung des Moosteichareals und des Kirchenplatzes bereits die ersten Schritte gesetzt. Weitere Kleinprojekte, wie z.B. die Zwischennutzung derzeit leerstehender Wohnungen und Geschäftslokale, die Etablierung von Seniorenwohngemeinschaften, die Fassadenerneuerung von einzelnen Gebäuden und viele weitere Maßnahmen, sollen die Innenstadtbelebung Schritt für Schritt verwirklichen.

Herausforderungen und Lösungen:
Bereits 2014 etablierte sich in der Gemeinde die Idee eines neuen Spielplatzes. Aufgrund der damaligen Gesetzeslage konnte diese allerdings nicht umgesetzt werden. Im folgenden Jahr wurde die Projektidee vom Schlossteich zum Schlosspark verlegt. Da die Gemeinde Zistersdorf bereits seit vielen Jahren als familienfreundliche Gemeinde ausgezeichnet wurde, war sie somit eine von 30 Gemeinden, die eine Genehmigung und Förderung für den Bau erhielt. Im Zuge einer Spielforscherwerkstatt, die mit 50 Schulkindern abgehalten wurde, wurden die Wünsche und Ideen gemeinsam erarbeitet. Zudem wurden die BürgerInnen durch Aktionen wie „Eltern–Kind–Bau- und -Spieltage“ oder die „Pflanz–Werkstatt“ in die Gestaltung des Spielplatzes eingebunden.

Auszeichnungen:
Das Konzept für die Spiellandschaft erhielt im Rahmen eines Wettbewerbes des Landes Niederösterreich den Titel „Jugendfreundlichste Gemeinde“.

Erzielte Ergebnisse:

- Ortskernbelebung und -erhalt

Erzielter wirtschaftlicher Effekt:

- Einsparung von Kosten durch die Bürgerbeteiligung

Erzielte ökologische Effekte:

- nachhaltige Flächennutzung: Nutzung von Leerständen und effiziente Gestaltung verfügbarer Fläche

Kontakt:
Stadtgemeinde Zistersdorf
Hauptstraße 12
2225 Zistersdorf
Tel.: 02532/2401
E-Mail.: stadtgemeinde@zistersdorf.gv.at

Links zur weiteren Information:
https://www.meinbezirk.at/gaenserndorf/lokales/zistersdorf-gewinnt-spielplatz-fuer-den-schlosspark-zistersdorf-einer-der-preistraeger-beim-projekt-spieltraeume-d1662141.html
https://www.noen.at/gaenserndorf/zistersdorf-spielplatzeroeffnung-areal-wurde-kids-uebergeben-schule-eroeffnung-ausbildung-spielplatz-53139952
http://www.gemeinde21.at/projekte/projektdetails/ansicht/spieltraum-moosteich.html
https://www.meinbezirk.at/gaenserndorf/lokales/spielbereiche-fuer-die-integration-d691666.html
http://www.lebens-wertes-weinviertel.at/freizeitleben/spielplaetze/zistersdorf/
http://p2.iemar.tuwien.ac.at/p2_13_zistersdorf/?Projekte___Das_Leben_findet_Innenstadt
http://rin.ecology.at/ge/projekt/projekt.phtm?projektID=950795805

2.5 Ausgezeichneter Sonnengarten

Die Stadtgemeinde Zell am See (Bundesland Salzburg) setzt auf nachhaltige und zukunftsweisende Wohnbauten und sorgt so für eine möglichst geringe Bodenversiegelung. Für das Projekt „Sonnengarten LIMBERG“ erhielt die Gemeinde den ÖGUT-Umweltpreis 2016.

Quellen: (rechts):http://www.oegut.at/de/initiativ/umweltpreis/2016/nh-kommune.php
(links): https://www.sonnengartenlimberg.at/

Gemeinde: Zell am See (Salzburg): 9.762 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Im Rahmen des Projekts „Sonnengarten LIMBERG“ setzt Zell am See ein Beispiel für effiziente Flächennutzung. Dabei werden u.a. ein Leitfaden für nachhaltiges und zukunftsweisendes Bauen sowie eine Qualitätsvereinbarung und ein innovativer Stadt- bzw. Energieplanungsprozess entwickelt und umgesetzt. Somit wird in der Stadtgemeinde die Bodenversiegelung möglichst geringgehalten und Ressourcen (z.B. Baumaterial) geschont.

Der Weg zum Erfolg:
Dieses ambitionierte Vorhaben begann mit einem Sondierungsprojekt für die Errichtung einer Zero-Emission-Siedlung mit rund 180 Wohnungen, einem Kindergarten und einem Nahversorger sowie Mehrzweckräumen.

Das Kernprojekt „Sonnengarten Limberg“ soll die Umsetzung des „Smart Cities“-Konzeptes im ländlichen Raum demonstrieren. Charakteristisch ist, dass es sich dabei um eine größere Grundfläche (ca. 3 ha) im Dauersiedlungsraum handelt. Ziel ist es, bei einem möglichst effizienten Umgang mit der Ressource „Fläche“ leistbaren Wohnraum (z.B. für junge Familien sowie Älteren (Stichwort „betreutes Wohnen“)) zu ermöglichen. Positiver Nebeneffekt dabei ist die Schaffung eines neuen „Zentrums“ für den Ortsteil Zellermoos. Nicht zuletzt soll eine Reihe an Smart-Cities-Kriterien integriert umgesetzt werden, z.B. im Siedlungsgebiet „Sonnengarten Limberg“ soll die Energieversorgung zentral und nahezu CO_2-neutral gesichert werden, und, um mehr Flächeneffizienz zu gewährleisten, soll die Stromproduktion vor Ort über Photovoltaik-Anlagen erfolgen.

Die Umsetzung ist derzeit in ihrer aktivsten Phase: im Mai 2017 wurde der Startschuss für die baulichen Aktivitäten gegeben, die Fertigstellung ist für April 2020 geplant. Die Gesamtkosten für die Smart City-Maßnahmen belaufen sich auf knapp über 1 Mio. Euro, wovon etwa 60 % vom Klima- und Energiefonds gefördert werden. Das Projektkonsortium umfasst SIR - Salzburger Institut für Raumordnung und Wohnen (Konsortialführung), die Stadtgemeinde Zell am See sowie die Habitat Wohnbau GmbH.

Herausforderungen und Lösungen:

Die größte Herausforderung besteht darin, auf möglichst wenig Fläche möglichst viele Smart-Cities-Kriterien zu erfüllen, wie z.B. eine nahezu CO_2-freie Energieversorgung zu gewährleisten, eine klima:aktiv-Zertifizierung einzuholen, Barrierefreiheit als gesamthaftes Thema erfolgreich umzusetzen, und nicht zuletzt – eine autoarme Siedlung zu demonstrieren.

Diese Anforderungen verlangen nach innovativen Lösungen mit integrierten Nachhaltigkeitsaspekten, welche über die klassischen stadtplanerischen Konzepte hinausgehen.
Da das Projekt in seiner aktivsten Umsetzungsphase ist, kann derzeit noch keine vollständige Liste der Herausforderungen und ihre Lösungen angeboten werden. Die Umsetzung des Vorhabens wird jedoch detailliert dokumentiert, und nach Projektabschluss wird somit eine umfangreiche Liste der aufgetretenen Herausforderungen und die Lösungen dafür vorliegen.

Auszeichnungen:
e5-Gemeinde, auszeichnende Stelle: „e5 – Programm für energieeffiziente Gemeinden“
ÖGUT Umweltpreis 2016 in der Kategorie "Nachhaltige Kommune"
Modellwohnbau der Wohnbauforschung des Landes Salzburg

Erzielte Ergebnisse:

- nachhaltige Flächennutzung und geringe Bodenversiegelung
- Verwendung ökologischer Baumaterialien
- effiziente Lösungen für die Energieversorgung und Mobilität und somit Schonung von natürlichen Ressourcen

Erzieltes wirtschaftliches Ergebnis:

- können derzeit noch nicht beziffert werden, da das Projekt am Anfang der Umsetzungsphase ist
-

Erzielte ökologische Ergebnisse:

- möglichst geringe Bodenversieglung
- nahezu energieautarke und autofreie Siedlung (Vermeidung von CO_2-Emissionen)
- Verwendung ökologischer Baumaterialien

Kontakt:
5700 Stadtgemeinde Zell am See - Bauamt
Brucker Bundesstraße 2
Tel.: +43 (0)6542 766-0
Email: office@zellamsee.eu
Web: http://www.zellamsee.salzburg.at/

Links zur weiteren Information:
http://www.smartcities.at/stadt-projekte/smart-cities/sonnengarten-limberg-zell-am-see/
https://noe.gv.at/noe/Klima/GoodPractice_GemeindeKlimawandel.pdf
http://www.zellamsee.salzburg.at/Projekt_Sonnengarten_LIMBERG_erhaelt_den_OeGUT-Umweltpreis_2016_2
http://www.oegut.at/de/initiativ/umweltpreis/2016/nh-kommune.php

2.6 Gerberei belebt Tourismus

In der Gemeinde Mitterbach am Erlaufsee (NÖ) wurde die ehemalige Gerberei unter anderem zum DorfResort. Dieses Resort wird mit einer gemeinschaftlichen Rezeption von sieben Beherbergungsbetrieben genutzt und sorgt so für touristischen Aufschwung und ein belebtes Zentrum.

Quelle: http://www.dorf-stadterneuerung.at/?kat=1&dok_id=1191

Gemeinde: Mitterbach am Erlaufsee (NÖ): 514 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Die leerstehende alte Gerberei wurde mit Wohneinheiten, einem Mehrzwecksaal, und einem Dorfcafé wiederbelebt. Etwas später richtete sich auch das DorfResort im Gebäude ein. Diese DorfRezeption dient als Drehscheibe für Buchungen sowie der Information und der Schlüsselaus- und Rückgabe für die Beherbergungsbetriebe.

Der Weg zum Erfolg:
Das Vorhaben Gerbereiumbau wurde im Rahmen eines Kooperationsmodells mit der NÖ Dorferneuerung und der WET entwickelt und umgesetzt. Es galt, ein historisches Gebäude vor dem Verfall zu bewahren und gleichzeitig der Bevölkerung einen vielfältigen Nutzen zuzuführen.

Die Umsetzung begann im Jahr 2009, am 3. Dezember 2011 wurde das wiederbelebte Bauobjekt festlich neueröffnet. Zwar stand das Gebäude nicht unter Denkmalschutz, jedoch war das Ziel, die alte Bausubstanz und architektonischen Charakter weitmöglichst zu erhalten. Im Gebäude fanden ein Turn– und Veranstaltungssaal, ein Café, ein Infocenter, ein Bauhof und Wohnungen ein neues Zuhause.

Die Baukosten betrugen etwa 1 Mio. Euro, womit jedoch ein Abriss und somit der Verlust eines zeitgenössischen Bauwerks vermieden wurde sowie die Kosten für eine komplette Neuerrichtung erspart blieben.

Die Initiative wurde auch lokal kommuniziert. Die Öffentlichkeitsarbeit während der Bauzeit umfasste Gespräche mit interessierten Bürgern, bei der Einweihungsfeier am 3. Dezember 2011 war die Bevölkerung geladen, und alle Fragen zur Nutzung wurden dabei ausführlich erklärt.

Herausforderungen und Lösungen:
Das Vorhaben schritt planmäßig und ohne Hemmnisse voran. Die einzige Herausforderung war die Klärung der Förderungen seitens der Dorferneuerung und der Darlehensaufnahme, welche jedoch mit den Abteilungen des Landes NÖ in intensiven Gesprächen überwunden werden konnten: der hohe Professionalismus und der starke Kooperationswillen aller Beteiligten brachte schließlich auch den Erfolg.

Erzielte Ergebnisse:

- Ortskernbelebung und Erhalt eines historischen Gebäudes
- Vermeidung von Leerstand und somit nachhaltige Flächennutzung
- Förderung des Tourismus in der Gemeinde
- Abwanderung gestoppt
- leistbarer Wohnraum für junge MitterbacherInnen, welche im Ort bleiben
- Schaffung von Arbeitsplätzen

Erzielte wirtschaftliche Ergebnisse:

- Kostenersparnisse durch die gemeinsame Nutzung der Infrastruktur
- Verdoppelung der Bettenkapazität und dadurch Anstieg der Gästezahl um 35 % (Stand Juli 2017)

Erzielte ökologische Ergebnisse:

- effiziente Nutzung der Ressource Fläche durch Vermeidung eines Leerstandes

Kontakt:
3224 Mitterbach am Erlaufsee
Hauptstraße 14
Tel.: +43 (0)3882 2126
Email: gde.mitterbach@ready2web.net
Web: www.mitterbach.at

Links zur weiterführenden Information:
http://www.dorf-stadterneuerung.at/?kat=1&dok_id=1191
http://www.mitterbacherdorfresort.at/
https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170706_OTS0039/kooperationsmodell-dorfresort-mitterbach-auf-erfolgskurs
http://noe.orf.at/news/stories/2853157/

2.7 Neues Leben für alten Hof

Der leerstehende Lösshof in Großriedenthal wurde unter dem Namen „Lösshof: Wohn und Arbeitswelt – naturgemäß gedacht“ renoviert und ausgebaut. Das ökologische Gesamtkonzept, welches aus einem Wirtshausgebäude, einem ehemaligen Wirtschaftshof und Wohnbauten mit Gästezimmern besteht, wurde als Vorzeigeprojekt für nachhaltige Ortsentwicklung ausgezeichnet.

Quelle: facebook @Lösshof

Gemeinde: Großriedenthal (NÖ): 926 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Das Gebäude des alten Lösshofs in der Gemeinde Großriedenthal wurde unter Beachtung hoher ökologischer Standards revitalisiert. Bei der Renovierung wurden vor allem natürliche Baustoffe wie Holz, Lehm, Hanf und Ziegel verwendet. Zur Wärmeversorgung über ein Nahwärmenetz werden Hackschnitzel aus dem eigenen Wald, und Solar aus dem Nahwärmenetz genutzt. Ein eigener Hausbrunnen versorgt Toiletten und Garten mit ausreichend Wasser. Die Gesamtfläche, welche für die weitere Nutzung erhalten wurde, beträgt über 700 m^2.

Der Weg zum Erfolg:
Bei diesem Vorhaben handelte es sich um ein über 100 Jahre altes Gebäude. Es beinhaltete einen landwirtschaftlichen Gebäudebestand, ein Wohngebäude mit ehemals 2 BewohnerInnen, ein altes Dorfwirtshaus mit Gastgarten mit ehemals 1 Bewohnerin sowie ein altes Wohnhaus, welches mehrere Jahrzehnte bereits leer stand. Dazu gehörten auch Weingärten, Äcker und ein Wald. Die Aufschlüsselung nach Gebäuden umfasste:

- Wohngebäude aus den 50er Jahren mit 2 je ca. 45 m² großen Wohnungen für frühere MitarbeiterInnen, einschl. darunterliegendem Gewölbekeller und gemauertem Brunnen für die Wasserversorgung;
- 2 Stadeln (Flächen: 135 m² und 300 m²);
- Ein altes Wohngebäude mit 2 Wohnungen (80 m² und 45 m²), mit Gebäudeteilen älter als 100 Jahre und Zubauten um ca. 1930;

- Stallungen für Schweine, Pferde, Kühe mit Futterkammer und Stadel. Das Gebäude war seit 50 Jahren unbewohnt.
- Ein ca. 100 Jahre altes, ebenerdiges Wohngebäude auf einer Fläche von 80 m² diente als Ausgedinge für die alte Generation des Betriebes. Das Gebäude war seit den 70er Jahren unbewohnt.
- Das alte Dorfwirtshaus wurde um 1900 um ein zusätzliches Geschoß mit Wohnräumen und 2 Sälen erweitert.

2001 begann Herr Christoph Mehofer bei der damaligen Wirtin als Aushilfe zu arbeiten. 2004 startete er mit dem Umbau des ersten Gebäudes. Als die Wirtin 2010 in Pension ging, war ihr größtes Anliegen, dass die Liegenschaft nicht zerteilt wird. Herr Mehofer hatte bereits den seit 40 Jahren leerstehenden alten Wirtschaftshof übernommen und mit nachwachsenden Baumaterialien, meist aus dem dazugehörenden Wald, und vorhandenen Ressourcen (alten Baustoffen) renoviert. 2012 wurde nach ökologischen Baustandards das Wohnhaus mit 4 Wohneinheiten mit je 100 m² Wohnfläche errichtet und das kleine Wohnhaus mit 90 m² saniert.

Die Gebäudesanierungen wurden einerseits über die Eigenheimsanierung des Landes NÖ und den Sanierungsscheck des Bundes bzw. Photovoltaikförderung über den Klimafonds (Bund) mit Direktzuschuss oder der Ökostromtarifförderung gefördert. Das neuerrichtete Biomasse- Nahwärmenetz wurde über den Bund finanziell unterstützt, bzw. die Anschlüsse über die Eigenheimsanierungsförderung des Landes NÖ.

Die Bilanz der baulichen Aktivitäten ist beeindruckend:

4 erhaltene und sanierte Gebäude einschl. ein Neubau (Dorfwirtshaus, 1 Passivhaus mit 4 Wohnungen mit 400 m^2, 1 Gästehaus mit 130 m^2, das kleine Haus der alten Wirtin mit 90 m^2, dazu die eigene Wohnung mit 160 m^2). In Summe wurden somit über 700 m^2 zur Nutzung in besserer Wohn- und Arbeitsqualität erhalten.

Zusätzlich wurden 4 Vollzeitarbeitsplätze und 4-5 Teilzeitarbeitsplätze geschaffen.

Herausforderungen und Lösungen:
Die größte Herausforderung bestand darin, dass ungenutzte Fläche häufig als weniger wert wahrgenommen wird. Daher wird oft neu gebaut und somit Fläche weiter versiegelt als saniert und weitergenutzt. Dieses Problem konnte nicht nur durch die zeitgerechte finanzielle Unterstützung von Land und Bund gelöst werden, sondern in erster Linie durch den Mut, sich für die Umwelt einzusetzen.

Auszeichnungen:
- Österreichischer Klimaschutzpreis 2016 – Kategorie „Gemeinden & Regionen“, vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und dem ORF vergeben
- Energy Globe NÖ Sieger - Kategorie "Erde" 2017

Erzielte Ergebnisse:

- Flächennutzung durch Revitalisierung eines leerstehenden Gebäudebestands
- Verwendung nachhaltiger Energiequellen sowie Wasser- und Energieeinsparung
- Schaffung von neuen Arbeitsplätzen

Erzieltes wirtschaftliches Ergebnis:

- Schaffung von Arbeitsplätzen: 4 Vollzeit und 4-5 Teilzeit
- Schaffung bzw. Erhalt in einer besseren Wohnqualität von Wohnraum für 13 weitere Personen auf gleicher Fläche

Erzielte ökologische Ergebnisse:

- Vermeidung von Leerstand und weiterer Bodenversiegelung für eine ursprünglich bebaute Fläche von insgesamt 730 m^2, erweitert um 50 m^2 (ohne Versiegelung)
- Einsparung von jährlich rund 30 m^3 Wasser dank moderner Wasserversorgung aus dem eigenen Brunnen
- 18.600 kWh Stromeinsparung jährlich dank 3 Anlagen mit insgesamt 20 kWp nur aus erneuerbarer Energiequellen
- 110.365 kWh Heizwärmeeinsparung dank der gesamten Wärmedämmmaßnahmen und eines zentral gesteuerten (und somit effizienter) Nahwärmenetzes (CO_2-neutral)
- Verwendung nachhaltiger Baumaterialien
- Schonung der Ressource Boden durch Nutzung eines Leerstandes

Kontakt:

3471 Großriedenthal
Lederergasse 9
Ing. Christoph Mehofer
Tel.: +43 (0)664 116 43 90
Email: christoph@mehofer.at
Web: www.loesshof.at

Links zur weiterführenden Information:

http://loesshof.at/files/content/presse/Klimaschutzpreis.pdf
http://loesshof.at/
http://klimaschutzpreis.orf.at/
http://www.videos.klimaschutzpreis.at/loesshof-oekologisches-gesamtkonzept
http://www.energyglobe.at/de_at/award-1/info-seiten-der-bundeslaender/niederoesterreich/2017/erde/
http://noe.orf.at/news/stories/2808985/

2.8 Vom „Schandfleck“ zum Prunkstück

In der Ortschaft Unterloisdorf wurde ein altes, leerstehendes Schulgebäude revitalisiert, welches nicht nur neue Strukturen und dörfliche Identität für das Dorfleben schuf, sondern auch die Ressource Fläche schonte.

Quelle: ©Gemeinde Mannersdorf

Gemeinde: Mannersdorf (Burgenland) 3.793 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Die alte Schule (ehemaliger Meierhof) in Unterloisdorf wurde generalsaniert, zudem wurde der leerstehende Zubau abgerissen und neu errichtet. Das Gebäude wurde barrierefrei gestaltet und beherbergt nun das „Dorfzentrum Unterloisdorf“, welches für Veranstaltungen, den Jugendtreff und sonstige Festivitäten genutzt wird.

Der Weg zum Erfolg:
In Unterloisdorf gibt es mehrere Vereine: eine Burschenschaft, einen Kegelverein und einen Verschönerungsverein. 1992 wurde der Verein „Dorfzentrum Unterloisdorf“ gegründet. 1999 wurde das Gebäude der alten Schule saniert und umgebaut, da es schon längst baufällig war und im Ort keinen Zweck mehr erfüllte. Seitdem dient das Gebäude als Vereinsräumlichkeit für den Verein „Dorfzentrum Unterloisdorf“, als Treffpunkt für die Jugendlichen sowie für verschiedene Gemeindeveranstaltungen. 2008 wurde auch der leerstehende Zubau abgerissen und neu errichtet.

Dank der Sanierung und der Neuerrichtung können die DorfbewohnerInnen nicht nur Dorffeste feiern und Basare unter besseren Bedingungen abhalten, sondern das Gebäude beherbergt auch eine Küche für Selbstversorger und ist behindertengerecht gestaltet, ein zusätzliches Kühlhaus im Neubau garantiert die Verpflegung bei verschiedenen Veranstaltungen. Das Dorfzentrum wird zudem als Turnsaal und als Räumlichkeit für die Nachmittagsbetreuung genutzt. Im sanierten Dorfzentrum werden auch Computer-, Bastel- und Sportkurse für Erwachsene und Kinder angeboten, für welche im Ort sonst keine Räumlichkeiten zur Verfügung stehen würden.

Das Dorfzentrum kann auch von Privatpersonen zu Vereinszwecken gemietet werden - die Nutzung von Teilen des Dorfzentrums durch die Volksschule als Turnsaal und für die Nachmittagsbetreuung müssen dabei gewährleistet bleiben.

Der Verein „Dorfzentrum Unterloisdorf“ war aktiv an der Initiierung der Sanierung der alten Schule beteiligt. Das gesamte Paket dieser Flächennutzungsmaßnahme hatte als Hintergrund das Ziel des Vereines, dass die Dorfgemeinschaft weiter erhalten bleibt – und zwar ohne weitere Flächenversiegelung.

Herausforderungen und Lösungen:
Das alte Schulgebäude sollte, aufgrund der Baufälligkeit und weil es keine Funktion mehr im Dorf erfüllte, schon längst abgerissen werden. Da aber Fläche zur Verfügung stand entschied man sich für eine Neugestaltung und Komplettrenovierung. Man scheute jedoch Kosten für den Abriss und die Neugestaltung des Gebäudes. Durch das von der europäischen Union sowie vom Land Burgenland geförderte Projekt „Dorferneuerung“, welches in Burgenland bereits großflächig angewendet wurde, konnten auch finanzielle Hindernisse überwunden werden. Erforderliche materielle Mittel werden laufend durch freiwillige Spenden, Beitrittsgebühren und Mitgliedsbeiträge der Bevölkerung aufgebracht.

Erzielte Ergebnisse:

- Mehrzwecknutzung der verfügbaren (bereits versiegelten) Fläche und somit erhöhte Flächeneffizienz
- Vermeidung von Leerstand
- Schaffung von Infrastruktur für das Dorfleben und Erhaltung der lokalen Identität
- Erhaltung dörflicher Baustruktur
- Förderung des sozialen Lebens im Dorf

Erzielte wirtschaftliche Ergebnisse:

- Kostenersparnis für die Neuerrichtung eines Mehrzweckgebäudes

Erzielte ökologische Ergebnisse

- Nachhaltige Flächennutzung

Kontakt:
Ortsvorsteher Unterloisdorf
Josef Herold
Tel.: +43 664 2327 709
Gemeinde Mannersdorf.a.d.R.
Tel.: +43 (0)2611 2204
E-Mail.: post@mannersdorf.bgld.gv.at

Links zur weiteren Information:
http://www.unterloisdorf.at/?p=infos-zum-dzu
http://www.zukunftburgenland.at/front_content.php?idcat=317&idart=513

2.9 Die Post lädt ein

In der Gemeinde Drassburg wurde 2009 das alte, nicht mehr genutzte Postgebäude behutsam mit geringerem Einsatz von Baumaterialien revitalisiert und ausgebaut. Der Ortskern wurde dabei wiederbelebt und erhielt ein neues Kommunikationszentrum ohne zusätzliche Beanspruchung von Fläche.

Quelle: http://www.zukunftburgenland.at/front_content.php?idcat=317&idart=900

Gemeinde: Drassburg (Burgenland): 1.174 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Das leerstehende Postgebäude wurde umgebaut und wird nun als Generationenhaus und Musikerheim verwendet. Ein Caféhaus, ein Naturparkbüro mit Schmankerlladen und Postpartner sind ebenfalls darin untergebracht.

Der Weg zum Erfolg:
Die „Alte Post“ wurde Mitte des 19 Jahrhunderts als Wohnhaus errichtet, mittlerweile stand sie jedoch seit längerer Zeit leer. Nach einer 4-jährigen Planungsphase wurde das Gebäude saniert und 2013 neu eröffnet. Die Umbaukosten beliefen sich auf knapp 0,5 Mio. Euro, davon wurde ein Viertel durch EU Förderungen finanziert. Dabei spielte der Verein „nordburgenland plus“ eine tragende Rolle. Der Verein ist seit 2007 für die Umsetzung des europäischen Förderprogrammes LEADER im Nordburgenland zuständig und unterstützt Gemeinden, Projekte zu den Themenfeldern Dorferneuerung, Tourismus und Naturschutz umzusetzen. Der Vereinsobmann, Christian Illedits, war von 1996 bis 2012 auch Bürgermeister von Drassburg. Ein weiterer wichtiger Anstoß für die Umsetzung dieser Maßnahme war das Anliegen des Musikvereins nach einer neuen Unterkunft: die vorherigen Räumlichkeiten waren veraltet und boten somit nicht mehr die optimale Raumqualität zum Proben.

Das Erdgeschoß des Gebäudes im Innenhof der „Alten Post“ wurde bei der Sanierung als Generationenhaus mit Sitzungssaal, Küche und Sanitäranlagen konzipiert. Es ist allen BürgerInnen zugänglich und steht auch allen örtlichen Vereinen zur Verfügung. Die neue Nutzung ist vielfach: AMS-Schulungen, private Geburtstagsfeiern, Veranstaltungen des Jagdverbandes, Veranstaltungen für SeniorInnen und für die Jugend sowie Filmvorführungen des Naturparks für SchülerInnen werden hier abgehalten. Im Obergeschoss stehen Proberäume dem Musikverein zur Verfügung. Die „Alte Post“ ist damit die wichtigste Kommunikationsstätte in der Ortschaft. Für Veranstaltungen, welche im Generationenhaus nicht beherbergt werden können, steht eine Sportanlage mit Kantine zur Verfügung.

In der „alten Post“ selbst ist auch ein Postpartner untergebracht. Die Öffnungszeit beträgt 20 Wochenstunden. Weiters sind im Gebäude ein Kaffeehaus, das Büro des Naturparks „Rosalia Kogelberg“ und ein Schmankerlladen untergebracht.

Somit konnte die Sanierung eines alten Gebäudes sowohl mehrere Nutzungszwecke ohne die Neuerrichtung eines zusätzlichen Gebäudes ermöglichen, als auch den Erhalt eines alten, zeitgenössischen Bauwerks sichern.

Herausforderungen und Lösungen:
Die größte Herausforderung trat während der Planungsphase auf: es gab Stimmen für einen Abriss der „alten Post“, da das Gebäude für die angedachte neue Nutzung zu klein zu sein schien. Die Mehrheit vertrat hingegen den Standpunkt, dass eine Sanierung die optimale Lösung wäre. Sachliche Diskussionen konnten schließlich den Weg für eine Einigung zugunsten der Sanierung und somit auch für den Gebäudeerhalt ebnen.

Erzielte Ergebnisse:

- effiziente Flächennutzung einerseits durch eine Mehrzwecknutzung und andererseits durch Sanierung eines Leerstands ohne zusätzliche Bodenversiegelung

Erzielte wirtschaftliche Ergebnisse:

- Kostenersparnis von ca. 20% im Vergleich zum Neubau

Erzielte ökologische Ergebnisse:

- nachhaltige Flächennutzung: intensivere Nutzung der vorhandenen Fläche im Vergleich zur ursprünglichen Widmung
    - Vermeidung von weiterer Flächeninanspruchnahme

Kontakt:
7021 Gemeinde Drassburg
Eisenstädterstraße 7
Tel.: +43 (0)2686 5007
E.mail.: post@drassburg.bgld.gv.at
Web.: www.drassburg.at

Links zur weiterführenden Information:
http://www.zukunftburgenland.at/front_content.php?idcat=317&idart=900

2.10 Schule lernt nie aus!

Durch den Umbau der alten Schule zum multikulturellen Gemeindezentrum wurde die Gemeinde Zillingtal im Burgenland mit dem „Europäischen Dorferneuerungspreis für ganzheitliche, nachhaltige und mottogerechte Dorfentwicklung von herausragender Qualität“ im Jahr 2010 ausgezeichnet.

Quelle : ©Gemeinde Zillingtal

Gemeinde: Zillingtal (Burgenland): 918 EW

Durchgeführte Maßnahmen

Das Gebäude der Volksschule in Zillingtal stand 1974 – 1976 leer. Nach einer Sanierung wird es von den musikalischen Vereinen (Musikverein, Singverein, Tamburizza) der Gemeinde genutzt. Zu den baulichen Maßnahmen zählen die Sanierung der Fenster, der Wände, des Fußbodens sowie um die akustische Verbesserung des Probelokals.

Der Weg zum Erfolg:

Zillingtal wurde 1971 mit der Nachbargemeinde Steinbrunn aufgrund des damals aktuellen Gemeindezusammenlegungsgesetzes zusammengeschlossen. 1974 wurde in Steinbrunn eine moderne Volksschule errichtet, welche fortan von den Kindern aus Zillingtal und Steinbrunn besucht wurde. SchülerInnen standen auch weitere Schulen in Nachbargemeinden offen: eine Volksschule in Hirm mit Montessori-Schwerpunkt und eine Volksschule in Pöttsching.

1991 wurden Steinbrunn und Zillingtal administrativ wieder getrennt, die Volksschule wurde jedoch auch weiterhin gemeinsam genutzt. Die alte Volksschule in Zillingtal (im Besitz der römisch-katholischen Kirche) stand jedoch 1974-1976 leer. Das Gebäude konnte trotzdem vom Abriss gerettet werden: die Fenster, die Wände und der Fußboden wurden saniert. Seitdem wird der erste Stock von den musikalischen Vereinen von Zillingtal genutzt. Das

Gebäude ist auch für Veranstaltungen weiterer sozialer Netzwerke offen. Oft finden dort Aufführungen der MusikvolksschülerInnen statt.

Die Projektkosten beliefen sich auf insgesamt 13.400 Euro. Ein Fünftel dieser Summer wurde vom Verein „nordburgenlandplus“ gefördert. Der Verein ist seit 2007 für die Umsetzung des Förderprogrammes der Europäischen Union LEADER im Nordburgenland zuständig und unterstützt Gemeinden bei der Umsetzung von Projekten zu den Themenfeldern Dorferneuerung, Tourismus und Naturschutz.

Die alte Volksschule ist als Kommunikationsstätte eine großartige Ergänzung zum 1987 errichteten Gemeindezentrum. Dieses wurde mit Gemeindemitteln finanziert und beherbergt ein Postamt, die Ordination des Gemeindearztes, die Freiwillige Feuerwehr, einen Veranstaltungsaal und ein Gasthaus.

Herausforderungen und Lösungen:
Da das Obergeschoss nur über eine gedrehte Steinstiege mit einer Breite von 1,0 m zu erreichen ist, können die Räume im 1. Obergeschoss nicht als Veranstaltungsräume nach dem Veranstaltungsstättengesetz bewilligt werden. Jedoch würde sich das Obergeschoss mit seinen Nebenräumen hervorragend für Vereinsräume und Probelokale für die Tamburizza, Singkreis und die Dorfmusik anbieten.

Der Prozess der Renovierung des alten Schulgebäudes wurde im Zuge der Dorferneuerung von Seiten der Gemeinde als offener Bürgerbeteiligungsprozess unter Einbindung der Vereine initiiert. Dieser wurde problemlos eingeleitet. Die Wünsche und Anforderungen mussten aus finanziellen Gründen gemeinsam auf ein finanzierbares Projekt gebracht werden. Dabei konnten hohe Eigenleistungen der Vereine beigesteuert werden.

Die einzigen Herausforderungen ergaben sich durch die Denkmalschutzvorgaben: hätte eine Gesamtsanierung des Gebäudes durchgeführt werden sollen, wäre der Umbau weder konzeptuell noch finanztechnisch umsetzbar. Da das Ausmaß der Sanierung jedoch nur punktuell im Gebäude eingriff, konnte sowohl das Umbauziel erreicht als auch den Denkmalschutzvorgaben entsprochen werden, und dies im vorgesehenen finanziellen Rahmen.

Erzielte Ergebnisse:

- Aufrechterhaltung eines bestehenden Gebäudes und somit effizienter Flächenverbrauch ohne weitere Bodenversiegelung
- Schaffung von Vereinsräumen

Erzielte wirtschaftliche Ergebnisse:

- Kostenersparnis im Vergleich zu einem Neubau (nicht beziffert)

Erzielte ökologische Ergebnisse:

- Effiziente Flächennutzung und Vermeidung weiterer Bodenversiegelung

Auszeichnung:
Europäischer Dorferneuerungspreis 2010 von der Europäischen ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung

Kontakt:

7034 Zillingtal
Landstraße 3
Tel.: +43 (0)2688 72100
Mobil: 0664 1442990
E-Mail.: post@zillingtal.bgld.gv.at
Web.: www.zillingtal.eu/

Links zur weiterführenden Information:

http://www.zukunftburgenland.at/front_content.php?idcat=312&idart=543
https://www.zukunftsraumland.at/pdf.php?inc=project&id=1297
http://bglv1.orf.at/stories/463683
https://www.zukunftsraumland.at/pdf.php?inc=project&id=1297

2.11 Leerstehende Geschäftslokale touristisch nutzen

In Güssing, St. Michael, Schallendorf, Gamischdorf, Sulz, Rehgraben und Gerersdorf sollen leerstehende ehemalige Lokale und Geschäfte umgebaut werden, damit hier Gäste übernachten können. Durch dieses Projekt soll der Ortskern im Raum Güssing touristisch wiederbelebt werden.

Quelle: https://www.meinbezirk.at/guessing/wirtschaft/leader-suedburgenland-genehmigt-sieben-neue-foerderprojekte-d2024935.html © Brünner

Gemeinden: Güssing, St. Michael, Schallendorf, Gamischdorf, Sulz, Rehgraben und Gerersdorf (Burgenland)

Durchgeführte Maßnahme(n):
Leerstehende Flächen oder Objekte im Raum Güssing sollen zu touristischen Unterkünften umgewandelt werden, welche ihren ursprünglichen Charakter behalten und somit ein besonderes Erlebnis bieten. Die Durchführbarkeit wurde in einer Machbarkeitsstudie untersucht. Der Beginn der Umsetzung ist für 2018 geplant.

Der Weg zum Erfolg:
Im Zuge einer Machbarkeitsstudie wurden Wohnkonzepte für die Leerflächen und für die Vermietung von leerstehenden Ortskern-Objekten erstellt. Dadurch soll die jeweilige Gemeinde touristisch, jedoch mit unter Erhaltung des lokalen „Geschmacks," belebt werden. In Wien existiert bereits ein ähnliches Modell.

Bei diesem Vorhaben sollen Eigenheiten der Objekte beibehalten werden und der Wohnfläche einen unmissverständlichen Charakter verleihen. Derzeit würden allein in Güssing 30 Objekte in Frage kommen. Kleinere Renovierungen können durch die Privatzimmerförderquote finanziert werden, z.B. Innenausstattung, Aufwertung der Nasszelle etc. Bei Objekten, bei

welchen größere Renovierungsarbeiten notwendig sind, wird die Förderquote allerdings nicht ausreichen.

Im September 2017 hat sich ein Interessent bereiterklärt, diese Wohnräume im Südburgenland zu vermieten und damit die Buchung, finanzielle Abwicklung, Ortstaxen, Service und eventuell nötige Gartenpflege zu übernehmen, während das Objekt im Besitz des Eigentümers bleibt. Der Eigentümer würde vom Erlös eine Provision erhalten, welche sich auch als höher erweisen kann, wenn dieser bereit wäre, einige Aufgaben zu übernehmen. Somit bestünde kein Risiko für den Eigentümer, und der Mehraufwand für ihn wäre marginal.

Die Verträge sind so konzipiert, dass ein jährlicher Ausstieg möglich ist. Sobald die Förderquote bekannt wird, werden die Eigentümer kontaktiert, und Angebote werden ihnen unterbreitet.

Herausforderungen und Lösungen:
Eine Renovierung setzt hohe Kosten voraus, zudem steigen diese proportional zur Dauer des Leerstands. Die Besitzer sind auch oft bereits in fortgeschrittenem Alter, daher ist ihr Interesse, das jeweilige Objekt zu beleben, eher gering. Oft ist auch die Lage des Geschäfts für eine touristische Nutzung nicht optimal.

Das Verkehrskonzept für Güssing ist noch verbesserungswürdig: so beispielsweise war die Straße, auf welcher sich viele der Objekte befinden, eine Einbahnstraße. Diese wurde schließlich für den Gegenverkehr geöffnet, somit gingen jedoch die Parkplätze in unmittelbarer Nähe der Objekte verloren.

Der Großteil der in Frage kommenden Objekte sind Geschäftslokalen gewidmet. Somit ist für eine touristische Nutzung eine Nutzungsumwidmung notwendig. Die Gemeinde ist entgegenkommend, trotzdem sollen die Besitzer mit Kosten von jeweils 300 Euro - 500 Euro rechnen. Sollte externe Expertise herangezogen werden, wären jeweils bis zu 1000 Euro Verfahrenskosten zu erwarten.

Aufgrund dieser Hemmnisse wurde eine Lösung für ein Betreibermodell angedacht, welches für das gesamte Südburgenland organisiert wird, sodass den Eigentümern eine Provision ohne Mehraufwand gesichert wird.

Auszeichnung:

- Güssing – 20 Jahre Klimabündnis Gemeinde

Erzielte Ergebnisse:
Das Projekt steht noch vor der tatsächlichen Umsetzungsphase der Bauarbeiten. Daher können die erzielten Ergebnisse noch nicht eindeutig formuliert werden. Als positive Effekte werden derzeit erwartet:

- Beispiel für maßgeschneiderte gemeindeübergreifende Kooperation
- Eine optimale Nutzung der bereits versiegelten Fläche
- Vermeidung von Leerstand durch Wiedernutzung bestehender Objekte unter gleichzeitigem Erhalt des Ortsbildes
- Förderung des Tourismus

Erzielte wirtschaftliche Ergebnisse:

- Kostenersparnis für die Neuerrichtung der Gebäude
- Vermeidung von Abbrucharbeiten und -kosten
- Wirtschaftlicher Aufschwung durch Tourismus in der Region

Erzielte ökologische Ergebnisse:

- nachhaltige Flächennutzung
- Vermeidung von Abbruchabfällen/Baurestmassen

Kontakt:

Tourismusverband Region Güssing
Hauptplatz 7
7540 Güssing
Tel.: +43 (0)3322 44003
Email: popofsits@suedburgenland.info

Links zur weiterführenden Information:

http://www.suedburgenlandplus.at/de/projekte/eu-periode-2014-2020/detail/projekte/projektdetail/graetzlhotel-region-guessing/
https://www.meinbezirk.at/guessing/wirtschaft/leader-suedburgenland-genehmigt-sieben-neue-foerderprojekte-d2024935.html

2.12 Belebte Innenstadt

Von 2006 – 2016 wurde eine Reihe an Konzepten für die nachhaltige Raum- und Flächenentwicklung des Wirtschaftsraums Waidhofen/Ybbs umgesetzt, darunter auch das Projekt „Zentrumsentwicklung in Waidhofen/Ybbs“ (2005 – 2015): dadurch wurden ca. 2.500 m² leerstehende Handels- und Dienstleistungsflächen wiederbelebt.

Quelle: https://login.waidhofen.at/media/magistratwaidhofen/1479993887-stadtentwicklung-und-innenstadtbelebung-end-pdf.pdf

Gemeinde: Wirtschaftsraum Waidhofen/Ybbs (Statutarstadt Waidhofen/Ybbs, Waidhofen Innenstadt) (NÖ)

Durchgeführte Maßnahmen:
Im Zeitraum 2006 – 2016 wurde eine Reihe an Konzepten für die nachhaltige Raum- und Flächenentwicklung des Wirtschaftsraums Waidhofen/Ybbs durchgeführt. Eine ambitionierte und gelungene Maßnahme darunter ist das Projekt „Zentrumsentwicklung in Waidhofen/Ybbs“ (2005 – 2015). Die Ergebnisse sprechen für sich:

- Ca. 2.500 m² leerstehende Handels- und Dienstleistungsflächen wurden zum neuen Leben erweckt.
- Mittels aktiver Leerflächenvermittlung und Branchenansiedelung sind 33 Betriebe bzw. Branchen in den Wirtschaftsraum neugekommen, weitere 18 Betriebe wurden erweitert, neu übernommen bzw. umgesiedelt.
- Forcierung der Nahversorgung und somit Vermeidung von Leerstand: 15 Nahversorger-Betriebe sind im Stadtkern angesiedelt (Lebensmittelgeschäfte, Trafiken, Bäcker, Apotheke, Fleischhauer und Kaffeehäuser).
- neue Arbeitsplätze in der Innenstadt durch das zusätzliche Verkaufspersonal
- Diese 51 Betriebe führten zu zusätzlichen Investitionen im Bau- und Baunebengewerbe
- Zurückgewinnung von Kaufkraft nach Waidhofen/Ybbs.
- Wertsteigerung der Häuser in der Innenstadt.

Der Weg zum Erfolg:
Der Wirtschaftsraum Waidhofen/Ybbs besteht aus der Statutarstadt Waidhofen/Ybbs und der Waidhofer Innenstadt. In Summe handelt es sich um rund 12.000 Hauptsitz- und etwa 2. NebenwohnsitzeinwohnerInnen (4.500 Haushalten) auf einer Fläche von 131,6 km². Der

Waldanteil entspricht etwa 44 %, die landwirtschaftlich genutzte Fläche rund 49 %, und der Bauflächenanteil 0,8 %. 862 Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe sowie etwa 140 Handels- und Dienstleistungsbetriebe im Stadtkern sind im Wirtschaftsraum Waidhofen/Ybbs angesiedelt.

Der Strukturwandel im Handel und Gewerbe führte auch in Waidhofen/Ybbs zu immer mehr leerstehenden gewerblichen Flächen: im Jahr 2004 betrugen diese ca. 2.500 m^2. Mitverantwortlich für diese Entwicklung waren u.a. Übersiedlungen von Supermärkten und Facharztpraxen von der Innenstadt in Richtung Stadtrand.

Die Gemeinde reagierte mit einem breiten Maßnahmenpaket: Zuerst wurde die Basis für den langfristigen Erfolg geschaffen: Im November 2005 wurde ein Innenstadtkoordinator bestellt, welcher als Drehscheibe und Organisator zwischen HauseigentümerInnen, Wirtschaft, Politik, Freizeitangeboten und der Gemeinde agieren sollte. Die klare Zuweisung von Zuständigkeiten sollte die rasche und effiziente Umsetzung der kurz, mittel- und langfristigen Maßnahmen sichern.

Parallel dazu wurde eine detaillierte Leerflächenerhebung durchgeführt (www.komsis.at).Die Leerstände wurden danach einer gesamtheitlichen Bewertung unterzogen: einerseits die Nutzungspotenziale vom Keller bis zum Dachboden, andererseits der daraus folgende Sanierungsbedarf.

Die Umsetzung wurde finanziell von der Gemeinde unterstützt: für die Umbauten und die Modernisierung wurden Zinszuschüsse, für die Ansiedlungen – Mietzuschüsse, für die Fassaden – Fassadenförderungen, für die Gastronomiebetriebe in der Innenstadt – Investitionsförderungen, und beim Bezug von Mietwohnungen – ökologische Bauförderungen vergeben.

Gleichzeitig wurden begleitende Maßnahmen im Bau- und Gewerbeverfahren umgesetzt. So beispielsweise wurden Bauvorhaben in der Innenstadt vom eigens zu diesem Zweck eingerichtetem Stadtbaubeirat mitbetreut; eine „Zentrumszone“ wurde definiert (lt. NÖ Raumordnungsgesetz 1976 und Beschlussfassung im Gemeinderat im Juni 2007); gewerbe-, bau-, verkehrs- und denkmalschutzrechtliche Verfahren bei der Realisierung von Bauvorhaben in der Innenstadt wurden koordiniert.

Nicht zuletzt wurden die Erreichbarkeit bzw. entsprechende Verkehrsmaßnahmen neu ausgerichtet sowie Begleitaktivitäten des Vereins „Stadtmarketing Waidhofen/Ybbs“ für Veranstaltungen, Schulungen, Homepageauftritte etc. eingeleitet. So beispielsweise wurden u.a. Radabstellplätzen im Innenstadtbereich ausgeweitet, und Radwege von und zur Innenstadt ausgebaut; der Citybusverkehr PAL 1646 wurde in der Innenstadt verdichtet, und eine zentrale Ein- und Ausstiegsstelle wurde am Unteren Stadtplatz errichtet.

Herausforderungen und Lösungen:

Die größte Herausforderung stellte die negative demografische Entwicklung dar: zwischen ca. 2006 und 2016 sank die Bevölkerung von Waidhofen/Ybbs um rund 2%, dabei war vor allem die Innenstadt betroffen. Fehlende BewohnerInnen bedeuten auch fehlende KundInnen für die Geschäfte. Daraus resultierten viele Leerstände und hohe Fluktuation bei den Geschäften, beispielsweise in der Fußgängerzone am Hohen Markt.
Daher wurde speziell für die Innenstadt ein Paket an konkreten Maßnahmen in den Themenfeldern „Arbeiten“ und „Wohnen“ initiiert (Kurzfassung):

- Entwicklung der „Marke Waidhofen“

- Schaffung der Stabsstelle Standortentwicklung zur Umsetzung des Markenkonzeptes direkt am Magistrat (Bereich „Wirtschaftsservice“, u.a. mit dem One-Stop-Shop bei Behördenverfahren und Beratung sowie Bereich „Standortentwicklung und Vermarktung“ mit rund 50 Projekten entwickelt, die vom Magistrat umgesetzt werden.).
- Stadterneuerung 2015: Entwicklung und laufende Umsetzung des „Stadterneuerungsleitbilds 2015+“, mithilfe auch eines Bürgerbeteilligungsprozesses; Beispiele dafür sind:
  - Quartier Hoher Markt (FUZO): Ansiedelung von Handels- und Dienstleistungsbetrieben
  - näher zum Fluss: Verbesserung der Anbindung und Einbindung der Ybbs zum Erlebnisraum Innenstadt
  - Miteinander/Willkommenskultur: aktive Kommunikation mit Standortsuchenden, aber auch mit weggezogenen WaidhoferInnen soll das Bevölkerungswachstum verstärkt werden.
  - Von den Best-Practice-Beispielen aus anderen Gemeinden und Regionen lernen, z.B. Grafenschlag, Erzgebirge, Mühlviertel, Mainfranken (D).
- Strategie Arbeiten und Wohnen: Waidhofen soll als attraktiver Standort für Geschäfts- und Betriebsansiedelungen avancieren, um Arbeitsplätze bei attraktiver Wohnqualität zu schaffen.
- Beitritt zum Verein „Zukunftsorte“: dadurch soll die Vernetzung mit anderen Gemeinden, welche vor dieselben Herausforderungen gestellt sind, initiiert und gepflegt werden.

Erzielte Ergebnisse:
Das umfangreiche, breitangesetzte Revitalisierungsprogramm für Waidhofen/Ybbs führte gleichzeitig zu wirtschaftlichen und ökologischen positiven Effekten:

- Vermeidung von Leerstand bei Erhalt des individuellen Ortsbilds
- dauerhafte Wiederbelebung als Wirtschaftsraum: Neuansiedlungen bzw. Erhalt der (Klein)ladenstruktur im Ortszentrum
- Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen.

Erzielte wirtschaftliche Ergebnisse:

- 51 Geschäfte gegründet/erweitert/eingesiedelt, davon 33 Betriebe bzw. Branchen in den Wirtschaftsraum neugekommen
- Zuzug von Investitionen dadurch
- Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen

Erzielte ökologische Ergebnisse:

- Ca. 2.500 m^2 leerstehende Handels- und Dienstleistungsflächen zum neuen Leben erweckt und somit weitere Bodenversiegelung vermieden
- Rad- und öffentliche Verkehrsinfrastruktur ausgebaut (Beitrag zur CO2-Emissionsreduktion)

Kontakt:
Magistrat der Stadt Waidhofen a/d Ybbs
Oberer Stadtplatz 28
3340 Waidhofen a/d Ybbs
Tel.: +43 (0)7442 511
E-Mail.: post@waidhofen.at
Web.: www.waidhofen.at

Links zur weiterführenden Information:
https://login.waidhofen.at/media/magistratwaidhofen/1479993887-stadtentwicklung-und-innenstadtbelebung-end-pdf.pdf

2.13 Wachstum im Betriebsgebiet

Bereits seit 2010 existiert das Betriebsgelände in Krummnußbaum. Ab 2019 sollen sich viele weitere Firmen dort ansiedeln und in Betrieb gehen. Damit wird das Betriebsgelände weitergenutzt, neue Arbeitsplätze werden geschaffen und die Ortschaft wird attraktiver gestaltet.

Quelle: https://www.noen.at/melk/krummnussbaum-wachstum-im-betriebsgebiet-mincell-klaus-dvorak-firma-kuttner-72794697 - © Anna Faltner

Gemeinde: Krummnußbaum (NÖ),1.500 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Im Betriebsgebiet Krummnußbaum sollen sich bis Ende 2019 neue Firmen ansiedeln. Einige davon sind bereits fixiert: ein Dämmstoffproduzent, ein Frischobst- und Gemüsehandel mit einem Laden für regionale Schmankerln, eine Mietgaragenvermietung, ein Imbisstand und eine Tierärztin, welche vom Nebenort Pöchlarn in das Betriebsgebiet umsiedelt.

Der Weg zum Erfolg:
Die Gemeinde Krummnußbaum kaufte 2003 Grundstücksflächen in der Größe von ca. 50.000 m², welche für das Betriebsgebiet vorgesehen waren. Bereits 2010 siedelten sich die ersten Betriebe an: ein Schlossereiunternehmen aus der Nachbargemeinde in Pöchlarn, ein Glasschaumschotter Produzent und ein Trockenbauprofi.

Ende 2017 wurden Arbeiten an einer Aufschließungsstraße mit Straßenbeleuchtung abgeschlossen und eine Anbindung an das Verkehrsnetz geschaffen. Dadurch steht der lokalen Ansiedelung von weiteren Wirtschaftsbetrieben im Rahmen der Wirtschaftsstrategie 2020 nichts mehr im Wege. Vor allem die vorhandene Infrastruktur mit Glasfaserkabeln, ein Donauzugang, die Nähe zur Autobahn sowie die freie Wahl der Fläche seitens interessierter Betriebe ist für Firmen sehr attraktiv.

Im Jänner 2018 hat sich ein Unternehmen im Betriebsgebiet angesiedelt, welches Garagenstellplätze vermietet. In naher Zukunft ist geplant, dass eine Tierärztin aus der Nachbargemeinde Pöchlarn übersiedelt, wo ihre Praxis im ersten Stock lag, was für viele

Klienten und ihre Haustiere ein Problem war. Für sie war der ebenerdige Zugang und das großzügige Platzangebot besonders attraktiv. Ein Familienbetrieb, welcher mit frischem Obst und Gemüse handelt, wechselt den Standort ebenfalls aufgrund von Platzmangel, denn der Ausbau des alten Standortes in der benachbarten Gemeinde Erlauf war nicht möglich. Die Firma plant einen Laden mit regionalen Schmankerln anzubieten. Des Weiteren ist die Ansiedelung eines Imbissstandes geplant.

Das Betriebsgebiet ist von beiden Nachbargemeinden mit dem Auto innerhalb von 10 bis 15 Minuten erreichbar. Die KrummnußbaumerInnen sehen diese abwechslungsreiche Ergänzung ihrer Gemeinde als besonders positiv.

Einen wesentlichen Erfolgsfaktor sieht die Gemeinde in der ‚offenen' Gesprächskultur, die in der Gemeinde praktiziert wird. Neben dem Betriebsgebiet wird durch die Ansiedelung diverser Branchen auch eine aktive Entwicklung des Ortszentrums angestrebt. In der ersten Phase wurde das Vorhaben durch die Abteilung Raumordnung des Landes Niederösterreich begleitet und unterstützt. Damit konnte schon 2014 die Neubautätigkeit im Vergleich zu den Vorjahren verdoppelt werden.

Herausforderungen und Lösungen:
Die erste Herausforderung bestand darin, die für das Betriebsgebiet nötige Infrastruktur zu schaffen, um neben den seit 2010 drei ansässigen Betrieben weitere Betriebe zur Ansiedlung zu motivieren. Die Aufschließungsstraße mit Straßenbeleuchtung sowie weitere Erschließungsmaßnahmen des Betriebsgebietes wurden vom Land Niederösterreich aus Mitteln der Ecoplus Regionalförderung für Unternehmen unterstützt. Seit der Eröffnung 2010 hat das Betriebsgebiet rund 50 Arbeitsplätze geschaffen, Tendenz sollte steigend bleiben.

Erzielte Ergebnisse:
- nachhaltige Flächennutzung in einem bestehenden Areal
- Vermeidung von Bodenversiegelung
- bessere Auslastung der bestehenden Infrastruktureinrichtungen

Erzielte wirtschaftliche Effekte:
- Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in der Gemeinde
- zusätzliche Einnahmequelle

Erzielte ökologische Effekte:
- nachhaltige Flächennutzung
- Vermeidung von weiterer Bodenversiegelung

Kontakt:

Marktgemeinde Krummnußbaum
Rathausstraße 8, 3375 Krummnußbaum
Amtsleiter Martin Wimmer
Tel.: +43-699-14240314
E-Mail.: wimmer_gemeinde@krummnussbaum.at
Web.: http://www.krummnussbaum.at/Leben_in_Krummnussbaum/Betriebsgebiet

Links zur weiteren Information:

http://www.krummnussbaum.at/Leben_in_Krummnussbaum/Betriebsgebiet
https://www.noen.at/melk/krummnussbaum-wachstum-im-betriebsgebiet-mincell-klaus-dvorak-firma-kuttner-72794697
https://www.noen.at/melk/krummnussbaum-treibt-erschliessung-des-betriebsgebiets-voran-top-11375097
https://www.noen.at/melk/umzug-nach-krummnussbaum-firma-kuttner-waeren-gerne-in-erlauf-geblieben-firma-kuttner-70622884

2.14 Gemeinsam Zukunft gestalten – Stadterneuerung in NÖ

Bei der Aktion „Stadterneuerung in NÖ“ entwickeln BürgerInnen der Gemeinde Ober-Grafendorf zusammen mit Politik und Verwaltung Projekte zur Gestaltung des Ortskerns sowie zu einer Neuentwicklung des Zentrums. Durch die erfolgreich umgesetzten Maßnahmen konnten vor Allem für RadfahrerInnen und Fußgänger die Bewegung im Ortsraum sicherer und attraktiver gestaltet werden.

Quelle : http://gemeinde.ober-grafendorf.at/projekte/stadterneuerung/

Gemeinde. Ober-Grafendorf (NÖ) 4611 EW

Durchgeführte Maßnahmen:
Seit Beginn wurden schon mehrere Projekte gestartet und realisiert. Bei der Veranstaltung „Begehung Barrierefrei“ wurden neben der Vermittlung über Grundkenntnisse der Barrierefreiheit Sichtweisen von direkt betroffenen und beeinträchtigten Personen deutlich gemacht und damit wesentliche Hürden aufgezeigt und Maßnahmen zur Entfernung besprochen. Ein Schwerpunkt der zukünftigen Zentrumsentwicklung ist die Verdichtung des Ortszentrums sowie das Radfahren und zu Fuß gehen. Bei Erstellung des Verkehrskonzeptes kam man durch die Erhebung von Verkehrsdaten sowie einer umfangreichen Haushaltsbefragung zu dem Schluss, die beiden Plätze, Haupt- und Kirchenplatz, sollen durch neue Gestaltung zusammenrücken und Räume für Menschen schaffen. Des Weiteren wurde in einem fast einjährigen Prozess die Marke Ober-Grafendorf erarbeitet.

Der Weg zum Erfolg:
Der Start erfolgte 2015 mit dem Stadterneuerungskonzept. Über 60 Ober-GrafendorferInnen haben sich seitdem an diesem Prozess in Workshops, Veranstaltungen und

Arbeitsgruppensitzungen beteiligt, um dieses Projekt realisieren zu können. Der Stadtortentwicklungsprozess aus dem Jahre 2014 wurde damit in der Aktion „Stadterneuerung“ weitergeführt und mit konkreten Projekten ergänzt.

Das erarbeitete Stadterneuerungskonzept mit den geplanten Projekten und Maßnahmen wurde im November 2017 im Zuge einer Bürgerinformation vom Gemeinderat beschlossen und beim Land NÖ, als notwendige Grundlage für Förderungen der NÖ Stadterneuerung, eingereicht. Die Regionalberaterin der NÖ.Regional.GmbH ist hierbei ein wichtiger Partner. Sie unterstützt Ober-Grafendorf beim gesamten Prozess – bei der Erstellung des Stadterneuerungskonzepts, beim Strukturaufbau mit Beirat und Arbeitsgruppen, Öffentlichkeitsarbeit sowie Projektentwicklung- und management.

Während dieser Bürgerinformation wurden die Zusammenhänge eines lebendigen Ortskernes, exzessiven Autoverkehrs und der baulichen Gestaltung hervorgehoben. 41 Maßnahmen wurden in Summe nach umfangreicher Grundlagenarbeit in dem Zentrumsmasterplan, der von der TU Wien im Rahmen der Stadterneuerung erstellt wurde, vorgeschlagen. Ein Schwerpunkt der zukünftigen Zentrumsentwicklung ist die Verdichtung des Ortszentrums sowie das Rad Fahren und zu Fuß gehen, um die Bewegung im Ortsraum attraktiver und sicherer zu machen.

Herausforderungen und Lösungen:
Um das Ortszentrum attraktiver und sicherer gestalten zu können, sind (Ver)Änderungen im Mobilitätsverhalten, sowie eine Änderung bisheriger Strukturen notwendig. Vor allem der exzessive Autoverkehr muss zur Realisierung des Projekts eingedämmt werden, um mit geplanten Maßnahmen erfolgreich zu sein. Der Haupt- und Kirchenplatz sollen durch Maßnahmen zusammenrücken, um die Qualitäten dieser beiden Plätze hervorheben zu können. Dafür sind vor allem Geschwindigkeitsreduktionen auf Hauptstraßen sowie eine Reduktion der Verkehrswege wichtig.

Da viele Ortsbereiche durch den Autoverkehr in ihrer Qualität wesentlich beeinträchtigt sind, sieht man in verschiedenen Ansätzen vor, stellplatzfreie Siedlungen zu schaffen, bei der die Autos im Randbereich abgestellt werden. So ist es möglich, dass das Zentrum der Siedlung den BewohnerInnen für soziale Aktivitäten wie Spiel und Kommunikation bleibt. Gemeinsam mit kurzen Wegen ins Zentrum und qualitativ hochwertigen Grünräumen wird dadurch die Lebensqualität bei dieser Wohnform erhöht.

Topographisch hat die Gemeinde sehr gute Voraussetzungen für den Radverkehr. Das Zentrum ist mit dem Fahrrad in wenigen Minuten vom gesamten Gemeindegebiet aus erreichbar. Schon jetzt werden 28% der kurzen Wege mit dem Rad zurückgelegt.

Zukünftige Projekte:
In den restlichen 1,5 Jahren wird weiterhin an der Umsetzung der Marke „Graf-Oberndorf“ gearbeitet und die restliche Zentrumsgestaltung begleitet.

Erzielte Ergebnisse:

- Schaffung einer hochwertigen Wohn- und Freizeitgemeinde mit erhöhter Lebensqualität
- Schaffung eines gesellschaftlichen Zusammenhalts – Miteinbezug von BürgerInnen in die Entwicklung von Projekten, Öffentlichkeitsarbeit und Projektmanagement
- Entwicklung eines Ortszentrums mit verbesserter Luftqualität und geringerer Lärmbelästigung

Erzielte wirtschaftliche Effekte:

- Ausbau der regionalen Wertschöpfung und des touristischen Angebots
- Ankurbelung der regionalen Wirtschaft
- Schaffung eines Ortskerns mit attraktiven Betrieben

Erzielte ökologische Effekte:

- Förderung des Radverkehrs und damit einhergehend eine CO_2-Emissionsersparnis sowie verbesserte Luftqualität im Ortszentrum

Kontakt:
Ursula Brosen-Mimmler
Regionalberaterin
Tel.: +43 676 88 591 224
E-Mail.: ursula.brosen-mimmler@noeregional.at
Web: www.noeregional.at

2.15 Zukunft z'sammsetzn

Mit einem Gemeindeleitbild wurde 2007 ein Rahmen definiert, der die Grundlage für zukünftige Entscheidungen sein soll. Ziel ist die Unabhängigkeit von fossilen Energiequellen durch Selbstversorgung mit erneuerbaren Energieträgern.

Quelle: http://www.umweltgemeinde.at/best-practice-neu/gemeindeentwicklung-best-practice/ardagger-erhaelt-preis-fuer-g21-entwicklung-seit-2006

Gemeinde: Ardagger (NÖ) – mit seinen 4 Katastralgemeinden: Ardagger Markt, Ardagger Stift, Kollmitzberg, Stephanshart – insgesamt 3.500 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Seit Festlegung des Gemeindeleitbildes konnten bereits einige Maßnahmen umgesetzt werden: 75% der Straßenbeleuchtung sind mit energiesparenden LED's ausgestattet. Auf mehreren öffentlichen Dächern sind Photovoltaik-Anlagen mit insgesamt 210 kWp Leistung installiert, die Kläranlage wurde nach einem betrieblichen Energiekonzept technisch optimiert. Des Weiteren sind 9 von 10 Gemeindegebäuden bereits auf erneuerbare Energieträger umgestellt, vor jeder Umstellung wurden die Gebäude zusätzlich thermisch saniert.

Der Weg zum Erfolg:
Für jede der Katastralgemeinden wird ihr Potential erhoben und entwickelt. Dabei werden die Stärken gefördert, die regionale Identität erhalten und darauf geachtet, dass sich Angebote vor Ort sinnvoll ergänzen und die Einrichtungen und Infrastruktur aufeinander abgestimmt sind. Im Rahmen der Arbeitsgruppe „Gemeinde 21" wurden viele Projekte vorgestellt, unter anderem aus den Bereichen soziales Miteinander, Jugendarbeit, Kultur und

Erwachsenenbildung, Entwicklung der Gemeinde als Wirtschaftsstandort, Natur und Umweltschutz. Diese Projekte werden vom Land Niederösterreich begleitet sowie gefördert.
Bis 2020 sollen im Rahmen der europäischen Verordnung für ländliche Entwicklung (LE- 2020) die Gemeinden unabhängig von fossilen Energieträgern sein, Heizöl macht dabei den größten Anteil aus. Neben der Krisensicherheit werden damit das Klima geschützt und regionale Kreisläufe gefördert.

Als Ausgleich zum Heizöl erzeugen landwirtschaftliche Produzenten nachwachsende Rohstoffe, aus denen wiederum in Zusammenarbeit mit örtlichen Betrieben erneuerbare Energie gewonnen werden kann. Das umfasst vor Allem Mais, Hackgut und Elefantengras. Geplant ist, eine Liefergemeinschaft zu bilden, damit Endkunden alles aus einer Hand beziehen können. Dem Endkunden werden sowohl Brennstoff als auch Energieträger angeboten.

Herausforderungen und Lösungen:
Die Katastralgemeinden fühlten sich teils benachteiligt, wenn sie bestimmte Infrastruktur und Einrichtungen der benachbarten Katastralen mitbenutzen mussten. Hier muss das Bewusstsein geschaffen werden, dass die gemeinsame Nutzung Geld spart und letztendlich allen zugutekommt, da dadurch z.B. Öffnungszeiten von Altstoffsammelzentren verlängert und mehr Personal angestellt werden können.

Des Weiteren fürchten einige Personen, dass durch den Umstieg von Heizöl auf erneuerbaren Energieträgern vermehrt zusätzliche Kosten entstehen werden. Besonders hierbei bedarf es entsprechende Aufklärung der wirtschaftlichen Situation, sowie das Einbeziehen von Förderungen, um den Umstieg zu erleichtern.

Auszeichnungen:
PREISTRÄGER "Grenzenlose Nachhaltigkeit" 2012 - Beispiele guter Praxis - Lokale Agenda 21 beidseits der Grenze

Erzielte Ergebnisse:
- bessere Auslastung der bestehenden Infrastruktureinrichtungen
- Förderung des Zusammenhalts in der Gemeinde
- Stärkung regionaler Kreisläufe fördert wiederum heimische Wirtschaft
- Bildung von Bewusstsein über Umwelt und Nachhaltigkeit

Erzielte wirtschaftliche Effekte:
- Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in der Gemeinde
- zusätzliche Einnahmequellen
- Förderung der regionalen Wirtschaft

Erzielter ökologischer Effekt:
- Einsparung von CO2-Emissionen durch Verwendung erneuerbarer Energieträger

Kontakt:
Marktgemeinde Ardagger
Markt 55
3321 Ardagger Markt
Bgm. DI Johannes Pressl
Tel. +43 (0)676 60 47 728
E-Mail: buergermeister@ardagger.gv.at
gfGRin EB Mag.a (FH) Birgit Weichinger
Tel. +43 (0)680 13 08 532
E-Mail: birgit.weichinger@aon.at

Links zur weiteren Information:
http://www.umweltgemeinde.at/best-practice-neu/gemeindeentwicklung-best-practice/ardagger-erhaelt-preis-fuer-g21-entwicklung-seit-2006
https://ardagger.gv.at/gemeinde-21
https://www.noen.at/melk/krummnussbaum-wachstum-im-betriebsgebiet-mincell-klaus-dvorak-firma-kuttner-72794697

2.16 Unter gutem Stern: vom Gasthof zum Wohnhaus

In Krems (NÖ) wurde das 400 Jahre alte Gasthaus „zum goldenen Stern“ von Grund auf saniert, geschaffen wurden dabei 23 Wohneinheiten auf einer Gesamtfläche von 1.452 m². Des Weiteren konnte eine erhebliche Verbesserung der Energiekennzahl erreicht werden – von 200 kWh/m²a vor der Sanierung, auf 34,50 kWh/m²a nach der Sanierung, das entspricht einer beachtlichen Verbesserung um 82,8%.

Quelle: NOEN ©Johann Lechner(links), Tips.at ©Werner Jäger(rechts)

Gemeinde: Krems (NÖ) 24.000 EW

Durchgeführte Maßnahmen:
Beim ehemaligen Gasthof „zum goldenen Stern“ (kurz Sternhof) handelt es sich um einen Profanbau aus dem 16. Und 17 Jahrhundert. Dieser wurde komplett generalsaniert und durch einen Neubau ergänzt. Im denkmalgeschützten Bestand hat der Kremser Architekt Erwin Krammer acht Mietwohnungen sowie einen Therapieraum untergebracht, im Neubau zusätzlich 15 barrierefreie Mietwohnungen. Um ein Zusammenspiel von Alt und Neu im Inneren der Gebäude zu ermöglichen, wurden Räume mit bemalten Holzdecken und dekorativen Wandmalereien ausgestattet, auch historische Fenster und Türen blieben erhalten. Durch umfassende Maßnahmen mittels Wärmedämmverbundsystemen konnte eine hohe Verbesserung beim Energiebedarf erreicht werden. Dieser konnte von 200 kWh/m²a vor der Sanierung, auf 34,50 kWh/m²a gesenkt werden, was einer Reduktion von 82,8% entspricht. Alles ist in Niedrigenergiebauweise ausgeführt, durch Plattenheizkörper fließt Fernwärme, und kontrollierte Wohnraumlüftungen sorgen für eine angenehme Atmosphäre.

Der Weg zum Erfolg
In Krems in der Wachau liegt nur wenige Schritte von der berühmten Gozzoburg entfernt der im 16. Jahrhundert erbaute Gasthof „zum goldenen Stern“, bzw. Sternhof. Früher ein Gasthof, heute ein Vorzeigeprojekt in Sachen Sanierung und Energieoptimierung bei gleichzeitigem Erhalt der historischen Bausubstanz. Am 29 Mai 2017 lud die GEDESAG zur feierlichen Übergabe der Wohnhausanlage „Sternenhof“ ein. Insgesamt wurden auf über 1400 m² 23 seniorengerechte Wohnungen mit Nutzflächen von 55-83 m², und ein Therapieraum errichtet. Bis zur tatsächlichen Fertigstellung des Gebäudes war es aber ein langer Weg, da zahlreiche Hindernisse, wie Gutachten und Anrainer-Beschwerden, überwunden werden mussten. Fast dreizehn Jahre dauerte die Realisierungsphase.

Vermieter mussten zwischen 3.459 und 5.773 Euro an Eigenmittel aufbringen, die monatlichen Kosten betragen 532 bis 745 Euro brutto und sind durch individuelle Wohnzuschüsse auf leistbares Niveau reduzierbar. Das ist auch jenen 700.000 Euro zu verdanken, welche das Wohnungsunternehmen aus Eigenmitteln zu den Gesamtkosten von 6 Mio. Euro beisteuerte. Die Generalsanierung wurde darüber hinaus mit 150.000 Euro von der Landesregierung gefördert.

Herausforderungen und Lösungen

Einige Probleme hinderten und verzögerten den Bau bzw. die Vollendung der Generalsanierung des Kremser Sternhof. Bereits 2014 hat ein Anrainer einen offiziellen Einspruch gegen das Bauvorhaben eingelegt, was zu einer Verzögerung führte. Konkret ging es um einen Rechtsstreit über eine Grundstücksgrenze, der letztendlich beigelegt werden konnte. Unmittelbar nach der Schlüsselübergabe im Mai 2017 kam es erneut zu Problemen. Die Wohneinheiten verfügen aus technischen Gründen, angesichts des denkmalgeschützten Altbestandes, über keine eigenen Stellplätze, beziehungsweise war es nicht möglich eine Tiefgarage zu errichten. Gemeinderäte richteten sich mit einer schriftlichen Anfrage an den Bürgermeister und kritisierten, dass die neuen Wohnungen ohne Garage gebaut worden sind, deshalb sei mit einer weiteren Verschärfung der Parkplatznot und mit einer zusätzlichen Verkehrsüberlastung in der Innenstadt zu rechnen. Das Problem wurde gelöst, indem die Wohnungen überwiegend an Pensionisten übergeben wurden, die großteils keinen eigenen PKW mehr verfügen. Für die nicht errichteten Stellplätze wurde ebenso eine Ausgleichsabgabe bezahlt.

Auszeichnungen

Diese bauliche Leistung fand schon mehrfach Anerkennung in der Fachwelt. 2018 gewinnt Krems für die Sanierung des Sternhof den niederösterreichischen Wohnbaupreis 2017.
2018 wurde zum neunten Mal von der ARGE Qualitätsgruppe Wärmedämmsysteme der initiierte Ethouse Award vergeben. Der Preis würdigt Gebäudesanierungen, die ein gestalterisches, auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Herangehen an Energieeffizienz unter Beweis stellen. Der Kremser Sternhof erhielt eine lobende Erwähnung im Bereich „Wohnbau und Denkmalschutz“.

Erzielte Ergebnisse

- Vermeidung von Leerstand
- Realisierung von seniorengerechten Wohnen
- Erhaltung und Wahrung der historischen Bausubstanz

Erzielter wirtschaftlicher Effekt

- Einsparung von Kosten durch Verbesserung der Energieeffizienz
- leistbares Wohnen

Erzielter ökologischer Effekt

- Vermeidung von Flächenverbrauch
- Verbesserung der Energieeffizienz um 82,8%
- Ausführung in Niedrigenergiebauweise
- auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Gebäudesanierung

Kontakt:

Amt der NÖ Landesregierung
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik
Landesgeschäftsstelle für Dorferneuerung und Landeskoordinierungsstelle für Stadterneuerung
Drinkweldergasse 15
3500 Krems
Tel: 02732/9025-45443 bzw. 11202
E-Mail.: post.ru2krems@noel.gv.at
Web.: http://www.raumordnung-noe.at/index.php?id=8

Bauträger: GEDESAG – Gemeinnützige Donau-Ennstaler Siedlungs-Aktiengesellschaft
Projektverantwortlicher: Prok. Ing. Steinschaden
Tel: 02732/833 93-29
E-Mail.: steinschaden@gedesag.at
Web.: http://www.gedesag.at/home.html

Links zur weiteren Information

https://www.gbv-aktuell.at/news/122-5-sterne-fuer-den-sternhof
https://www.noen.at/krems/krems-sternhof-ohne-parkplaetze-parkplaetze-parken-wohnungen-51033637

2.17 Pöchlarn als Vorbild für Zentrumsbelebung

Enge Gassen, leerstehende Häuser und das Fehlen eines Stadtzentrums. So präsentierte sich die Stadtgemeinde Pöchlarn (NÖ) noch bis vor ein paar Jahren. Nun ist nach einem jahrelangen Planungsprozess im Zuge der Dorf- und Stadterneuerungs-Initiative NÖ, mit Fokus auf Zentrumsentwicklung, die Neugestaltung des Ortszentrums zum Großteil abgeschlossen. Pöchlarn gilt als Vorzeigeprojekt der Stadterneuerung in Niederösterreich. BürgerInnenbeteiligung, Eigenverantwortung und Mitgestaltung sind zentrale Elemente.

Quelle: https://mobilitaetsprojekte.vcoe.at/begegnungszone-pchlarn-2017

Gemeinde: Pöchlarn (NÖ), EW: 3912

Durchgeführte Maßnahmen:
Die Stadtgemeinde hat im Rahmen eines umfassenden Planungsprozesses mit Hilfe der NÖ Stadterneuerung und einer breiten BürgerInnenbeteiligung eine die ganze Altstadt umfassende Begegnungszone errichtet. Durch den Ankauf mehrerer leerstehender Häuser konnte ein neues Kommunal- und Wohngebäude im Ortszentrum errichtet werden. Die gesamte Fläche des Innenstadtzentrums wurde mit Granitsteinen quer zur Fahrtrichtung ausgerichtet, durch bewegliche Grünoasen wurde eine einladende Atmosphäre in der Innenstadt geschaffen. Aufgrund des bestehenden Potentials im Radtourismus wurde eine Anbindung zur Donau geschaffen.

Der Weg zum Erfolg
Durch neue Einkaufsmöglichkeiten, wie den Online-Handel, oder auch neue Einkaufsangebote wie Einkaufszentren an den Ortsrändern, werde das Umfeld für Orts- und kleineren Stadtzentren immer schwieriger. Viele Gemeinden sind geprägt durch zunehmende Verödungen und schwindende Bevölkerung. Um dem entgegenzuwirken, setze man als weiteren Schritt im Zuge der Dorferneuerung die Zentrumsentwicklung in den Mittelpunkt. Ziel

ist, leerstehende Wohngebäude wieder neu zu beleben, frei gewordene Geschäftsflächen neu zu gestalten und zur Belebung von Ortszentren beizutragen. Schwerpunkt der Bildung von Maßnahmen ist dabei aktive BürgerInnenbeteiligung.

Die Stadtgemeinde Pöchlarn in Niederösterreich gilt im Zuge der Zentrumsentwicklung als Vorzeigeprojekt. Im Rahmen eines umfassenden Planungsprozesses mit Hilfe der NÖ Stadterneuerung und einer breiten BürgerInnenbeteiligung wurde das Projekt „Zentrumsentwicklung“ von 2013-2014 umgesetzt, 2017 erfolgte eine Erweiterung.

Vorausgegangen war ein fast 10-jähriger Planungs- und Diskussionsprozess, der im Rahmen der Stadterneuerung mithilfe von BürgerInnen intensiviert wurde und zu einem Wettbewerb zur Innengestaltung führte. In zahlreichen Arbeitssitzungen wurde ein Kriterienkatalog erstellt, der Basis für die Ausschreibungen und letztendlich den Siegerentwurf darstellte. Insgesamt 3 Mio. Euro hat die Stadtgemeinde in die Hand genommen, das Land NÖ übernahm ca. 1,5 Mio. der Kosten.

Die Neugestaltung der Innenstadt erstreckt sich auf Kirchen-, Thörring und Pfarrplatz. Kernstück ist eine Zone, in der künftig nur noch 20 km/h gefahren werden dürfen. Bewusst gesetzte Betonblöcke sollen die Fahrgeschwindigkeit verringern, und dienen daneben als Sitzgelegenheit. In diesen Zonen gibt es keine Begrenzungen mehr, Fußgänger, Rad- und Rollstuhlfahrer dürfen gleichberechtig die ganze Breite der Fläche benutzen. Neueste Entwicklung ist die geschaffene Radfahrerbrücke, die direkt vom Damm in das Stadtzentrum führt. Durch den Ankauf von fünf alten, leerstehenden Gebäuden wurde ein Kommunalzentrum errichtet, in dem Geschäfte, Wohnungen und Büros untergebracht sind. Durch die Wiederbelebung der Innenstadt finden nun wieder zahlreiche Veranstaltungen, wie der wöchentliche Schmankerlmarkt statt.

Pöchlarn konnte 2018 zum dritten Mal in das vom Land Niederösterreich geförderte Projekt der Stadterneuerung aufgenommen werden. In den kommenden Jahren arbeiten mehrere Projektgruppen an der Weiterentwicklung von neuen Ideen und Anregungen zu den Bereichen Mobilität, Sport und Freizeit, Kultur und Zentrumsentwicklung, daraus resultierende konkrete Projekte werden in Zukunft umgesetzt.

Herausforderungen und Lösungen

Mit ihrem neuen Hauptplatz ist die Stadtgemeinde Pöchlarn ein Vorzeigeprojekt der Dorf- und Stadterneuerung, insbesondere was die Zentrumsbelebung anbelangt. Das Konzept der Begegnungszone, in der Radfahrer, Fußgänger und Rollstuhlfahrer die Breite der Fläche gleichwertig benutzen dürfen, hat zu Beginn in Teilen der Gemeinde für Aufsehen gesorgt, was auch wenig verwundert, da es die Möglichkeit für die Umsetzung eines derartigen Konzepts erst seit 2013 in Österreich gibt. Dementsprechende Aufklärung der Bevölkerung über die Vorteile einer solchen Zone, wie eine Verringerung der Verkehrsbelastung, war daher gefragt. Seitdem hat sich das Konzept sehr gut etabliert. Die Frequenz von Rad- und FußgeherInnen im Zentrum hat sich seitdem nach Fertigstellung stark erhöht. Des Weiteren gab es Kritik gegenüber der neuen Optik der Innenstadt, da zunehmend die Rede von „Betonwüste“ und „monotonem Aussehen“ war. Letztlich konnten jedoch die vielen Vorteile einer Begegnungszone überzeugen und auch solche Herausforderungen aus dem Weg geräumt werden. Darüber hinaus habe man schon dringend handeln müssen, um der drohenden Innenstadtverödung entgegenzuwirken. Der Schlüssel für den Erfolg im Dorf und für die Entwicklung des Dorfes sind vor Allem die BürgerInnen. Betroffene daher zu Beteiligten

machen ist in Dorf- und Stadterneuerungsprozessen eine große Herausforderung. Vollzogene Maßnahmen wie jene in Pöchlarn zeigen, was aktive Zusammenarbeit bewirken kann.

Erzielte Ergebnisse

- Aktive BürgerInnenbeteiligung – Stärkung des Zusammenhalts in der Gemeinde
- Barrierefreie und multifunktionale Innenstadt
- Schaffung eines städtischen und lebendigen Zentrums
- durch Bau der Radfahrerbrücke Stärkung des Tourismus in der Region
- Verminderung des Leerstands
- neue Wohnmöglichkeiten und Freizeiteinrichtungen
- neuer Pfarrplatz als Ruhepol

Erzielte wirtschaftliche Effekte

- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Stärkung der regionalen Wirtschaft

Erzielte ökologische Effekte

- Verminderung der Verkehrsbelastung
- Erhöhung der Anzahl an Fußgeher und RadfahrerInnen
- Verringerung der Durchfahrtsgeschwindigkeit
- Durch Verminderung des Leerstands – Schonung von Ressourcen

Kontakt:
Stadtgemeinde Pöchlarn
Kirchenplatz 1
3380 Pöchlarn
Tel.: +43 2757 2310
Fax: +43 2757 2310 66
E-Mail.: info@poechlarn.at

Weiterführende Information:
https://www.poechlarn.at/Stadterneuerung

2.18 Pilotprozess Zentrumsentwicklung

Wie rüstet man eine Gemeinde für die Zukunft? Diese Frage hat sich die Gemeinde Markersdorf-Haindorf bereits vor Jahren gestellt und sich deshalb 2011 dazu entschlossen die vom Land Niederösterreich entwickelte Aktion „Gemeinde21“ zu implementieren. Wesentliches Ziel der Aktion ist, neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen zu finden. Seit 2014 können sich Pilotgemeinden im Zuge des G21 Prozess gezielt der Zentrumsentwicklung widmen.
Zu diesen zählt auch die Gemeinde Markersdorf-Haindorf.

Quelle: http://www.markersdorf-haindorf.gv.at/2_Workshop_Zentrumsentwicklung_5

Gemeinde Markersdorf-Haindorf (NÖ) EW 2083

Durchgeführte Maßnahmen
Im Zuge des Prozesses der Zentrumsentwicklung wurden in der Gemeinde bereits zwei Workshops sowie zwei Exkursionen durchgeführt. 2018 folgte die Eröffnung der Ausstellung Zentrumsentwicklung.

Der Weg zum Erfolg
2004 startete das Land Niederösterreich die Implementierung der Lokalen Agenda 21 in Niederösterreich. Dabei wurde die Aktion „Gemeinde21“, oder auch „G21“ entwickelt. Gemeinden, die sich dieser Aktion anschließen, öffnet sich nicht nur ein Weg zur „Gemeinde mit Zukunft“ sondern es werden BürgerInnen zu Experten ihres Umfeldes, die Eigenverantwortung übernehmen.
Im Zuge der Aktion wurde 2011 in der Gemeinde der alte Kinderhort als Einstiegsprojekt gewählt und renoviert, da dieser in der vorherigen Form nur mehr schwer nutzbar war. Finanziell unterstützt wurde das Projekt von der NÖ Dorferneuerung und der Gemeinde selbst.
Im Zuge der Dorf- und Stadterneuerung gibt es für Gemeinden seit 2014 die Möglichkeit speziell einen Schwerpunkt auf Zentrumsentwicklung zu legen. Dadurch wolle man leerstehende Wohngebäude wieder neu beleben, freigewordene Geschäftsflächen neu gestalten und zur Belebung von Ortszentren beitragen. Die Gemeinde Markersdorf hat sich für

den Pilotprozess „ZentrumsEntwicklung“ beworben und wurde damals als eine von vier niederösterreichischen Gemeinden ausgewählt.

Seit Start des Pilotprozesses in 2014 hat sich in der Gemeinde Markersdorf-Haindorf so einiges getan. Auftaktveranstaltung bildete 2015 ein Bürgerabend mit Workshop für ein künftiges lebendiges Ortszentrum. Schwerpunkt des Abends bildete der Workshop der zur Aufgabe hatte, in Kleingruppen über Stärken und Schwächen des derzeitigen Ortszentrums zu diskutieren. Ende 2015 folgte der 2. Bürgerabend mit anschließendem Workshop. Fokus wurde dabei auf die Neugestaltung des Ortszentrums gelegt.

Um sich Eindrücke von anderen Pilotgemeinden zu holen, die bereits im Zuge der Zentrumsentwicklung Projekte umsetzten, organisierte die Gemeinde 2016 zwei Exkursionen. Besichtigt wurden neugestaltete Hauptplätze mit Begegnungszonen sowie kernsanierte Gebäude, die an die heutigen Bedürfnisse, wie Barrierefreiheit, angepasst wurden. Um auch die Kleinsten in die Gestaltung des Prozesses miteinbeziehen zu können, wurde 2017 in der Volksschule von Markersdorf das „Planspiel Zentrumsentwicklung“ umgesetzt, um auch die Wünsche von Kindern für ein neues attraktives Ortszentrum miteinzubeziehen. Anfang des Jahres 2018 fand die Eröffnung der Ausstellung Zentrumsentwicklung statt, wo bisherige Ergebnisse zu den Workshops, Exkursionen und Studentenprojekte im Zuge des Pilotprozesses betrachtet werden konnten.

Im Mai 2018 hat der Gemeinderat ein Architektenbüro mit der Erstellung einer Bebauungsstudie für das Ortszentrum von Markersdorf beauftragt. Dabei soll ersichtlich werden, wieviel Platz für Wohnungen und Gewerbe durch Berücksichtigung der gesammelten Ideen und Pläne tatsächlich benötigt wird. Bei einem Auftaktworkshop im Juli wurden wesentliche Projektziele gemeinsam mit der Bevölkerung und Gemeinderäten festgelegt.

Wichtig ist anzumerken, dass es kurzfristig nicht um die Umsetzung eines konkreten Projekts geht, sondern kommende Jahre für Ideensammlung und Konkretisierung genutzt werden. Die Umsetzung festgelegter Maßnahmen soll bis spätestens 2025 erfolgen.

Herausforderungen und Lösungen

Zu Beginn eines Projekts ist die Motivation der BürgerInnen oftmals sehr groß. Die Herausforderung liegt darin auch langfristig Erfolge zu sichern. Regelmäßige Abhaltung von Treffen sowie konstante Öffentlichkeitsarbeit sind hierbei der Schlüssel zum Erfolg. Des Weiteren bedarf die Planung von Projekten, Treffen und Workshops vorausschauender und frühzeitiger Planung. Ein professionell arbeitendes und motiviertes Organisationsteam ist daher ebenso gefordert.

Erzielte Ergebnisse

- Stärkung des Zusammenhalts in der Gemeinde
- Gemeinde bleibt als intakter, lebendiger Lebensraum erhalten
- Aufwertung des Ortsbildes
- Stärkung des Einzelhandels in der Gemeinde
- Bewusstseinsbildung der Bevölkerung
- Gestaltung des Projektes mit starkem Bezug auf Öffentlichkeitsarbeit und BürgerInnenbeteiligung
- Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen
- Chance auf mehr Lebensqualität in den Gemeinden

Erzielter wirtschaftlicher Effekt

- Gemeindebudget wird durch abgestimmte Investitionen und breite Akzeptanz entlastet – vorhandene Infrastruktur wird besser ausgelastet

Erzielte ökologische Effekte

- Vermeidung von Flächenverbrauch – Erhaltung von wertvollem Boden
- durch Nutzung von vorhandenen Gebäuden – Erhaltung von Lebensräumen, vor Allem am Ortsrand, da weniger neu gebaut wird – somit Vorteile für Flora und Fauna

Kontakt

Gemeinde Markersdorf-Haindorf
Marktplatz 4
3385 Markersdorf-Haindorf (NÖ)
Tel.: 02749/ 2261
Fax.: 02749/ 2261 – 8
E-Mail.: gemeindeamt@markersdorf-haindorf.at

Kontakt für Pilotprozess Zentrumsentwicklung
Amt der NÖ Landesregierung
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik
Landesgeschäftsstelle für Dorferneuerung – Koordinierung Agenda 21

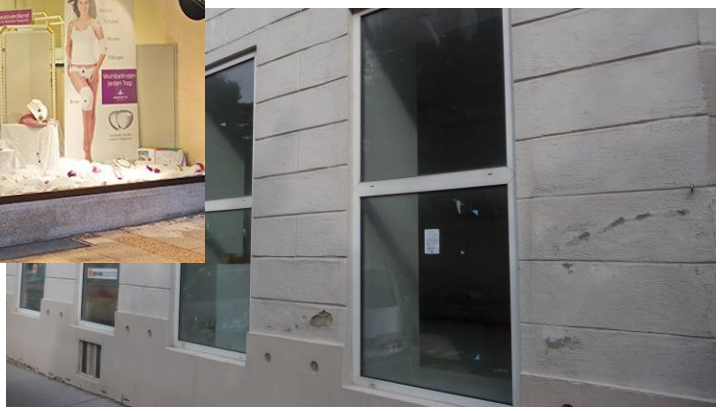
Weiterführende Links

http://www.markersdorf-haindorf.gv.at/

2.19 Aus Leerstand: „PopUp“!

Um Leerstände in der historischen Altstadt zu vermeiden und diese somit vor dem Verfall zu schützen, griff die Gemeinde Enns zu einer innovativen Lösung: dem „Leerstandsbeauftragten“. Zwei Jahre später sind viele ehemalige Leerstände wieder belebte Läden. Die einstige Notmaßnahme hat sich inzwischen in ein wirtschaftlich attraktives Selbstläufermodell verwandelt.

Quelle: www.popupstores.at



Gemeinde: Enns (OÖ), 11.937 EW

Durchgeführte Maßnahmen:
Der Ennser Wirtschaftsverein, der Ennser Tourismus und die Stadtgemeinde Enns bestellten einen „Leerstandsbeauftragten“, um das Problem leerstehender Lokale in der Ennser Altstadt auf operativer Ebene und gesamtheitlich lösen zu könne. Der Leerstandsbeauftragte erfasste die Leerstände, kontaktierte die EigentümerInnen, suchte potenzielle MieterInnen und vernetzte diese. Auch organisierte er Unterstützung für die neuen MieterInnen hinsichtlich Anfangseinrichtung und Marketing für die neu eingezogenen Geschäfte. Ein Jahr nach dem operativen Stelleneintritt des Leerstandsbeauftragten wurde die Anzahl der Leerstände um 20% reduziert.

Der Weg zum Erfolg:
Der historischen Altstadt von Enns drohte, aufgrund der vielen leerstehenden Geschäftslokale, der Verfall. 2016 riefen der Ennser Wirtschaftsverein, der Ennser Tourismus und die Stadtgemeinde Enns daher eine bis zum Zeitpunkt einzigartige Position, d.h. jene eines „Leerstandsbeauftragten,“ ins Leben. Das Ziel war es, dass der Leerstandsbeauftragte die Situation der Leerstände erfasste und nach umsetzbaren Möglichkeiten suchte, diese dauerhaft neu zu vermieten.

Der Leerstandsbeauftragte, Herr Max Komolka, identifizierte nach sorgfältiger Analyse die Stolpersteine für die potenziellen neuen MieterInnen: die hohen Mieten bei einer noch unsicheren Perspektive des Geschäftserfolgs, die Kosten für die Anfangseinrichtung und die Ausgaben für professionelles Marketing. Um die potenziellen MieterInnen dabei finanziell zu unterstützen, wurde ein LEADER-Projekt erfolgreich eingereicht. Somit konnten die potenziellen neuen Geschäftsleute eine günstige Anfangseinrichtung erhalten sowie professionelle Hilfe für die Bewerbung ihres Geschäfts.

Hinsichtlich der hohen Mieten war ebenfalls eine Lösung notwendig. Daher nahm der Leerstandsbeauftragte gleichzeitig Kontakt mit den EigentümerInnen der leerstehenden Lokale auf. Die allgemeine Einstellung dieser war durch eine sehr hochgegriffene Mietvorstellung charakterisiert, darunter waren die EigentümerInnen nicht bereit zu vermieten. Der Leerstandsbeauftragte führte viele Gespräche mit Letzteren durch und schließlich konnte er sie überzeugen, für 6 Monate nur gegen Zahlung der Betriebskosten seitens der potenziellen MieterInnen die leerstehenden Lokale zu vermieten. In solch einem Zeitraum konnte gut abgeschätzt werden, ob die neue Geschäftsidee gute Aussichten auf Erfolg hätte oder nicht.

Die Vorteile waren für beide Seiten gegeben: für die EigentümerInnen, dass die Gebäude nicht verfielen und die Betriebskosten beglichen wurden, für die MieterInnen einen geringeren Kostendruck in der Anfangsphase ohne Verpflichtung zur dauerhaften Mietung. Sollte das Lokal auch nach den ersten 6 Monaten an denselben Kunden weitervermietet werden, sollte der Kunde neben den Betriebskosten nun auch die von den EigentümerInnen erwünschte Miete bezahlen. Wenn nicht, war es für die MieterInnen möglich, ohne Verluste aus dem Geschäft auszusteigen.

Derzeit (Juli 2018), d.h. nach nur 2 Jahren seit Beginn der Aktion und etwa einem Jahr operativer Arbeit, sind nicht nur 20% (bezogen auf die Anzahl) der ursprünglich bestehenden Leerstände vermietet worden, wovon 11 Leerstände auf Dauer, sondern darüber hinaus etablierte sich dieses Geschäftsmodell zu einem Selbstläufer: anstatt die EigentümerInnen aufsuchen zu müssen, wenden sich diese jetzt selbst an den Leerstandsbeauftragten.

Herausforderungen und Lösungen:

Es gibt einige Möglichkeiten das Problem „Leerstand“ erfolgreich zu lösen (Abriss und Neubau; Renovierung, insbesondere für denkmalgeschützte Gebäude, etc.), jedoch funktioniert nicht immer ein und dieselbe Lösung in allen Gemeinden. D.h. es soll ausprobiert werden, welche Vorgehensweise die richtige in der konkreten Gemeinde unter den gegebenen Rahmenbedingungen ist und am besten zu empfehlen wäre. Somit bietet das hier beschriebene Konzept eine Option, welche mittlerweile auch in anderen Gemeinden, einschl. in Deutschland, erfolgreich „exportiert“ worden ist.

Das vorgestellte Modell setzt auch voraus, dass die zu vermietenden Leerstände nicht bereits in Abrissqualität sind, denn dann können sie praktisch nicht langfristig vermietet werden.

Dieses Modell setzt zudem eine starke Vernetzung und daher viel Engagement seitens des „Leeerstandsbeauftragten“ voraus. Um den Kostendruck auf neue UnternehmerInnen verringern zu können, ist aktive Zusammenarbeit mit EigentümerInnen und ferner den Gemeindemitgliedern sowie Stakeholdern notwendig.

Eine Variante dieses Modells ist die Vernetzung zwischen älteren und jüngeren Geschäftsleuten in bereits gut laufenden Lokalen, z.B. kleine Änderungen, welche den nötigen „Pepp“ eines 40-jährigen Geschäfts verleihen.

Erzielte Ergebnisse:

- nachhaltige Flächennutzung im historischen Ortskern
- bessere Auslastung der bestehenden Infrastruktureinrichtungen

Erzielte wirtschaftliche Effekte:

- Erhalt bzw. Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in der Gemeinde
- Unterstützung von Start-ups in der Anfangsphase, mit finanziellen Vorteilen sowohl für die MieterInnen als auch für die VermieterInnen
- zusätzliche Einnahmequelle durch wiederbelebten Tourismus im Ortskern

Erzielte ökologische Effekte:

- nachhaltige Flächennutzung und damit Nutzung von bestehenden Ressourcen
- Vermeidung von Leerstand und Gebäudeabriss

Kontakt:

Max Homolka
PopUp Stores Enns
TSE GmbH
Hauptplatz 19
A - 4470 Enns
Tel.: +43 (0)660 - 66 79 329
Email: management@tse-gmbh.at
Web: www.tse-enns.at

Links zur weiteren Information:

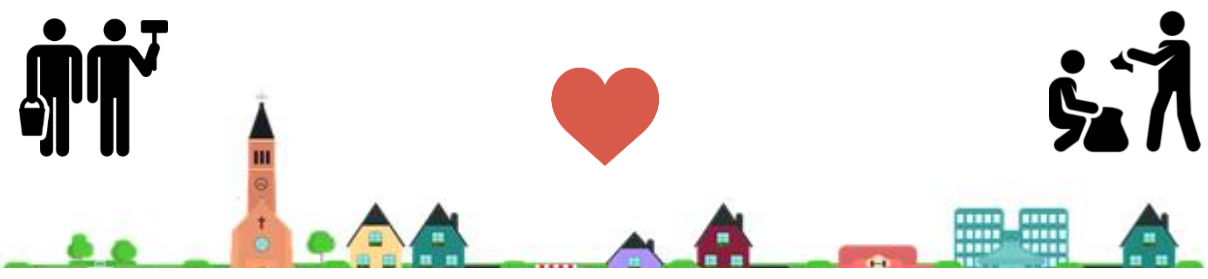
https://www.pressreader.com/austria/salzburger-nachrichten/20170128/282626032403855
https://www.popupstores.at/

Foto: VS Steinbrunn/Zillingtal

Foto: BMLFUW, 2014, Alexander Haiden

Gemeindeübergreifende Kooperation

Foto: proHolz Austria, Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Holzwirtschaft



Fotos ohne Bildautorenschrift: CC0 Creative Commons
Icons made by http://www.freepik.com – licensed by Creative Commons BY 3.0"

3 Gemeindeübergreifende Kooperation

Die ständig wachsenden Anforderungen der Ressourceneffizienz und der Verwaltung, welche die Gemeinden erfüllen müssen, stellen heutzutage viele, insbesondere kleinere Gemeinden, vor ernsthaften Herausforderungen. Dabei spielt die Wirtschaftlichkeit bzw. die Investitionshöhe für die Umsetzung ressourceneffizienter Maßnahmen ebenfalls eine wesentliche Rolle. Somit erscheint es für benachbarte Gemeinden oft sinnvoll ihre Kräfte zu bündeln, um die Ansprüche für mehr Ressourceneffizienz in der Praxis zu erfüllen. Diese interkommunale Kooperation kann von gemeinsam betriebenen Altstoff- und Recycling-Höfen über Schulen, Energieeffizienzmaßnahmen, Expertise bis zu Verwaltungsaufgaben und Kommunalsteuersplitting reichen.

Negative demografische Entwicklungen, ständig wachsende und komplexere Anforderungen sowie knappe Budgets resultieren darin, dass Gemeinden immer stärker auf interkommunale Kooperationsaktivitäten angewiesen sind. Dass diese Form an Zusammenarbeit zukünftig mehr an Bedeutung gewinnen wird, wird auch durch die Formulierung des Schwerpunkts 2 „Gemeindeübergreifende Kooperation: gemeinsam mehr bewegen“, im Masterplan für den ländlichen Raum (2017) bewiesen.

Der Schwerpunkt sieht als ersten Schritt in diese Richtung den Aufbau von Kompetenzzentren in den Regionen zwecks Zusammenführung der Verwaltung vor. Ihre Elemente umfassen:

- gemeinsame Verwaltungsaufgaben, arbeitsteilige Infrastrukturangebote oder koordinierte Förderung von Wirtschaft und Tourismus.
- Entwicklung von Modellen für erfolgreiche Gemeindekooperationen
- Ideenwettbewerbe für gemeindeübergreifende Kooperationsmöglichkeiten
- Kommunikation bereits durchgeführter und erfolgreicher Projekte und Erstellung eines Best-Practice Kataloges
- gezielte Förderung und Unterstützung in der Anschubphase für den Aufbau von Kompetenzzentren in den Regionen und für den Ausbau von Vernetzung sowie Zusammenarbeit von Gemeinden.

Die österreichischen Gemeinden können bereits langjährige Erfolgsgeschichten in der gemeindeübergreifenden Kooperation bieten, insbesondere bei der gemeinsamen Infrastrukturnutzung: Stichwort Abfall- oder Abwasserentsorgung. Bei der Befragung der Gemeinden über ihre Ressourceneffizienz in 2016 war die gemeinsam genutzte Kläranlage die häufigste Nennung. Mittlerweile ist auch die Neue Mittelschule oft eine gemeinsam zu bewältigende Aufgabe, welche an zweiter Stelle bei der Befragung vorkam. Mit dem wachsenden Ausmaß der Aufgaben im Bereich der Ressourceneffizienz wird die interkommunale Zusammenarbeit in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen, insbesondere für die kleineren Gemeinden. Schon heute können neue Betätigungsfelder für gebündelte Kompetenz aufgezeigt werden: Steigerung der Energieeffizienz durch gemeinsam betriebene Solar- oder Windkraftparks, gemeinsame Betriebsgebiete, Innovations-zentren oder Tourismusverwaltung.

Das Voneinanderlernen und die Entwicklung neuer Ideen spielt dabei eine besonders wichtige Rolle, da dadurch nicht nur natürliche Ressourcen, sondern auch Zeit und Kosten erspart und

Synergien entdeckt werden können. Und die Gewinner sind nicht nur die Umwelt als gesundes Erbe für die nachfolgenden Generationen, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger – heute und hier.

Links zu weiteren Informationen:

AUFSchwung für den ländlichen Raum | Masterplan ländlicher Raum:

https://www.bmlfuw.gv.at/land/masterplan-laendlicher-raum.html

3.1 Innovative Technikförderung im Traunviertel

1999 wurde das Technologie- und Innovationszentrum (TIZ) Kirchdorf mit Sitz in der Gemeinde Schlierbach durch Kooperation mit dem Verein Technologiegruppe Kremstal und der Standortgemeinde Kirchdorf an der Krems gegründet. Es sind weiters alle Gemeinden des Bezirks Kirchdorf an der Krems und zahlreiche Unternehmen stille Gesellschafter.

Quelle: (links) http://www.architektur-weismann.at/homepage/?attachment_id=253
(rechts) http://www.architektur-weismann.at/homepage/?attachment_id=250

Gemeinde: Schlierbach (OÖ): 2.866 EW (Sitz)

Teilnehmende Gemeinden:
Pettenbach, Technologiegruppe Kremstal, Ried, Edlbach, Rosenau, Grünburg, Roßleiten, Hinterstoder, Schlierbach, Inzersdorf, Spital, Stadtgemeinde Kirchdorf, St. Pankraz, Klaus, Steinbach/Steyr, Kremsmünster, Steinbach/Ziehberg, Micheldorf, Vorderstoder, Molln, Wartberg, Nußbach, Windischgarsten, Oberschlierbach

Durchgeführte Maßnahme(n):
Die Aufgabe dieser Gemeindekooperation ist die Errichtung eines Technologie- und Innovationszentrums (TIZ) mit Schwerpunkt Kunststofftechnik, Werkzeug- und Maschinenbau sowie Automatisierungstechnik/Informationstechnologie in der Region Kremstal.

Der Weg zum Erfolg:
Technologie- und Impulszentren sind mittlerweile in ganz Oberösterreich gegründet worden. Diese unterstützen sowohl Start-ups bei den ersten Schritten der Unternehmensgründung, als auch schnell wachsende Unternehmen bei ihrem Ausbau. Sie fördern damit die Wirtschaftsentwicklung in der gesamten Region.

Die Ursprungsinitiative zur Errichtung von TIZs in Oberösterreich ging von Christoph Leitl (WKÖ-Präsident und ehemaliger Wirtschaftslandesrat des Landes Oberösterreich) aus. Lokale Unternehmensvertreter, Kommunalpolitiker und Wirtschaftskammerfunktionäre haben sich dazu zum Verein „Technologiegruppe Kremstal (TGK)“ zusammengeschlossen. Am Anfang der Planung wurde vom TGK die Machbarkeit des TIZ Kirchdorf überprüft und danach im Detail ausgearbeitet. Nach 3 Jahren wurde das TIZ Kirchdorf 2002 eröffnet.

Derzeit (Stand Oktober 2017) sind über hundert MitarbeiterInnen im TIZ Kirchdorf beschäftigt; 1.200 m² Bürofläche und 1.300 m² Werkstätten (einschl. Lager, Archiv, Server- und Besprechungsräume) stehen Unternehmen zur Miete zur Verfügung.

Seit der Gründung waren insgesamt 74 Unternehmen im TIZ Kirchdorf untergebracht, aktuell (Oktober 2017) sind es 25. Von den 74 wurden 4 insolvent, 3 wurden verkauft oder von anderen Unternehmen übernommen, die restlichen Firmen existieren in unterschiedlichen Formen weiter.

Über die Themenauswahl für das Weiterbildungsangebot wird aufgrund von Inputs aus dem Arbeitskreis der Personalverantwortlichen der technologischen Leitbetriebe der Region und unter Abstimmung mit weiteren strategischen Partnern, wie z.B. dem Kunststoff-Cluster, entschieden.

Ein solches Technologie- und Innovationszentrum bringt mit sich viele Vorteile mit: aufgezeichnete Verankerung sowohl bei den Betrieben der Region als auch in verschiedenen politischen Institutionen. Als größten Erfolg sieht der Geschäftsführer Mag. Warter die Gründung der Kremstaler Technischen Lehrakademie (KTLA) (www.ktla.at), die im TIZ beheimatet ist und eine HTL-Ausbildung mit einer Lehre in den Partnerbetrieben verbindet. Ursprünglich als Privatschule betrieben, ist die KTLA seit nun 8 Jahren ein öffentlich-rechtlicher Schulversuch.

Herausforderungen und Lösungen:
Divergierende politische Perspektiven können diskussionsanfällige Situationen hervorrufen. Da für die Beteiligten jedoch auch ein hohes Maß an Professionalismus charakteristisch ist, wurde diese Herausforderung bereits zu Beginn vermieden.

Die gemeinsamen Bemühungen haben auch in weiterer Hinsicht gefruchtet: so kann Netzwerken beispielsweise eine breite Trägerschaft aus Politik und Unternehmen gewinnen, und eine gelungene Kommunikation der bereits verzeichneten Erfolge nach draußen ist für den weiteren Bestand des TIZ Kirchdorf von wesentlicher Bedeutung.

Erzielte Ergebnisse:

- dauerhafter Beitrag zur regionalen Entwicklung – Gewinne dürfen nicht „ausgeschüttet“ werden, sondern müssen in neue Aktivitäten investiert werden
- nachhaltige Verankerung der Betriebe in der Region
- 10 Patente und nachfolgende Patenterweiterungen angemeldet
- Eine Auswahl von Start-Ups, dessen Erfolg auf die Initiative des TIZ zurückgehen: Biastec KG, Ceraflex GmbH, DoReMiFa, SnailX GmbH, Riegelfabrik e.U. und andere.
- Berater- und Coaching-Netzwerk für Gründer ist zur Verfügung gestellt
- die Gründung der Kremstaler Technischen Lehrakademie (KTLA), welche im TIZ beheimatet ist und ein HTL-Ausbildung mit einer Lehre in den Partnerbetrieben verbindet, ist ein Bildungserfolg und als solcher auch ein Gewinn für die Region
- Kooperationen mit Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen leichtgemacht
- Erhöhung der Attraktivität für Betriebsansiedelungen und somit Belebung des ländlichen Raumes im Einklang mit den nationalen Vorgaben
- Beispiel für besonders gut gelungene gemeindeübergreifende Kooperation

Erzielte wirtschaftliche Effekte:

- Aufteilung der Kommunalsteuer
- Verbesserung des Technologietransfers

Erzielte ökologische Effekte:

- Einsparung von weiteren Rohstoffen für Neubauten in den einzelnen Gemeinden
- erhöhte Flächeneffizienz durch gemeinschaftliche Nutzung des Gebäudebestands

Kontakt:

Technologie- und Innovationszentrum Kirchdorf
Pyhrnstraße 16
4553 Schlierbach
Tel.: +43 (0)7582 61761-200
E-Mail.: office@tiz-kirchdorf.at
Web: www.tiz-kirchdorf.at

Links zur weiterführenden Information:

https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/landesentwicklung/raumordnung/downloads/Fachliche_Grundlagen/kooperation-kurz.pdf
http://www.tiz-kirchdorf.at/cms/kontakt/

3.2 „Quadrella“ – Kooperation im Quadrat

Die Gemeinden Bürs, Bludenz und Nüziders schlossen sich zusammen um das Betriebsgebiet „Quadrella“ zu gründen. Dadurch konnten bestehende Infrastruktureinrichtungen besser ausgenutzt und ein Beitrag zur flächensparenden Raumentwicklung geleistet werden.

Quelle: Gewerbegebiet Quadrella - Gemeinde Bürs

Gemeinde(n): Bürs, Bludenz, Nüziders (Vorarlberg): insgesamt 22.535 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Für die Errichtung des interkommunalen Betriebsgebietes haben die drei Gemeinden aufeinander abgestimmte Gemeindevertretungsbeschlüsse hinsichtlich Flächenwidmung, Verkehrserschließung, etc. gefasst und teilen sich die Kommunalsteuer.

Der Weg zum Erfolg:
Der Auslöser für den Bau des interkommunalen Betriebsgebiets „Quadrella“ war die aufgrund einer besseren Zusammenarbeit als sinnvoll erachtete Aussiedelung eines Betriebes aus der Gemeinde Bürs. Die Gemeinde verfügte zwar über Gewerbegebiete, allerdings waren die Flächen bereits ausgelastet. Das Betriebsgebiet, welches in Frage kam, wäre nur sinnvoll, wenn eine Verkehrserschließung über die Nachbargemeinden Nüziders und Bludenz erfolgen würde. Im Zuge der Verhandlungen über die Verkehrserschließung entschlossen sich die beiden Nachbargemeinden zur Beteiligung. 1999 kaufte Bürs alle für das Betriebsgebiet notwendigen Grundstücke, auch wenn sie sich auf dem Land der Nachbargemeinden befanden, um die Abwicklung des Projekts zu vereinfachen.

2000 wurde ein Vertrag über die Aufteilung der Kommunalsteuer zwischen den drei Gemeinden abgeschlossen. Diese orientiert sich an den Flächenanteilen der Gemeinden,

wobei Bürs als Standortgemeinde für die getätigten Investitionen einen Bonus bekam. Das Verhältnis für die Aufteilung der Kommunalsteuer war 6 : 3 : 1 – Bürs : Bludenz : Nüziders.
Eine Ringstraße wurde um das Gewerbegebiet gebaut, wodurch keine zusätzlichen Verbindungsstichstraßen mehr notwendig waren. Die Gebäude wurden Wand an Wand errichtet, und so konnte die Fläche optimal genutzt werden. Weiters wurden alle Betriebe, die zwei Schulen, das Pfarrzentrum und drei Privathäuser an das gemeinsame Biomasseheizwerk angeschlossen.

Herausforderungen und Lösungen:
Für gemeindeübergreifende Projekte existiert keine Koordinationsstelle auf Landesebene. Um ihre Abwicklung zu erleichtern, kaufte die Gemeinde Bürs 1999 alle für das Betriebsgebiet notwendigen Grundstücke (auch wenn sich diese in Nachbargemeinden befanden). Mit den Käufen der Grundstücke wurden privatrechtliche Vereinbarungen geschlossen, wonach Mindestbauabstände überschritten werden durften. So wurden verschiedene Gewerbebetriebe Wand an Wand errichtet, wodurch die effizienteste Flächennutzung ermöglicht wurde. Durch die Zusammenarbeit der drei Gemeinden wurde die Abwicklung mit zuständigen Behörden (Raumordnung, Forst, Wasserbau, Gewerbe usw.) sowie mit Anrainern einfacher und unkomplizierter im Vergleich zum Alleingang der einzelnen Gemeinden.

Auszeichnung:
eee-Gemeinde, auszeichnende Stelle: „e5 – Programm für energieeffiziente Gemeinden“

Erzielte Ergebnisse:
- bessere Auslastung der bestehenden Infrastruktureinrichtungen
- vereinfachte Verwaltungsprozesse
- Rund 160 Arbeitsstellen
- Anstatt Konkurrenzkampf unter den Unternehmen – Bündelung der Kräfte für mehr Erfolg: das „Miteinander statt Gegeneinander“ hat sich mittlerweile als Standard etabliert.

Erzielte wirtschaftliche Ergebnisse:
- Aufteilung der Kommunalsteuer (rd. 119.000,00 €) aus dem Betriebsgebiet:
  10 % der gesamten Steuer erhält Bürs als Verwaltungsaufwand, der Rest wird aufgeteilt – 60 % Bürs, 30 % Bludenz, 10 % Nüziders. Die Grundsteuer beträgt 9.189,84 €, die Aufteilung erfolgt analog der Kommunalsteuer.
- Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze: derzeit (Februar 2018): rund 160
- zusätzliche Einnahmequelle

Erzielte ökologische Ergebnisse:
- optimale Flächennutzung durch platzsparende Bauweise, welche erst durch die Kooperation möglich war
- Berücksichtigung ökologischer Aspekte (z.B. Vermeidung von Bodenversiegelung – Bau einer Ringstraße anstatt mehrerer Verbindungsstraßen)
- Verwendung erneuerbarer Energieträger

Kontakt:
Dorfplatz 5
6706 Bürs
Tel.: +43 (0)5552 62812
Email: gemeinde@buers.at

Links zur weiterführenden Information:
https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/landesentwicklung/raumordnung/downloads/Fachliche_Grundlagen/kooperation-kurz.pdf
http://www.e5-gemeinden.at/index.php?id=18&no_cache=1&tx_e5projects_e5output%5Be5Projekte%5D=11&tx_e5projects_e5output%5Baction%5D=single&tx_e5projects_e5output%5Bcontroller%5D=E5Projekte
https://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=9&ved=0ahUKEwjT9Pm_66HWAhUSZlAKHRl9Df8QFghWMAg&url=https%3A%2F%2Fwww.klimaaktiv.at%2Fdam%2Fjcr%3A1b65369b-af36-4a76-814a-e9bfcacc85ec%2FBest_practice_Entwicklungsplanung.pdf&usg=AFQjCNGr5XXlPj-hOMKjHW7E67B_EEuApQ

3.3 Bauhof stärkt Zusammenhalt

Die vier oberösterreichischen Gemeinden Aspach, Roßbach, Höhnhart und St. Veit haben den gemeinsamen Bauhof „Dienstleistungszentrum 4 Sonnen“ errichtet, wodurch Fläche eingespart wird. Weiters werden die Maschinen, Fahrzeuge und Geräte gemeinsam und somit effizienter genutzt.

Quelle: http://www.mauch.at/einsatzberichte/dienstleistungszentrum-4-sonnen-in-aspach

Gemeinden: Aspach, Roßbach, Höhnhart und St. Veit (OÖ): insgesamt 6.066 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Die Bauhöfe der vier genannten Gemeinden wurden zusammengelegt. Dadurch konnten die Kosten reduziert, der Personaleinsatz optimiert, sowie die Auslastung der Geräte, Maschinen und Fahrzeuge verbessert werden.

Der Weg zum Erfolg:
Die oben genannten Gemeinden entschieden sich 2004 für eine gemeindeübergreifende Bauhofkooperation. Als Rechtsform wurde ein Gemeindeverband gewählt, deren Vorstand sich aus den Bürgermeistern der vier Gemeinden zusammensetzt. Das Projekt wurde zu 80 % vom Land Oberösterreich gefördert und in der Planungsphase von externen Experten begleitet. Das „Dienstleistungszentrum 4 Sonnen“ (DIZ) wurde rasch umgesetzt und ging schon Ende 2005 in Betrieb. Das Gebäude wird über die Miete, und die Maschinen über Leasing finanziert. Das DIZ übernimmt in allen vier Gemeinden die Aufgaben der Pflege und Instandhaltung der Gemeindeinfrastruktur. Über die Aufteilung der Kosten haben sich die Gemeinden im Vorfeld geeinigt. Im Tagesbetrieb wurde dann überprüft, ob die vereinbarten Annahmen der Aufteilung stimmen.
Derzeit sind im DIZ 7 MitarbeiterInnen beschäftigt. Durch die Nutzung eines vergrößerten Teams (Anm.: vor Zusammenschluss in den kleineren Gemeinden oft nur ein(e) MitarbeiterIn) und deren beruflichen Spezialisierungen ist ein optimierter Einsatz des Personals möglich,

was sich vor allem in der höheren Geschwindigkeit, mit der Aufträge abgewickelt werden, bemerkbar macht.

Wichtige Voraussetzungen für den Zusammenschluss, welche in der Praxis auch erfüllt werden, sind, dass die Qualität der erbrachten Leistungen mindestens gleichbleiben und Synergieeffekte genutzt werden. So stehen allen Gemeinden Leistungen und Fahrzeuge zur Verfügung, bei welchen die Gemeinden allein mit der Finanzierung überfordert gewesen wären. Vor der Errichtung des gemeinsamen Bauhofs wurden diverse Aufgaben, wie beispielsweise Gräben räumen, Abhobeln der Straßenbankette, Baumschnitt etc., entweder von Privatpersonen, oder sehr unregelmäßig vom eigenen Gemeindebauhof erledigt. Viele Leistungen, für welche früher externe Firmen in Anspruch genommen werden mussten, können nun vom DIZ erledigt werden.

Bei der Bevölkerung kommt der gemeinsame Bauhof gut an. Positive Rückmeldungen werden jedoch eher selten verbalisiert, weil die Bauhofleistungen als selbstverständlich wahrgenommen werden.

Herausforderungen und Lösungen:
Durch die Kooperation ist eine längerfristige Arbeitsplanung notwendig, um die Bedürfnisse aller beteiligten Gemeinden abdecken zu können. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass durch das Tagesgeschäft manchmal suboptimal auf unmittelbar auftretende Anfragen reagiert wird. Dem wurde mit der Anschaffung leistungsstärkerer Maschinen entgegengewirkt.

Ein großer Erfolg ist zudem, dass die Leistung insgesamt gesteigert wurde, und in jeder der vier Gemeinden dieselben Leistungen in gleicher Qualität angeboten werden können.

Auszeichnung:
Best-Practice-Beispiel-Preis „KOMPRIX“ der Wirtschaftskammer Oberösterreich (als Beispiel für effiziente und kostengünstige Zusammenarbeit)

Erzielte Ergebnisse:

- gut geplante und somit in der Praxis gelungene gemeindeübergreifende Kooperation
- Steigerung der Leistungsstandards durch Nutzung von Synergieeffekten
- Etablierung eines professionellen Bauhofmanagements
- Anschaffung besserer Geräte möglich
- Erfolg des DIZ als Basis und Anstoß für weitere Kooperationsprojekte der vier Gemeinden (Gewerbegebiet, Essen auf Rädern, Altstoffsammelzentrum, Verwaltungskooperation)
- optimierte Auslastung von Fahrzeugen, Geräten und Maschinen

Erzielte wirtschaftliche Ergebnisse:

- Kosteneinsparung mittels optimierter, gemeinsamer Einsatz von Technik und Personal
- Baukosteneinsparung in Höhe von 1.400.000 Euro
- jährliche Kostenreduktion bei verbesserter Leistung in Höhe von 140.000 Euro

Erzielte ökologische Ergebnisse:

- ressourcensparender Umgang durch die gemeinsame Nutzung von Maschinen, und Fahrzeugen
- effiziente Nutzung der Ressource Fläche durch den gemeinsamen Bauhof

Kontakt:

Gewerbepark Aspach-Höhnhart 1
5252 Aspach
Tel.: +43 (0)676 876960403
Email: office@dlz4sonnen.at
Web: www.dlz4sonnen.at/

Links zur weiterführenden Information:

https://zentrum-regionalwissenschaften.uni-graz.at/de/projektdatenbank/allgemein/projekt-dienstleistungszentrum-4-sonnen/
http://www.aspach.at/system/web/zusatzseite.aspx?detailonr=217530599

3.4 Energieeffizienz durch Kooperation

Durch die Gründung des Programms „Klima- und Energiemodellregion Traunstein“ (KEM Traunstein) konnte die Initiative „Energieregion Salzkammergut“ auf eine Teilregion ausgebaut werden. Dabei soll die KEM Traunstein das Thema Effizienz und Einsparungspotential im Bereich Energie weiter forcieren. Ziel ist, Themen wie Energieeffizienz und Nutzung von Kleinwasserkraftwerken gemeindeübergreifend zu verfolgen und dadurch Energieressourcen zu sparen bzw. zu schonen.

Quelle: https://www.klimaundenergiemodellregionen.at/modellregionen/liste-der-regionen/getregion/65

Gemeinden: Traunkirchen, Altmünster, Gmunden, St. Konrad, Scharnstein, Gschwandt, Roitham, Kirchham, Vorchdorf, Bad Wimsbach-Neydharting und Laakirchen (OÖ): insgesamt 57.179 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Die Klima- und Energiemodellregion (KEM) Traunstein setzt den Schwerpunkt auf Kleinwasserkraft. Erhebungen ungenutzter Schwellen sowie Potenzialberechnungen wurden durchgeführt und Maßnahmen zur Effizienzsteigerung bestehender Anlagen und Entwicklung eines Bürgerbeteiligungsmodells für neue Anlagen wurden angedacht.

Der Weg zum Erfolg:
Die 13 Gemeinden der Traunsteinregion haben im Bereich der Regionalentwicklung verstärkt die Zusammenarbeit gesucht. So entstand im Jahr 2000 durch den Bau des Gmundner Technologiezentrums ein interkommunales Projekt, welches wesentlich zur Regionalentwicklung beiträgt. Mit der Strukturperiode 2007-2013 wurde auch der LEADER-Verein in der Traunsteinregion gegründet und somit eine weitere Regionalentwicklungseinheit geschaffen. Die Themenfelder „erneuerbare Energie“ und „Energieeffizienz“ wurden als wichtige Bereiche eingestuft und somit auch in den Aufgabenbereich der Klima- und Energiemodellregion Traunstein aufgenommen.

2010 schlossen sich die Gemeinden der LAG (LEADER) zur Klima- und Energiemodellregion zusammen. Die Schaffung der Modellregion war ein wichtiger Schritt in Richtung Energiewende, d.h. Umstieg von Kohle, Öl und Kernenergie auf erneuerbare Energieträger. Zusätzlich wurde die Verringerung des Energieverbrauchs als weiteres Ziel formuliert.

Die Schwerpunkte der Region liegen im Bereich Energieeffizienz und Nutzung von Kleinwasserkraft. Erhebungen und Berechnungen ungenutzter Schwellen und Potenziale für Effizienzsteigerung bei bestehenden Anlagen, sowie Konzepte von BürgerInnenbeteiligungsmodellen für neue Anlagen wurden und werden durchgeführt.

Zu den geplanten Maßnahmen zählen die Erstellung einer regionalen Energiebilanz, die Unterstützung bei der Auswahl bzw. beim geplanten Umstieg auf erneuerbare Energieträger bei gleichzeitiger Reduktion des Energieeinsatzes, Effizienzsteigerung bei bestehenden Kleinwasserkraftanlagen, Erhebungen des verfügbaren Potenzials an Kleinwasserkraft, Erstellung eines regionalen Betreiber- und Finanzierungsmodells, touristische Vermarktung der Modellregion innerhalb des Themas „Kleinwasserkraft“, sowie die nachhaltige Stromproduktion aus Kleinwasserkraft zu sichern.

Herausforderungen und Lösungen:
Durch die hohe Anzahl der Gemeinden ergibt sich, je nach Projekt, eine große Anzahl von Verantwortlichen welche in Entscheidungen eingebunden werden müssen, sowie ein erhöhter Verwaltungsaufwand. Meinungsunterschiede können zudem aufgrund der unterschiedlichen Größen der Gemeinden auftreten. Es ist daher wichtig, den jeweiligen Bedarf der Gemeinden zu ermitteln, um einerseits schnell auf ihre Bedürfnisse eingehen zu können, und andererseits die Deckung ihrer Bedürfnisse durch vorausschauendes Planen in der Zukunft sicherzustellen. Dabei ist die Kooperation vom Gmundner Technologiezentrum und dem LEADER Verein „Traunstein Region“ von zentraler Bedeutung, um gemeinsame Projekte erfolgreich zu managen.

Um eine gelungene Umsetzung zu sichern ist es wichtig, Bürger, Verantwortliche und lokale Unternehmen zu motivieren und den Erfolg von gesetzten Maßnahmen zu kommunizieren. Öffentlichkeitsarbeit schafft eine Identität, motiviert und sorgt für eine bessere Vernetzung der Gemeinden, durch welche Synergien genutzt werden können.

Erzielte Ergebnisse:
- Vorzeigebeispiel für gelungene, komplexe gemeindeübergreifende Kooperation beim Schlüsselthema „Energie“
- Bewusstseinsbildung bei der Bevölkerung für Energieeffizienz und erneuerbare Energie
- effiziente und nachhaltige Energieversorgung durch Photovoltaikanlagen
- Verbesserung der lokalen Wertschöpfung

Erzielte wirtschaftliche Ergebnisse:
- Reduktion der Energiekosten in der Region
- kosten- und rohstoffeffiziente Energieversorgung in der Region

Erzielte ökologische Ergebnisse:

- nachhaltige Energieversorgung (Forcierung der erneuerbaren Energiequellen, Verringerung des Energieverbrauchs, Steigerung der Energieeffizienz) der gesamten Region
- Einsparung von Strom und CO_2-Emissionen durch nutzen von Photovoltaikanlagen (ca. 227 t CO_2/pro Jahr)
- nachhaltige Stromproduktion aus Kleinwasserkraft sichern und ausbauen

Kontakt:

Klima- und Energiemodellregion Traunstein
Krottenseestraße 45
4810 Gmunden
Tel.: +43 (0)7612 9003
Email: traunsteinregion@tzs.at
Web: http://www.energie-salzkammergut.at/

Links zur weiterführenden Information:

http://www.energie-salzkammergut.at/
http://www.energie-salzkammergut.at/das-projekt/energie-modellregion/
https://www.klimaundenergiemodellregionen.at/assets/Uploads/bilder/doku/B068987_konzept.pdf
https://www.klimaundenergiemodellregionen.at/ausgewaehlte-projekte/best-practice-projekte/showbpp/151
https://www.klimaundenergiemodellregionen.at/showkem.php?id=B068987
https://www.klimaundenergiemodellregionen.at/showkem.php?id=B068987
http://www.traunsteinregion.at/pdf/LES/LES_Traunsteinregion_2014-2020.pdf

3.5 Gemeinsam den (Ab)wasserweg entlang

Die Gemeinde Pennewang schloss sich mit der Nachbargemeinde Gunskirchen zur gemeinsamen Nutzung der Kläranlage Gunskirchen zusammen. Die Abwässer werden dadurch über den Abwasserverband Welser Heide entsorgt. Dieses Vorhaben führte zur besseren Auslastung vorhandener Ressourcen und Einsparung einer zusätzlichen Kläranlage.

Quelle: CC0 Creative Commons

Gemeinden: Pennewang, Gunskirchen (OÖ): insgesamt 6.834 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Die Gemeinden Pennewang und Gunskirchen entsorgen ihre Abwässer über die Kläranlage Gunskirchen. Die gemeinsame Nutzung der Infrastruktur sorgt nicht nur für eine bessere Auslastung vorhandener Ressourcen, sondern spart auch Kosten und Fläche.

Der Weg zum Erfolg
Die Abwasserentsorgung in Pennewang erfolgte bis 2007 ausschließlich über Senkgruben. 2005 – 2007 wurde in der Ortschaft ein Kanalnetz verlegt. Die Errichtung einer eigenen Kläranlage war zwar ebenfalls angedacht, wurde jedoch zugunsten einer wirtschaftlich und ressourcenmäßig optimaleren Lösung aufgelassen: die Abwasserentsorgung sollte nun über die Kläranlage der benachbarten, größeren Gemeinde Gunskirchen erfolgen.

Das neu errichtete, moderne Kanalnetz in Pennewang sollte entsprechend auch gewartet werden. Hier wurde auf eine Kooperation mit der Gemeinde Gunskirchen eingegangen: Anfang 2007 wurde die Wartung der Kanalisation und des Pumpwerks in Pennewang sowie die Behebung von Störfällen seitens der Gemeinde Gunskirchen vertraglich geregelt. Die Alarmierung im Störfall erfolgt per SMS direkt an den diensthabenden Monteur in Bereitschaft in Gunskirchen. Auch diese Lösung erwies sich für beide Gemeinden als Vorteil: für die Gemeinde Pennewang war es nicht mehr notwendig selbst einen Störfalldienst zu organisieren, und Gemeinde Gunskirchen erzielte eine bessere Auslastung ihres für

Kanalarbeiten adaptierten Kommunalfahrzeuges. Die Abrechnung für die Leistungen erfolgt nach tatsächlichem Aufwand lt. Kostenrechnung der Gemeinde Gunskirchen.

Der Hauptsammler (Grünbachtalsammler) der Kläranlage Gunskirchen berücksichtigte bereits beim Bau, bzw. bereits beim Förderansuchen 2002 der Gemeinde Gunskirchen die Einleitung der Abwässer aus der Kläranlage Pennewang. Durch deren finanzielle Beteiligung an der Errichtung kam es zu Einsparungen für beide Gemeinden. Durch den Hauptsammler werden die Abwässer aus Pennewang der gemeinsamen Kläranlage zugeführt.

Herausforderungen und Lösungen:
Der Verzicht auf die Errichtung einer eigenen Kläranlage für die Gemeinde Pennewang stellte u.a. auch die Frage, ob die bestehende Kläranlage in der benachbarten Gemeinde Gunskirchen die Kapazität für das zusätzliche Abwasser hätte. Jedoch, bereits bei der Planung der Kläranlage in Gunskirchen (Förderansuchen im Jahr 2002), sah man grundsätzlich bereits die Möglichkeit vor, auch die Abwässer aus Pennewang aufzunehmen: Die berechnete zusätzliche Erhöhung des Leitungsquerschnittes erwies sich als sehr gering, somit konnte diese kostengünstig überwunden werden.

Erzielte Ergebnisse:
- bessere Auslastung vorhandener Ressourcen (Kommunalfahrzeug)
- Entlastung der Gemeinde Pennewang
- effizientes Arbeiten

Erzielte wirtschaftliche Ergebnisse:
- Kostenersparnis für Personal und Errichtung der Anlage
- bessere Auslastung des Kommunalfahrzeuges
- Kosteneinsparung für beide Gemeinden (Beteiligung Pennewang an der Errichtung des Hauptsammlers)

Erzielte ökologische Ergebnisse:
- sparsamer Umgang mit Ressourcen
- Einsparung von verbauter Fläche in der Gemeinde

Kontakt:
Abwasserverband Welser Heide
Kappern 73
4614 Marchtrenk
Tel.: +43 (0)7243 58391 0
Email: office@awv-welser-heide.at
Web: awv-welser-heide.at

Links zur weiterführenden Information:
http://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/Bericht_Abwasserentsorgung.pdf
http://awv-welser-heide.at/#xl_xr_page_Kontakt
awv-welser-heide.at

3.6 „Lach dir die Sonne an“

Die Nutzung der Sonnenenergie ist einer von vielen Schritten zu einer unabhängigen Energiezukunft. Um sie für BürgerInnen erlebbar zu machen, wurde 2006 in Niederösterreich die gemeindeübergreifende Solarkampagne „Lach dir die Sonne an“ ins Leben gerufen. Diese hatte zum Ziel, die Zahl der Solaranlagen zu verdoppeln und wurde von den Gemeinden Tullnerbach, Pressbaum und Wolfsgraben (NÖ) gemeinsam durchgeführt.

Quelle: http://www.energieberatung-noe.at/warmwasser-effizient-erzeugen

Gemeinden: Tullnerbach, Pressbaum, Wolfsgraben (NÖ): insgesamt 11.908 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
Ziel des Projekts war eine Verdichtung der Solaranlagen auf Gemeindegebiet durch vernetztes Arbeiten mit Nachbargemeinden. Des Weiteren beinhaltete das Konzept Investitionsförderungen für Solaranlagen durch die Gemeinde, Solarvorträge, Infostände bei Veranstaltungen und geführte Besichtigungsmöglichkeiten von Solaranlagen.

Der Weg zum Erfolg:
Auf die Fläche Niederösterreichs strahlt pro Jahr rund 200 Mal mehr Sonnenenergie ein als NÖ im Laufe eines Jahres insgesamt an Energie benötigt. Um dieses Potential auch effektiv nutzen zu können, wurde von 2006 bis 2008 die Initiative „Lach dir die Sonne an“ durchgeführt. Der Ökobau-Cluster Niederösterreich, angesiedelt in der Eco-plus GmbH, und die Arbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energie NÖ-Wien wurden mit der Umsetzung der Solarkampagne betraut und unterstützten alle Akteure rund um das Thema Solarenergie.

Mit der Kampagne setzte das Land Niederösterreich einen Anreiz für die Nutzung nachhaltiger Energiequellen und fördert gezielt den Einsatz von Solarenergie. Die Vorteile der Sonnenenergie sind, dass sie kostenlos, unabhängig von politischen Konstellationen und zuverlässig zur Verfügung steht und zudem CO_2- und schadstofffrei ist

Die Initiative beinhaltete verschiedene Maßnahmen zur Förderung nachhaltiger und erneuerbarer Energie. Neben Förderungen für Solarwerber bot die Gemeinde Tullnerbach Besichtigungsmöglichkeiten von Solar-, Pellets-, und Photovoltaikanlagen, Infostände bei Veranstaltungen sowie Solarvorträge an.

Medienkampagnen warben für Solarenergienutzung in NÖ sowie die verschiedenen Module und Veranstaltungen der Kampagne. Gemeinsam mit Partnerinstallateuren und Partnerfirmen wurde das NÖ Solarset als Warmwassersolaranlage angeboten. Dieses bestand aus 6m² hochwertigen Kollektor, einem 300l Solarspeicher und alle für den Betrieb benötigten Materialien. Nach Abzug der nichtrückzahlbaren Förderung von 1500€ blieben 4860 für den Förderungswerber als schlüsselfertige Solaranlage.

2007 wurde die Kampagne um einen Photovoltaikschwerpunkt erweitert und Direktförderungen für PV-Anlagen eingeführt. Vom Land Niederösterreich werden Förderungen in der Höhe von max. 30% (max.1500€) bei Solaranlagen zur Warmwasseraufbereitung, 30% (max. 2200 €) bei Solaranlagen zur Warmwasseraufbereitung und Zusatzheizung und bei Photovoltaikanlagen pro installierte Kilowattpeak (kWp) bis zu 2500 € zur Verfügung gestellt.

Einen der Höhepunkte der gestarteten Kampagne bildete ein Gemeindewettbewerb, bei dem die erfolgreichste Solargemeinde Niederösterreichs gesucht wurde. Kriterien waren die Anzahl der Quadratmeter an Sonnenkollektoren pro EinwohnerIn, ein überzeugendes Zukunftskonzept für die erweiterte Sonnenenergienutzung bis zum Jahr 2010, sowie die Veröffentlichung dieses Konzepts in der Gemeindezeitung. Insgesamt haben 17 Gemeinden aus ganz Niederösterreich an dem Wettbewerb teilgenommen. Deren Teilnahme und aktive Mitarbeit waren die Bestätigung dafür, welch großes Potential Sonnenenergie hat und wie aktiv Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit in den Gemeinden geleistet wird.

Auch wenn die Initiative bereits seit längerem beendet ist, hat Sonnenenergie nach wie vor einen großen Stellenwert in Niederösterreich. Demnach setzt das Land Niederösterreich sein Engagement für die Nutzung erneuerbarer Energieträger durch verschiedene Förderungen fort.

Herausforderungen und Lösungen:
Trotz der vielen Vorteile gemeindeübergreifender Arbeit gab es im Vorfeld Probleme mit den gemeinsamen Beschlüssen der drei teilnehmenden Gemeinden Tullnerbach, Pressbaum und Wolfsgraben. Als Herausforderungen stellten sich Termine, Höhe von Förderungen oder die Finanzierung von Aussendungen dar. Hierbei war es wichtig, dass sich die Verantwortlichen und beteiligten Personen in regelmäßigen Abständen die Zielvorgaben und das Konzept vor Augen hielten um aktiv an der Initiative dranbleiben zu können, sowie regelmäßige Treffen vereinbarten.

Erzielte Ergebnisse:

- Erhöhung des Anteils an erneuerbarer Energie
- Bildung und Erhalt regionaler Netzwerke
- Stärkung des Zusammenhalts von Gemeinden – Förderung von Kooperationen
- verstärkte Beschäftigung der Bevölkerung mit dem Thema Energie und Energiezukunft
- durch gemeindeübergreifende Kooperation Verminderung des Aufwands für Organisation von Veranstaltungen etc.

Erzielte ökologische Ergebnisse:

- forcierter Umstieg auf erneuerbarer Energie
- Einsparungen von Strom (neugebautes Einfamilienhaus 8 kW Heizlast mit einem Wärmebedarf von ca. 4.500 kWh für Warmwasser und ca. 15.000 kWh für Heizung; ca. 1.400 Euro Heizkosten pro Jahr (neue Gasheizung))
- CO_2- und schadstofffrei

Kontakt

AEE Arbeitsgemeinschaft erneuerbare Energie NÖ-Wien
Karolinengasse 32/1
1040 Wien
Tel.: 01 / 710 75 23
E-Mail.: aee@aee.or.at

Links zur weiterführenden Information:

http://www.klimabuendnis.at/lach-dir-die-sonne-an-tullnerbach
http://www.klosterneuburg.at/gemeindeamt/download/222262612_1.pdf

3.7 Ökoregion Kaindorf – gemein(de)sam für Ressourceneffizienz

Im April 2007 wurde die Ökoregion Kaindorf (Bezirk Hartberg, Steiermark) als vereinsrechtlicher Zusammenschluss von 6 Gemeinden (Dienersdorf, Ebersdorf, Hartl, Hofkirchen, Kaindorf, Tiefenbach) gegründet, mit dem Ziel, als Vorbildregion für eine ökologische und nachhaltige Kreislaufwirtschaft zu wirken. Im Jahr 2014 trat auch die Gemeinde Großhart bei. Aufgrund der Gemeindestrukturreform beteiligen sich seit 2015 die Gemeinden daran als Gemeinden Ebersdorf, Hartl und Kaindorf.

ÖkoregionKaindorf

Quelle: https://www.oekoregion-kaindorf.at/projekte.94.html

Mitwirkende Gemeinden: Dienersdorf, Ebersdorf, Großhart, Hartl, Hofkirchen, Kaindorf, Tiefenbach, Großhart (Stmk); seit 2015 als Ebersdorf, Hartl, Kaindorf
Einwohnerzahl: insgesamt rd. 6.340

Durchgeführte Maßnahme(n):
Mehr als 250 Projekte wurden bzw. werden in den folgenden Themenbereichen von den beteiligenden Gemeinden gemeinsam durchgeführt:

- Humusaufbau/Landwirtschaft (Seminare, Sammelgutbestellungen, Bodenbeprobung, Humusaufbau Hof, Baum-Pflanz-Aktion, etc.)
- Bewusstseinsbildung und Kaufverhalten (Plastiksackerl frei seit 2011, FAIRTRADE Region, jährlicher Pflanzentauschmarkt mit Ursamen, ökologische Jausenbox, zahlreiche Vorträge und Workshops: klimabewusstes Einkaufen, FAIRTRADE Bekleidung, ökologische Putz- und Kosmetik Artikel, Footprint, Schulprojekte, Green-Shop – Second-Hand mit Qualität etc.)
- Mobilität (Einführung von e-Mobilitätsmitteln, Schrittzähler, Fahrradfachgeschäfte, Radwegkarte, Ausbau des Radwegenetzes, e-Ladestationen, 24-Stunden Biken für den Klimaschutz, Alternativtreibstoffe, BikeLine und BikeLine Checkpoints etc.)
- Wohnbau/Sanierung (Gruppenthermografie für Haushalte, vereinfachter Sanierungsleitfaden, Muster-Würfel aus NAWAROS, Sanierungsberatung & Gewinnspiel, Energieberatung, Sanierungsvorträge, Informationsbroschüre zum Dämmen, etc.)
- Heizen/Strom (Pelletskooperation mit Lagerhaus Hartberg, PV-Kraftwerk-Speicher-Initiative, Gutscheinmodell für Solarthermie- oder PV-Anlagenbau, PV-Beteiligungsgesellschaft, gekoppelte Energiebereitstellung, Infrastruktur Biomassebereitstellung, PV-Anlage auf Kläranlage, Bau von PV-Anlagen, etc.)
- Energiesparen (Energiemonitoring, Verleih von Strommessgeräten, Erneuerung der Straßenbeleuchtung, Analyseprogramm Stromverbrauch, etc.)

- Tourismus (Radrundwege durch die Ökoregion, Radwandertag, Infobroschüre für die Gäste – nachhaltige Ökoregion)
- Wasser/Wind (Revitalisierung von Wasserkraftanlagen, Vorträge, Exkursionen, Windpotenzialerhebung)
- Förderabwicklungen (Direktförderung beim Kauf von e-Fahrzeugen (bei Ökostrombezug), einheitlich überdurchschnittlich hohe Gemeindeförderungen für Investitionen im Bereich erneuerbarer Energieträger, Biomasseheizungsumstellung - Direktförderung vom Verein Ökoregion Kaindorf)
- Bildung sowie Forschung & Entwicklung (RKO-Ertragssteigerung durch Gülle-Kohle, Aktionstage mit allen Volksschulen, Climate needs Farmers, Humusaufbau-MUFLAN, Huminsäuren-Stabilität, Biochar (Pflanzenkohle), Bürger-Engagement für nachhaltige Energie, Ausrichtung der regionalen Hauptschule als „Öko-Hauptschule", Workshops zum Thema Klimaschutz, regionales Energiekonzept zum Einsatz erneuerbarer Energiequellen, Einkaufsmobilität und Energieverbrauch verschiedener Einkaufssituationen, Klimaschutzprojekte mit Kindergärten, etc.)
- Bildungsprojekte mit Bildungseinrichtungen (FAIRTRADE Bananen Challenge, FAIRTRADE Workshops in den Schulen und Kindergärten, Ökoregion in Social Media (Facebook), Bioapfel, demographischer Wandel, Ökostromproduktion, Energieeffizienz, nachhaltiges Bauen und Sanieren, Bewusstseinsbildung, etc.)
- Kommunikation (Jubiläumsbroschüre 10 Jahre Ökoregion Kaindorf, Jubiläumsgewinnspiel, Humustage DVD-Filmmitschnitte, Filmrechte von "Humus die vergessene Klimachance", Schmankerltour – Genusswirte, professionelle Website, Broschüren, einheitliches Auftreten der Ökoregions-Marke, monatliche Ökotipps, „Einblick“ – regionale Zeitung der Ökoregion, Fernseh-, Radio- und Printmedien-Auftritte, etc.)
- organisatorische Maßnahmen (Anlaufstelle für Fragen der Bevölkerung (tägliche Bürozeiten), Arbeitsgruppenbesprechungen, Produktpräsentationen, Verfassen von Protokollen und Texten, offizielles Schreiben, Buchhaltung und finanzielle Abwicklung, etc.)
- Verschiedenes (Regionspartnerschaft mit Ravno Polje (Slowenien), West-Ungarn und Velica Gorica (Kroatien), Benefiz Veranstaltung (mit "Steirer helfen Steirern"), Klima-Staffel, Klima- und Energiemodellregion-Maßnahmen, KLAR! Klimawandelanpassungsmodellregion, kleinregionales Entwicklungskonzept, Fußball-Spielgemeinschaft Ökoregion Kaindorf, Tourismusverband, Tischtennisverein, Führungen von Besuchergruppen, CO_2-neutraler Strom, CO_2-Datenerhebung, Firmen-Partnerschaften, Nachhaltigkeitskriterien, etc.)

Der Weg zum Erfolg:

Anfang 2007 hielt Frau Univ.-Prof. Dr. Helga Kromp-Kolb in Hartberg einen Vortrag über die mittlerweile unausweichlichen Folgen des Klimawandels und stellte den IPCC Bericht 2007 vor. Den GemeindebewohnerInnen wurde klar: es muss sofort gehandelt werden, denn jede und jeder kann und muss seinen Beitrag zur Abwendung der Klimakatastrophe leisten.

Am 16. März 2007 fand in Kaindorf ein weiterer Vortrag von Frau Univ.-Prof. Dr. Helga Kromp-Kolb statt, welcher gleichzeitig der Kick-off für die kooperierenden Gemeinden war. Die gemeinsame Entscheidung hieß, selbst Initiative zu ergreifen, bevor es zu spät wird. Bei der zweiten, nachfolgenden Veranstaltung waren bereits 350 MithörerInnen anwesend. Die

Fragen, die im Raum standen, befassten sich mit Möglichkeiten für Energieeinsparung – und zwar für alle, von der BürgerIn über den Handel und Produktionsfirmen bis zur Landwirtschaft. Am 6. April 2007 wurde der Verein Ökoregion Kaindorf gegründet. Thematische Arbeitskreise, bestehend aus Vertretern der BürgerInnen, der Verwaltung, der Wirtschaft und des Handels in den teilnehmenden Gemeinden, sind Mitglieder im Verein. Die BürgermeisterInnen der Gemeinden und relevante Stakeholder der Region sind im Vorstand als Bindeglied zur Bevölkerung vertreten.

Es wurde klein, aber auf breitem Fuß begonnen: 2007 war eines der ersten Ziele der beteiligten Gemeinden noch im selben Jahr Plastikeinkaufstaschen durch umweltfreundliche Alternativen in der Region zu ersetzen. Dazu wurde nicht nur Öffentlichkeitsarbeit unter der Bevölkerung betrieben, sondern wurden auch der Einzelhandel und die Hersteller miteinbezogen. So erklärte sich ein in der Nachbarschaft angesiedeltes KMU (die Firma „Stenqvist“) bereit, in seiner Produktionslinie die Herstellung von umweltfreundlichen Papiereinkaufstaschen zu übernehmen. Damit niemand beim Einkaufen „die Mehrwegtasche Zuhause vergessen hat“, wurde das System für Sammlung von Stempeln auf der Papiereinkaufstasche für ein Gewinnspiel eingeführt. Innerhalb von 3 Monaten hieß es bereits erfolgreich „Plastiksackerl – adé!“.

Parallel dazu wurden ähnliche Initiativen in mehreren Bereichen gestartet, bis das gesamte Spektrum von Bodenschutz (z.B. durch Humusaufbau) über Energieeinsparung Zuhause, im Betrieb oder im Büro sowie der Umstieg auf E-Mobilität und Rad- statt Autofahren dauerhaft abgedeckt wurde.

Im November 2007 wurde ein Büro der Ökoregion Kaindorf eingerichtet, welches die schnelle und unbürokratische Abwicklung von Förderanträgen für rasche und nachhaltige Energieeinspar- und Umweltschutzmaßnahmen sicherte. Das Büro initiierte zudem selbst solche Projekte.

Viele der Projekte wurden auch mittels Förderungen implementiert, wie beispielsweise die Projektreihe (2009–2010–2011) zum Humusaufbau in der Ökoregion Kaindorf, welche gemeinsam mit der Universität für Bodenkultur Wien umgesetzt und von der FFG finanziell unterstützt wurde. Auch Sponsoren sorgen für den Erfolg der Klimaschutz- und umwelterhaltenden Initiativen. Die Region ist seit 2009 eine Klima- und Energie Modellregion sowie seit 2017 auch eine KLAR! Klimawandelanpassungsregion, für die Implementierung dieser gibt es ebenfalls Förderungen vom Klimafonds. Eine zusätzliche Finanzierungsschiene wurde durch Vereinsmitglieder sowie durch Mitgliederbeiträge aufgebaut: Personen-Mitgliedschaften sind ab 10 Euro beziffert, die Gemeinden leisten ebenfalls pro EinwohnerIn einen Gemeindebeitrag von 10 Euro. Die Initiative hat mittlerweile auch den Grenzübertritt erfolgreich gemeistert: Vereinsmitglieder sind nicht nur in Österreich zahlreich vorhanden, sondern kommen auch aus dem Ausland, z.B. aus Deutschland.

Herausforderungen und Lösungen:

Die höchste Hürde, welche zu Beginn der gemeindeübergreifenden Kooperation zu überwinden war, war die Akzeptanz und das Gewinnen der Bevölkerung zum Mitwirken. Die Lösung lag nicht nur in einer stufenweise getakteten Zielsetzung mit entsprechend abgestimmter Öffentlichkeitsarbeit, sondern parallel in der Einbindung aller relevanten Stakeholder: alle Bevölkerungsschichten, Wirtschaft, Landwirtschaft, Bildungswesen (Schulen) sowie Verwaltung wurden involviert. Somit war nicht nur das Bündeln aller Kräfte gesichert, sondern auch ein facettenreiches Denken mit innovativen Ideen aus verschiedenen

Sichtweisen. Und diese Vorgehensweise erwies sich auf Dauer als der Weg zum Erfolg: die BewohnerInnen der Ökoregion sind, mit gutem Grund, auf ihr Engagement stolz - und mutig, sich weiter gemeinsam für die Erhaltung unserer Umweltqualität einzusetzen.

Auszeichnungen: für mehr als 250 umgesetzte Projekte:
Energy Globe Austria 2016, Nominierung „Humusaufbauprojekt“
Energy Globe Styria 2016, Nominierung „Humusaufbauprojekt“
Best of green award Österreich 2016, 24-Stunden-Biken
Green Event 1. Platz 2015, 24-Stunden-Biken
KEM Projekt des Jahres 2015
SO:FAIR Auszeichnung 2015, Stofftragetaschen
Green Event 1. Platz 2014, 24-Stunden-Biken
Green Event 2. Platz 2013, 24-Stunden-Biken
TRIGOS-Österreich & EUROPEAN CSR AWARD 2013, Malerei Herbsthofer
GREEN BRANDS 2012 - 2013
Sportlich zur Nachhaltigkeit, Nominierung 2012
FAIRTRADE Region 2011
Klimaschutzpreis, Nominierung 2010
Klimaschutzpreis, Nominierung 2009
Zukunftsgemeinde 2008
Preis für Umweltinitiativen 2008
klima:aktiv Auszeichnung 2008
Zukunftsgemeinde 2007

Erzielte Ergebnisse:

- Breit angesetztes, langfristig ausgerichtetes und bereits umgesetztes Konzept zum Umstieg der Gemeinde(n) auf ein Kreislaufwirtschaftsmodell: Energieeinsparung und CO_2-Ausstoßreduktion, verstärkter Einsatz erneuerbarer Energieträger, Abfallvermeidung, Einkauf nach Nachhaltigkeitskriterien (z.B. FAIRTRADE), Mobilität
- Humusaufbauprogramm: in ganz Österreich mehr als 150 Landwirte beteiligt mit mehr als 1.600 Hektar Ackerfläche nachhaltiger Bewirtschaftung. Durch den Humusaufbau wird CO_2 in großen Mengen im Boden gebunden und in weiterer Folge das Klima geschützt. Unterstützend wirkt der Handel mit Humus-Zertifikaten zur Kompensierung von nicht vermeidbarem CO_2-Ausstoß.
- Vorbild für andere Gemeinden: z.B. durch Erfahrungsweitergabe an Ravno Polje (Slowenien) und West-Ungarn
- Verankerung der Nachhaltigkeit in den nächsten Generationen durch Einbindung der Schulen

Erzielte ökologische Effekte:

- Reduktion des Energieverbrauchs und der CO_2-Emissionen durch Energieeinsparungen, verstärkten Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen (NAWARO), E-Mobilität, Humusaufbau
- Vermeidung von Kunststoff- und Aluminiumabfällen; Green Events
- Sensibilisierung und Einbindung der Bevölkerung und der Schulen

Kontakt:
Verein Ökoregion Kaindorf – Frau Margit Krobath
8224 Kaindorf 15
Tel.: +43 (0)3334 31426
Email: office@oekoregion-kaindorf.at
Web: www.oekoregion-kaindorf.at

Link zur weiteren Information:
https://www.oekoregion-kaindorf.at/oekoregion.92.html
Projektübersicht: https://www.oekoregion-kaindorf.at/index.php?id=328

3.8 (eCar)sharing is caring

Seit 2016 gibt es in 5 Gemeinden im Bezirk Mödling ein E-Carsharing Modell mit 5 e-Fahrzeugen. Inzwischen haben sich weitere Gemeinden angeschlossen. Durch die Verwendung von Elektrofahrzeugen konnten CO_2-Emissionen gespart und ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.

Quelle: https://www.meinbezirk.at/moedling/lokales/e-car-neues-auto-neue-station-d2188473.html - ©Willy Kraus

Gemeinde: Mödling, Perchtoldsdorf, Brunn am Gebirge, Maria Enzersdorf, Guntramsdorf (NÖ), insgesamt 63.583 EW

Durchgeführte Maßnahme(n):
In 5 Gemeinden im Bezirk Mödling wurde die Möglichkeit geschaffen, Elektroautos für die täglichen Wege, wie zum Beispiel für Einkäufe und Ausflüge, ausborgen zu können. In den Gemeinden steht jeweils ein Elektroauto an einem fixen Standort mit Elektro-Tankstelle zur Verfügung. Die Modelle werden von der betreuenden Firma (EUROPCAR) regelmäßig gegen neue ausgetauscht – die neuen Modelle (Stand Juni 2018) haben eine beachtliche Reichweite von 300 km bevor sie aufgeladen werden müssen.

Der Weg zum Erfolg:
Im Mai 2016 startete der Betrieb von „E-CARREGIO“ im Bezirk Mödling in den fünf Gemeinden Mödling, Perchtoldsdorf, Brunn am Gebirge, Maria Enzersdorf und Guntramsdorf. Die Fahrzeuge wurden der Öffentlichkeit präsentiert und viele BesucherInnen nutzten die Möglichkeit und informierten sich über das Projekt. Ein einfaches Reservierungssystem und zwei Tarifmodelle machen das Konzept attraktiv, gute Auslastungszahlen der Fahrzeuge beweisen den Erfolg des Projektes. Inzwischen sind drei weitere Gemeinden (Biedermannsdorf, Wiener Neudorf sowie Vösendorf) dabei, in Mödling gibt es bereits ein zweites Fahrzeug. Das neue Fahrzeug weist eine bessere Reichweite auf und steht den MitarbeiterInnen des Wirtschaftshofes für Dienstfahrten zur Verfügung. Ansonsten kann dieses Elektroauto auch von den Mitgliedern des Mödlinger e-Carsharings genutzt werden.

Herausforderungen und Lösungen:
Ein wesentlicher Aspekt bei der Umsetzung von Carsharing-Projekten stellt die Wahl des Standplatzes des Elektroautos und der Elektro-Tankstelle dar, welcher möglichst zentral und gut erreichbar sein sollte. Im Gegensatz zu anderen Car-Sharing-Anbietern, bei denen die Autos entweder auf einem reservierten Parkplatz oder sogar frei auf Parkplätzen innerhalb eines bestimmten Gebietes abgestellt werden können, muss das Auto bei der Elektro Tankstelle geparkt werden, damit auch der nächste Nutzer ein geladenes, betriebsfähiges Auto vorfindet. Eine einmalige Anmeldung zum e-Carsharing muss persönlich erfolgen, danach funktioniert die Reservierung unkompliziert online. Die gute Auslastung bestätigt, dass diese kleinen Herausforderungen der Beliebtheit des Service keinen Abbruch tun.

Erzielte Ergebnisse:
- Vorbild für andere Gemeinden hinsichtlich interkommunaler Vernetzung
- bessere Auslastung vorhandener Ressourcen durch die gemeinsame Nutzung der Fahrzeuge durch MitarbeiterInnen und BürgerInnen
- Gewinn von Lebensqualität durch Verbesserung der Mobilität der BürgerInnen bzw. weniger Abhängigkeit von öffentlichen Verkehrsmitteln

Erzielter wirtschaftlicher Effekt:
- Kostenersparnis durch die gemeinsame Nutzung der Fahrzeuge durch MitarbeiterInnen und BürgerInnen

Erzielter ökologischer Effekt:
- Reduktion der CO_2-Emissionen durch Nutzung erneuerbarer Energieträger

Kontakt:
Energie- und Umweltagentur Niederösterreich
Grenzgasse 10, 3100 St. Pölten
Tel: +43 (0)2742 21919
Email: office@enu.at
Web: https://www.enu.at/

Links zur weiteren Information:
https://www.moedling.at/e-carsharing-Modell_im_Bezirk_Moedling
https://www.moedling.at/Umwelt_Energie_Verkehr_Stadtentwicklung/Verkehr/Autofahren_in_Moedling/E-Tankstellen

3.9 Zwei Gemeinden – eine Idee

Die beiden Nachbargemeinden Kundl und Breitenbach in Tirol sind ein bestes Beispiel dafür, dass „Mitanond“ vieles leichter geht. Bereits seit den achtziger Jahren sind die vielfältigen Aufgaben im Gesundheits- und Sozialsprengel Kundl/Breitenbach gebündelt. Das gemeinsam eröffnete Sozialzentrum „mitanond“ ist die neueste Kooperation zwischen den zwei Gemeinden.

Quelle: https://www.tirol2050.at/de/geschichten-des-gelingens/mitanond/

Gemeinden: Kundl, Breitenbach (Tirol)EW insgesamt 7752

Durchgeführte Maßnahmen:
Durch gemeinsame Ideen haben die beiden Orte Kundl und Breitenbach Möglichkeiten des Austausches und der Zusammenarbeit gefunden: Neben einem gemeinsamen Kompostierplatz, einer Einrichtung zur Kleinkinderbetreuung und einer Wertstoffsammelstelle teilen sich Kundl und Breitenbach seit dem vergangenen Jahr nun auch ein modernes Sozialzentrum.

Der Weg zum Erfolg:
Die beiden Nachbargemeinden Kundl und Breitenbach teilen sich durch interaktive Zusammenarbeit mehrere Einrichtungen, und können so beiderseits viele Vorteile daraus erzielen. Bereits seit den achtziger Jahren sind die vielfältigen Aufgaben in der ambulanten Pflege und Betreuung im Gesundheits- und Sozialsprengel Kundl/Breitenbach gebündelt.

Das gemeinsame Sozialzentrum „Mitanond“, das 2015 eröffnet wurde, ist nicht die einzige Einrichtung, die von beiden Gemeinden betrieben wird. Eine Einrichtung zur Kleinkinderbetreuung, ein gemeinsamer Kompostierplatz und eine Wertstoffsammelstelle

prägen das Bild dieser zwei Ortschaften. Dadurch, dass die Kompostieranlage mit einem Schranken ausgestattet ist, ist die Einfahrt mittels Bürgerkarte möglich. Damit ist nun ein mannloser Betrieb möglich, d.h. Baum- und Strauchschnitt können ganztägig angeliefert werden.

Bevor das Sozialzentrum „Mitanond" in zentralster Lage in Kundl entstand, wurde ein wichtiger und intensiver Diskussionsprozess über die künftigen Anforderungen und das erforderliche Leistungsangebot geführt. Mit sorgfältiger Planung wurde ein Zentrum errichtet, das neben den sozialen und kommunikativen Aspekten vor allem durch seine Energieeffizienz besticht. Neben dem Neubau, bestehend aus drei Geschossen, einer Tiefgarage und einer Grün- und Gartenanlage, sind auch Einrichtungen wie eine Bücherei und ein physiotherapeutisches Institut untergebracht. Durch die Zentrumsnähe sind alltägliche Erledigungen wie Einkäufe und Bankgeschäfte den BewohnerInnen zu Fuß möglich.

Herausforderungen und Lösungen:
In beiden Gemeinden war vor Errichtung des „Mitanond" ein Sozialzentrum von Nöten. Dadurch, dass für zwei Gemeinden nur ein Gebäude errichtet wurde, konnte vieles effizienter und komprimierter gestaltet, und somit nochmal zusätzlich Energie und Kosten gespart werden. Das Zentrum kann vor allem durch seine ressourcenschonende bautechnische Ausführung begeistern.

Mit der Installation einer 36 kWp Photovoltaikanlage setzt man auf eine effiziente Energieversorgung, und auch die Wärme bezieht das Sozialzentrum ganz im Sinne der Nachhaltigkeit aus Fernwärme. Um die Lebens- und Wohnqualität der BewohnerInnen steigern zu können, wurde ein kontrollierte Wohnraumlüftung installiert. Ein doppelter Gewinn für Mensch und Umwelt also.

Jährlich werden in der Küche des Sozialzentrums rund 34.000 Mittagessen zubereitet. Um auch hier möglichst ressourcenschonend und nachhaltig arbeiten zu können, handelt das Zentrum ganz nach den Interessen von „TIROL 2050 energieautonom". In der Küche wird nicht nur auf Frische und Qualität der Produkte geachtet, sondern auch viel Wert auf die Verwendung von Lebensmitteln aus der Region gelegt. Denn was von Seiten des Landes seit Kurzem von allen Großküchen gefordert wird, nämlich die Verwendung regionaler Erzeugnisse um die eigene Wirtschaft im Sinne der Nachhaltigkeit zu stärken, wird im Sozialzentrum „Mitanond" bereits seit Längerem in die Tat umgesetzt.

Erzielte Ergebnisse:
- Stärkung des Zusammenhalts – Förderung der Gemeinschaft
- Förderung der Attraktivität des Sozialzentrums durch zentrumsnaher Lage
- Gewinn von Lebensqualität
- Förderung der Komposttätigkeit der Bevölkerung durch gemeinsame Anlage

Erzielte wirtschaftliche Effekte:
- Ankurbelung der regionalen Wirtschaft
- Einsparung von Kosten durch Errichtung von gemeinsamen Einrichtungen wie Kompostieranlagen, Sozialzentrum und Kindertagesstätten

Erzielte ökologische Effekte:

- effiziente Energieversorgung
- Nutzung erneuerbarer Energieträger
- Verwendung regionaler Erzeugnisse – Einsparung an CO_2 Emissionen durch geringere Transportstrecken der Lebensmittel – Förderung der Nachhaltigkeit

Auszeichnungen:

- Anerkennungspreis des Tiroler Energiepreises 2015

Kontakt:

Gemeindeverband Sozialzentrum Kundl Breitenbach
Biochemiestraße 23
6250 Kundl
Tel.: +43 (0)5338 20123
Fax.: +43 (0)5338 20123 409
E-Mail.: office@mitanond.net

Tirol 2050
Südtiroler Platz 4
6020 Innsbruck
Tel.: +43 (0)512 589913
Fax.: +43 (0)512 589913-30
E-Mail.: info@tirol2050.at

Links zur weiterführenden Information:

http://mobileapps.tt.com/panorama/gesellschaft/11499421-91/zwei-gemeinden-eine-idee.csp?tab=diskussion
http://mitanond.net/ueber-uns/

3.10 Verwertung statt Entsorgung

Nach dieser Devise werden in der Region Vorderland-Feldkirch zwei überregionale Altstoffsammelzentren (ASZ) errichtet. Durch die Trennmöglichkeiten kann die Restmüllmenge drastisch reduziert werden. Somit wird ein Beitrag zum nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen geleistet. Denn: die Abfälle von heute sind die Rohstoffe von morgen.

Quelle: http://www.vorderland.com/die-region/projekte-aktivitaeten/altstoffsammelzentrum

Region: Vorderland-Feldkirch (Vorarlberg)

Durchgeführte Maßnahmen:
2014 wurde in der Region Feldkirch ein ASZ für 13 Gemeinden errichtet. Aufgrund der vielen Vorteile die sich durch ein regionales ASZ ergeben sowie der sehr guten positiven Rückmeldungen der Bevölkerung, wird im Jahr 2019 ein weiteres ASZ in der Region Vorderland, das 11 Gemeinden umschließt, in Betrieb genommen.

Der Weg zum Erfolg:
2014 wurde mit dem vollendeten und fertig gestellten Altstoffsammelzentrum in der Region Feldkirch ein Meilenstein in Bezug auf Abfalltrennung auf dem erweiterten Areal des bestehenden „Wertstoffhofes“ gesetzt. Das ASZ hat eine Gesamtfläche von 3700 m², deren Kernstück die aus Holz errichtete Halle ist, welche eine Fläche von 2360 m² hat. Diese bietet viele Vorteile im Vergleich zu den vorherigen, viel zu kleinen Sammelstellen: mehrere, bis zu 40 m³ fassende Containern für verschiedene Abfallfraktionen – alles kann bequem von oben befüllt werden. Des Weiteren bieten regionale Altstoffsammelzentren sowohl für die Bevölkerung, als auch für beteiligte Kommunen eine Reihe von Vorteilen: durch kundenfreundliche Öffnungszeiten müssen Altstoffe nicht mehr zu Hause zwischengelagert werden, sondern können unkompliziert in Verbindung mit anderen Fahrten im ASZ abgegeben werden.
Die große Anzahl an verschiedenen Abfallarten ermöglicht eine weitestgehend sortenreine Entsorgung. Wertstoffe können einer sinnvollen Weiterverarbeitung zugeführt werden. So hat

nicht nur der Kunde weniger für die Entsorgung zu bezahlen, auch die Betreibergemeinden haben einen höheren Vorteil, da durch die Sortenreinheit höhere Erlöse für die Wertstoffe erzielt werden.

Aufgrund der zahlreichen positiven Rückmeldungen sowie der vielen Vorteile die sich durch ein überregionales ASZ ergeben, haben sich die Gemeinden des Vorderlandes dazu entschieden in der Abfallwirtschaft gemeinsam Wege zu beschreiten – das Projekt ASZ Vorderland wurde daher 2017 vorrangig vorangetrieben. Für den Betrieb ist eine Kooperationslösung mit dem ASZ Feldkirch vorgesehen, diesbezügliche Planungen laufen bereits auf Hochtouren. Der Baubeginn des ASZ Vorderland ist für Mitte 2018 anvisiert, eine Inbetriebnahme ist für 2019 vorgesehen. Dann wird den BürgerInnen der Vorderland-Gemeinden ein hochmodernes Recyclingzentrum zur Verfügung stehen, das in Sachen Abfallverwertung und Bürgerservice neue Standards in der Region setzen wird.

Herausforderungen und Lösungen:
Anfängliche kritische Meinungen, dass die Distanz zwischen dem ASZ und diverser kleinerer Gemeinden zu groß ist, und diese damit nicht derartig intensiv genutzt werden, konnten schnell aus dem Weg geräumt werden. Das ASZ Feldkirch hat seinen Betrieb 2014 erfolgreich aufgenommen und kommt bei den Gemeinden – auch bei jenen deren Distanz zum ASZ größer ist – bestens an.

Um Platzprobleme aufgrund der erwarteten hohen Besuchermengen vermeiden zu können, ist eine durchdachte Planung des ASZ von Nöten. Zwei Halte- und Fahrspuren garantieren eine staufreie Abwicklung für die Kunden. Um Kollisionen zu vermeiden, wird der Wechsel der Container über eine separate Zufahrt im hinteren Bereich der Halle vollzogen - doppeltes Platzangebot erleichtert hier also einiges.

Wer künftig im ASZ Abfälle abliefert, „zieht“ an der Einfahrtsschranke ein Tagesticket. Die Abrechnung der eingeworfenen Mengen wird durch eine Waage erfasst und über das Ticket abgewickelt. Bezahlt werden kann vor Ausfahrt mit Kredit- oder Bankomatkarte, sowie über einen Kassenautomaten. Eine einfache Orientierung in der Halle, sowie eine simple Handhabung des Ticketsystems fördert die Attraktivität des modernisierten und automatisierten ASZ immens.

Auszeichnung:
Award „best architects 16“ in Düsseldorf

Erzielte Ergebnisse:
- durch kundenfreundliche Öffnungszeiten keine Zwischenlagerung der Altstoffe zuhause erforderlich
- die große Anzahl an Abfallarten (über 50) ermöglicht eine weitestgehend sortenreine Entsorgung
- Stärkung des Zusammenhalts in der Region – Förderung der Gemeinschaft
- verkürzte Transportwege (damit einhergehend eingesparte CO_2-Emissionen) durch die Verwendung heimischer Baumarten

Erzielte wirtschaftliche Effekte:

- Aufgrund der Weiterverarbeitung von Wertstoffen – Vorteil für Betreibergemeinden→ durch höhere Sortenreinheit, höhere Erlöse für die Wertstoffe – Vorteil für Kunden→geringere Kosten
- Förderung der regionalen Wirtschaft durch Verwendung heimischer Baumaterialien

Erzielte ökologische Effekte:

- Verringerung des Restmüllaufkommens durch weitestgehend sortenreine Entsorgung – Beitrag zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen
- Zuführung der Wertstoffe einer sinnvollen Weiterverarbeitung

Kontakt:
Verein Region Vorderland-Feldkirch
Regio-Manager Mag. Christoph Kirchengast
Hummelbergstraße 9
6832 Sulz
Tel: +43 676 83491450
Email: christoph.kirchengast@vorderland.com
Web: www.vorderland.com

3.11 Meister der Zusammenarbeit!

Interkommunale Zusammenarbeit wird hier großgeschrieben! 15 Mitgliedsgemeinden des Reinhalteverbandes Mühltal, und neun Gemeinden der Region Böhmerwald haben sich im Jahr 2013 zum Reinhalteverband (RHV) Mühltal & Region Böhmerwald zusammengeschlossen.

Quelle: https://www.meinbezirk.at/rohrbach/wirtschaft/abwasserwirtschaft-arbeitet-zusammen-d1241704.html - ©Pfleger

Gemeinde(n): Mühltal und Region Böhmerwald (OÖ)

Durchgeführte Maßnahmen

2013 haben sich die 15 Mitgliedsgemeinden des Reinhalteverbandes Mühltal und neun Gemeinden der Region Böhmerwald zum Reinhalteverband Mühltal und Region Böhmerwald zusammengeschlossen. Aktuell sind 25 Gemeinden Teil des Verbandes. Gemeinsam betreuen sie 1050 Kilometer Kanalnetz, 18.000 Kanalschächte, 300 Pumpwerke, 60 Regenbecken/Regenüberlaufbecken und fünf Kläranlagen.

Der Weg zum Erfolg

Der Reinhalteverband wurde 1990 mit 15 Gemeinden gegründet. 2013 bis 2018 kam es zur Verbandserweiterung, in der aktuell 25 Gemeinden aus der Region Mühltal und Böhmerwald Mitglieder sind. Für die Gemeinden ergeben sich viele verschiedene Vorteile. Miteinander werden Strukturen geschaffen, die eine bedarfsorientierte Wartung der Anlage ermöglichen und damit Kosten sparen.

Die Betreiber von Abwasserreinigungsanlagen sind durch den Gesetzgeber verpflichtet, auf den Wertehalt ihrer Anlage zu achten. Gesteigerte Anforderungen an Qualität und Ausbildung, zu wenig Personal, fehlende Ausrüstungsgegenstände, eine Wartungs- und Inspektionsdokumentation in Papierform etc. hat die vielen Gemeinden mit Unterstützung des

Amtes der OÖ Landesregierung dazu bewogen, die größte Abwasserbetreuungseinheit nördlich der Donau zu gründen. Das gemeinsame Vorgehen ermöglicht, den hohen Anforderungen im Bereich der Technik und der Abwicklung der Anlage durch Professionalisierung und Spezialisierung gerecht zu werden

Kostenvorteile ergeben sich zb. durch die Ausrüstung, die gemeinsam leistbar und auch gemeinsam genutzt wird und die Arbeit erleichtert. Gleichzeitig wird ein effizienterer Betrieb, eine zentrale Steuerung und Überwachung, ein gemeinsames Beschaffungswesen sowie eine gemeinsame Koordinierung, vor Allem durch das gemeinsam genutzte digitale Leitungsinformationssystem (LIS), ermöglicht. Dieses System enthält sämtliche Daten über Bestand, Zustand, Wartung und Inspektion – es erleichtert somit die Koordinierung und Kontrollen maßgeblich.

Herausforderungen und Lösungen

Die größte Herausforderung stellte anfangs die Kostenaufteilung dar. Durch gemeinsame Koordinierung und regen Informationsaustausch können auch solche Hindernisse bewältigt werden. Für diverse Fragen, wie für rechtliche Vorgaben, stellt der österreichische Wasser- und Abfallwirtschaftsverband einen Arbeitsbehelf bzw. Leitfaden zur Vorgangsweise zur Verfügung.

Erzielte Ergebnisse

- Zusammenschluss von Gemeinden – reger Informations- und Erfahrungsaustausch
- zentrales Leitungsinformationssystem erleichtert Kontrollen – System garantiert einfache Darstellung und Nachvollziehbarkeit
- gemeinsame Koordinierung und Arbeitserleichterung
- gemeinsame operative Betreuung der Kanäle und Pumpen in den verschiedenen Stützpunkten
- Datensicherheit
- immer aktueller Stand der Netzdaten

Wirtschaftliche Ergebnisse

- Kosteneinsparungen in diversen Bereichen
- Förderung der Zusammenarbeit im Abwasserbereich

Ökologische Ergebnisse

- Leistungsoptimierung in der Abwasserwirtschaft, um unter sparsamsten Einsatz von Ressourcen den Werterhalt der Abwasserreinigungsanlage sicher zu stellen

Kontakt:

Geschäftsführer
Klaus Pfleger
Tel.: 07282/8525
Tel.: 0664 53 53 779
E-Mail.: k.pfleger@rhv-muehltal.at

3.12 3 Gemeinden – 1 Zukunft!

Den drei Gemeinden Hartl, Großhartl und Tiefenbach verbinden schon seit Jahren Kooperationen in den verschiedensten Bereichen. 2015 vereinigten sich die drei Ortschaften zur Gemeinde Hartl. Für einen wirtschaftlichen Aufschwung in der Region sorgte der 2004 eröffnete Gewerbepark Hartl – Tiefenbach, welcher direkt am Kreisverkehr Hartl liegt. Durch die günstige Verkehrslage hat sich dieser zu einem Erfolgsprojekt entwickelt.

Quelle: https://www.meinbezirk.at/hartberg-fuerstenfeld/wirtschaft/gewerbepark-und-attraktive-geschaeftsflaechen-d1626373.html - ©Gemeinde Hartl

Gemeinde(n): Hartl – bestehend aus Hartl, Großhartl und Tiefenbach (Stmk.)
EW insgesamt: 2200

Durchgeführte Maßnahmen:
Kooperationen in den verschiedensten Bereichen: Maschinenhof Tiefenbach, Kooperationen bei Straßeninstandsetzungen, gemeinsame Nutzung des Kindergartens, Wegeerhaltungsverband, Gewerbepark Hartl-Tiefenbach

Der Weg zum Erfolg:
Kooperationen und die gemeinsame Umsetzung von Projekten werden in der Großgemeinde Hartl, welche Mitglied der Ökoregion Kaindorf ist, großgeschrieben. Schon vor Jahren veranlasste man Zusammenschlüsse in den verschiedensten Bereichen, um den regen Zusammenhalt der unterschiedlichen Gemeinden zu stärken. Maßgeblich verantwortlich dafür ist der errichtete Gewerbepark Hartl-Tiefenbach. Der Start für den Bau stellte der Grundankauf 2002 durch die Gemeinde Hartl dar. Durch Kooperationen entstand daraus der Gewerbepark Tiefenbach, welcher seit der Inbetriebnahme 2004 das Vereinsleben prägt. Kein Projekt beschreibt den wirtschaftlichen Aufschwung so gut wie der Gewerbepark. Vor allem die günstige Verkehrslage, direkt an der Bundesstraße, fördert das wirtschaftliche Dasein!

Seit September 2003 konnten 20 Firmen dort angesiedelt werden, die insgesamt 275 Arbeitsplätze geschaffen haben. Durch Erweiterungen in den letzten 12 Jahren konnte die Zahl der Arbeitsplätze auf über 300 erhöht werden. Der Gewerbepark umfasst derzeit eine Fläche von 90.000 m², insgesamt stehen noch weitere 30.000 m² an Gewerbeflächen für die Bebauung von Gewerbe- und Industriebetrieben zur Verfügung. Für die Zukunft ist auch noch eine westliche Erweiterung geplant. Die Kosten werden durch einen sogenannten Aufteilungsschlüssel geteilt. Heute sind insgesamt 18 Firmen und 350 Arbeitsplätze vorhanden.

Der Gewerbepark Hartl ist ein Musterbeispiel dafür, wie viel in kleinen Gemeinden geleistet werden kann. Denn hier werden nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen, die weit über den bäuerlichen Bereich hinausreichen. Projekte wie diese sorgen dafür, dass Österreich eine der niedrigsten Arbeitslosenquote in der Europäische Union hat.

Die Gemeinde Hartl ist auch Eigentümer des Maschinenhofs Tiefenbach, ehemals gegründet von der Gemeinde Tiefenbach. Beschäftigt werden drei Mitarbeiter, Straßensanierungen werden in über 30 Gemeinden der Region durchgeführt. Auch die Zusammenarbeit mit dem Wegeerhaltungsverband Kaindorf spielt eine Vorreiterrolle bei der Sanierung des ländlichen Raumes. Durch die Gründung von Vereinen wie diesen kann eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit zur Abwicklung der gemeinsamen Aufgaben unter bestmöglicher Ausnützung von vorhandenen technischen Ressourcen und Bediensteten gewährleistet werden. Des Weiteren sichert die Zusammenarbeit der Gemeinde Fördermittel des Landes und profitiert so von günstigen Preisen für Schotter und Asphalt. Einheimische Landwirte haben beim Gewerbepark ein Biomasse-Heizwerk errichtet, mit dem alle Betriebe des Gewerbeparks umweltfreundlich beheizt werden können.

Herausforderungen und Lösungen

Als Herausforderung stellte sich zunächst die Frage der Kostenaufteilung des Gewerbeparks Hartl-Tiefenbach dar. Durch einen geeigneten Aufteilungsschlüssel können die Kosten optimal aufgeteilt, und übersichtlich dargestellt werden. Um den Zusammenschluss der drei Gemeinden, welcher 2015 stattfand, so effizient wie möglich zu gestalten, bildeten Vertreter aus allen drei Gemeinden den Gemeinderat, um so die unterschiedlichen Ansichten der vormals getrennten Gemeinden optimal vertreten und vereinen zu können.

Erzielte Ergebnisse

- Förderung des Zusammenhalts der Gemeinde
- Stärkung der Region
- Förderung des Kommunikations-, Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Gemeinden

Erzielte wirtschaftliche Ergebnisse

- Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen
- Kostenersparnis durch Arbeitsaufteilung/Arbeitserleichterung
- Stärkung der heimischen Wirtschaft

Erzielte ökologische Ergebnisse

- gemeinsame Nutzung von Ressourcen
- durch Anschluss an Öko Region Kaindorf stärkere Bewusstseinsbildung der Bevölkerung
- erneuerbare Energie durch Biomasse-Heizwerk und Photovoltaik-Anlagen

Auszeichnung: „Goldener Boden“ aufgrund des Engagements bei der Schaffung des Gewerbepark Hartl

Kontakt:
Gemeinde Hartl
8224 Hartl 125
Tel: 03334/ 2522
E-Mail.: gde@hartl.gv.at

Weiterführende Information
https://www.hartl.gv.at/de/wirtschaft/gewerbepark-hartl/

3.13 Erfolgsprojekt gemeindeübergreifender Gewerbepark

Die wirtschaftliche Entwicklung einer Gemeinde ist eng verknüpft mit der Entwicklung der gesamten Region. Darüber hinaus erkennen Gemeinden, dass durch Zusammenschlüsse Projekte einfacher zu vollziehen und kostensparender sind und das Land Kärnten Förderprogramme gemeindeübergreifender Kooperation finanziell unterstützt. Um auch davon profitieren zu können, haben die drei Gemeinden Völkermarkt, Griffen und Diex in Südkärnten 2005 beschlossen, einen Interkommunalen Gewerbepark (IGP) zu errichten.

Quelle: Gemeinde Griffen © Erich Varh

Gemeinde(n): Völkermarkt (EW: 10 934) Griffen (EW: 3497) und Diex (EW: 832) (Kärnten)

Durchgeführte Maßnahmen
Zusammenschluss der drei Gemeinden Völkermarkt, Griffen und Diex um gemeinsam den Interkommunalen Gewerbepark (IGP) Völkermarkt – Griffen zu errichten.

Der Weg zum Erfolg:
Startschuss für das Mega-Projekt war der 25.Oktober 2005. An diesem Tag beschlossen die Gemeinderäte der Stadtgemeinde Völkermarkt, der Marktgemeinde Griffen und der Gemeinde Diex in ihren jeweiligen Sitzungen durch gemeindeübergreifende Zusammenarbeit die Errichtung eines gemeinsamen Interkommunalen Gewerbe- und Industrieparks (IGP). Dieser soll sich vom bestehenden Industriepark Völkermarkt über neue Flächen an der Autobahnabfahrt Völkermarkt Ost bis hin zur Gewerbezone Griffen erstrecken.

Kernzone des Projekts, das in seiner Organisation und seiner Dimension kärntenweit einzigartig ist, ist die neue Portalfläche bei der Autobahnabfahrt Völkermarkt Ost mit insgesamt 14,3 ha. Diese Flächen liegen für Betriebsansiedelungen ideal, da sie größtenteils von der Autobahn eingesehen werden können und eine sehr kurze Zufahrt von der Autobahn haben. Der Gewerbepark überzeugt daher durch seine verkehrsgünstige Lage mit direktem Anschluss

an wichtige Verkehrsachsen wie die A2 (Italien, Slowenien, Deutschland etc.) sowie die bestehende Infrastruktur vor Ort. Der Bau wurde mit der Zielsetzung entwickelt, hochwertige und für die Region Südkärnten einzigartige Standortqualität und damit einem sogenannten „Portalstandort“ zu schaffen. Der Gewerbepark besteht aus drei Zonen, die innerhalb eines Radius von rund 10 Kilometern in direkter Nähe zueinander liegen.

Als Zielgruppe werden seit Eröffnung jene Unternehmen angesprochen, die auf die Produktion mit örtlicher und regionaler Wertschöpfung und überwiegend qualifizierte Arbeitsplätze abzielen. Darüber hinaus kann die gegebene Sichtbeziehung zur A2 auf der einen Seite, und zur Bundesstraße auf der anderen Seite und die damit verbundene Wahrnehmbarkeit durch Personen in hohem Maße genutzt werden. Derzeit sind am Interkommunalen Industrie- und Gewerbepark rund 21 Unternehmen mit 400 Mitarbeitern angesiedelt. Das Potential zur Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen in der Region ist also durch die Ansiedelung enorm! Seit 2012 gibt es auch ein verstärktes Interesse seitens italienischer Unternehmen, daher sind verstärkt in den letzten Jahren Kooperationen mit ausländischen Firmen entstanden. Das Bundesland Kärnten ist vor Allem für Italien ein geografischer Türöffner für den osteuropäischen Markt. Das Projekt IGP-Süd ist daher auch in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erfolgreich.

Herausforderungen und Lösungen

Die Investitionskosten in das Mega-Projekt betrugen rund 3 Mio €. Diesbezügliche Verhandlungen über die Finanzierung mit dem Land Kärnten und der Entwicklungsagentur EAK konnten erfolgreich abgeschlossen werden. 2/3 der Kosten wurden von der Landesgesellschaft bzw. vom Land Kärnten aufgebracht, und zu einem Drittel von den Gemeinden. Der interkommunale Finanzausgleich zwischen den Gemeinden Völkermarkt, Griffen und Diex sieht vor, dass sowohl die Investitionen, als auch die Erträge (Kommunalsteuer) im Verhältnis 65% zu 30% zu 5% geteilt werden.

Erzielte Ergebnisse

- Entwicklung einer interkommunalen Standortgemeinschaft - Stärkung der Region und der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit
- Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Mitarbeit der Kommunen an einer aktiven Wirtschafts- und Standortpolitik

Erzielte wirtschaftliche Ergebnisse

- Förderung des Wirtschaftsstandortes Kärnten
- Kosteneinsparung durch gemeindeübergreifende Zusammenarbeit
- Entwicklung und Vermarktung gemeinsamer Wirtschaftszonen

Erzielte ökologische Ergebnisse

- gemeinsame Nutzung von Ressourcen

Kontakt:
Stadtamt Völkermarkt
Hauptplatz 1
9100 Völkermarkt
Tel.: +43 4232 / 2571
E-Mail: voelkermarkt@ktn.gde.at

EAK Entwicklungsagentur Kärnten GmbH
Primoschgasse 3
9020 Klagenfurt
Tel.: +43 463 3875
E-Mail: office@madeinkaernten.at

3.14 ASZ und KIGA – gemeindeübergreifend gemeinsam nutzen

In der Markgemeinde Ollersdorf im Burgenland hat gemeindeübergreifende Kooperation einen großen Stellenwert, aktuell gibt es zwei laufende Projekte. Einerseits das Abfallsammelzentrum (ASZ), welches gemeinsam mit der Marktgemeinde Litzelsdorf genutzt wird, und andererseits den mit der Gemeinde Hackerberg gemeinsam genutzten Kindergarten (KIGA).

Quelle: ©Gemeinde Ollersdorf

Gemeinde: Ollersdorf (Burgenland), EW: 933

Durchgeführte Maßnahmen

Die Gemeinden Litzelsdorf und Ollersdorf nutzen gemeinsam das dem Bauhof der Gemeinde Litzelsdorf angeschlossene Altstoffsammelzentrum. Mit der Gemeinde Hackerberg teilt man sich einen gemeinsam geführten Kindergarten, welcher von der CARITAS betrieben wird.

Der Weg zum Erfolg – ASZ

Bis 2011 erfolgte in Ollersdorf die Entsorgung von Altstoffen, Sperrmüll, Sondermüll, Grünschnitt und Baumüll über eine provisorisch dafür eingerichtete Entsorgungsstätte auf einem Betriebsgrundstück. Jedoch war der betriebene Aufwand organisatorisch, finanziell als auch personell eine große Herausforderung und führte oft zu Problemen. Immer wieder kehrten „Mülltouristen“ auf, die in der Abfallentsorgungsstätte den für sie interessanten Müll durchwühlten und mitnahmen, welcher jedoch allzuoft wieder in Straßengräben und Wäldern landete. Die Suche nach Alternativen begann daher schon sehr früh. Mit dem Bau des Gemeindebauhofes samt angeschlossenen Altstoffsammelzentrum in der Nachbargemeinde Litzelsdorf begannen die Verhandlungen und Gespräche über eine gemeinsame Nutzung.

Damit war der Grundstein für die – auch bezirksübergreifende – Zusammenarbeit im Rahmen der Abfallentsorgung gelegt.

Durch die Aufteilung der Kosten ergeben sich beiderseits viele Vorteile! Die Marktgemeinde Litzelsberg rechnet über eine finanzielle Beteiligung den tatsächlichen jährlichen Aufwand an Ollersdorf ab. Des Weiteren wurde die Planung des Personaleinsatzes immens erleichtert, der „Mülltourismus“ kam komplett zum Erliegen.

Herausforderungen und Lösungen – ASZ

Anfängliche Bedenken, ob das ASZ in der Lage ist, die Kapazitäten beider Gemeinden abwickeln zu können, konnten schnell beiseite geräumt werden! Eine große Herausforderung war und ist bis heute noch die Sicherstellung, dass nur BürgerInnen der Gemeinden Litzelsdorf und Ollersdorf ihren Müll abliefern. Durch den Einsatz von Gemeindearbeitern beider Ortschaften kann aber auch in diesem Bereich eine gut funktionierende Kontrolltätigkeit gewährleistet werden.

der Weg zum Erfolg – KIGA

Bis 1990, dem Jahr der Gemeindetrennung der Großgemeinde Ollersdorf-Hackerberg-und Wörterberg, wurden die Kinder der 3 Gemeinden im Pfarrkindergarten Ollersdorf gemeinsam betreut. Nach der Trennung errichtete Wörterberg einen eigenen Kindergarten, Ollersdorf und Hackerberg beschlossen die Einrichtung gemeinsam fortzuführen.

Somit konnte sich Hackerberg die Kosten für einen Neubau ersparen, stattdessen wurde in Adaptierungen des bestehenden Kindergartengebäudes investiert. Im Laufe der Jahre wurde die Einrichtung den aktuellen Bedürfnissen angepasst, mit 2008 konnten Generalsanierungsarbeiten abgeschlossen werden. Seitdem wird die Einrichtung durch die Caritas der Diözese Eisenstadt betrieben.

Herausforderungen und Lösungen – KIGA

Problematisch stellten sich anfangs die Zugbringerdienste mittels Bus bzw. die Öffnungszeiten des Kindergartens dar. Durch die Einrichtung eines Kindergartenbusses, auf Kosten der Gemeinde Ollersdorf, konnten praktikable und bis heute sehr gut funktionierende Lösungen eingebracht werden. Für eine gerechte Aufteilung der Kosten wurde zusätzlich ein Verteilungsschlüssel aufgesetzt.

Erzielte Ergebnisse:

- ASZ: längere Öffnungszeiten durch optimierten Personaleinsatz beider Gemeinden
- ASZ: Vermeidung des Mülltourismus
- verbesserter Service für die GemeindebürgerInnen
- Schaffung von Arbeitsplätzen

Erzielte wirtschaftliche Ergebnisse

- Kostenersparnis für beide Gemeinden durch Kostenaufteilung
- Erhalt von Förderungen für interkommunale Zusammenarbeit

Erzielte ökologische Ergebnisse

- effiziente Flächennutzung
- gemeinsame Nutzung von Ressourcen
- KIGA: durch PV-Dach am Kindergarten umweltfreundliche Stromerzeugung
- KIGA: durch Errichtung von moderner Heiztechnik Einsparung von Emissionen und Kosten.

Kontakt:
Gemeinde Ollersdorf im Burgenland
Gemeindeplatz 1
7533 Ollersdorf
Tel.: +43 (0) 3326 52444
E-Mail.: post@ollersdorf.bgld.gv.at
Website: www.ollersdorf-burgenland.at

4 Fördermöglichkeiten für Gemeinden

4.1 Bundesförderungen

Interkommunaler Finanzausgleich und Kommunalsplitting

Der interkommunale Finanzausgleich geht auf individuelle Anforderungsprofile und Bedürfnisse von Regionen ein. Das Kommunalsteuersplitting gewährleistet einen finanziellen Ausgleich über Gemeindegrenzen hinweg.

- Einführung eines Kommunalsteuersplittings

https://www.bmlfuw.gv.at/land/masterplan-laendlicher-raum/masterplan-verwaltung/s-2-gemeindeuebergreifende-kooperationen.html

Agenda 21- LE 14 – 20

Die Agenda 21 ist ein Aktionsprogramm der Vereinten Nationen, welches Leitlinien für das 21. Jahrhundert, vor allem zur nachhaltigen Entwicklung umsetzt. Lokale Agenda 21 ist ihre kommunale Umsetzung.
In Österreich wird die Lokale Agenda 21 vom Lebensministerium betreut. Seit ihrem Beginn in Österreich 1997 laufen Lokale Agenda 21-Prozesse in mittlerweile 500 Gemeinden, Städten, Bezirken und Regionen bundesweit und setzen damit wichtige Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher und urbaner Räume. Die Bundesländer wie auch das Lebensministerium unterstützen dabei mit Wissen, Beratung, Prozessbegleitung, Kommunikation und Förderungen. Die Lokale Agenda 21 leistet wesentliche Beiträge zur Stärkung der Regionen und ist auch im Förderprogramm zur ländlichen Entwicklung verankert.

Österreichisches Programm für die ländliche Entwicklung 2014 – 2020 LEADER.

Bis 2020 stehen jährlich 1,1 Milliarden Euro zur Verfügung, mehr als die Hälfte davon wird von der EU finanziert.
Fördergegenstände sind, Lokale Agenda 21 – Zukunftsprozesse mit BürgerInnenbeteiligung und professioneller Prozessbeteiligung auf lokaler Ebene, gemeindeübergreifende und thematische Vernetzungen der Lokale Agenda 21-Zukunftsprozesse sowie Erfahrungsaustausch mittels Entwicklung und Umsetzung multiplizierbarer, innovativer Modelle, bundesweite Unterstützungs- und Koordinierungsaktivitäten für Lokale Agenda 21 und Entwicklung und Umsetzung innovativer Modelle im Bereich Beteiligung und Bürgerengagement, Daseinsvorsorge und demografische Entwicklung.

https://www.bmnt.gv.at/land/laendl_entwicklung/leader/leaderprojekte15.html

Bei vielen der lokalen Aktionsgruppen liegt der Schwerpunkt auf gemeinde- und regionsübergreifenden Projekten.

KPC-Förderungen

Förderung von LED-Systeme und Lichtsteuerungssysteme im Innenbereich

Kommunal Kredit Public Consulting GmbH (KPC) fördert LED-Systeme zur Beleuchtung von betrieblich genutzten Bestands-Objekten. Dazu gehört die Umstellung von konventionellen Leuchten auf LED-Systeme, sowie die Montage von Lichtsteuerungssysteme in Kombination mit LED-Beleuchtungssysteme und dies betreffend den Innenbereich. Zu den Antragstellern zählen alle Gemeinden mit marktbestimmter Tätigkeit welche bereits vom jeweiligen Bundesland im Ausmaß von zumindest 12 % der beantragten Kosten gefördert werden.
Förderungsfähige Anlagen/-teile sind unter anderem LED-Leuchten, Kabel und Leitungen, Rohr- und Tragsysteme, Schalter-, Steuer- und Steckgeräte, sowie Steuerung. Neben den Anlagen werden auch Planung und Montage als förderungsfähige Kosten anerkannt.
Nicht förderungsfähige Anlagen/-teile sind LED-Leuchtmittel welche konventionelle Leuchtmittel ersetzen, LED-Systeme in Neubauten, Werbebeleuchtung, Außenbeleuchtung und LED-Stripes.
Voraussetzung für die Gewährung einer Förderung ist unter anderem, dass die installierten LED-Leuchten zumindest 500 Watt Anschlussleistung haben müssen, sowie die eingesetzten LED-Systeme die CE-Kennzeichnung aufweisen.
Die Förderhöhe beträgt max. EUR 400,-/kW Anschlussleistung.

Kontakt:
Serviceteam LED-Systeme
Kommunalkredit Public Consulting GmbH
Türkenstraße 9
1092 Wien
Tel.: +43 (0)1 31 6 31-714
Fax.: +43 (0)1 31 6 31-104
E-Mail.: umwelt@kommunalkredit.at
https://www.umweltfoerderung.at/gemeinden/led-systeme-im-innenbereich/navigator/gebaeude-4/led-systeme-im-innenbereich-1.html
https://www.umweltfoerderung.at/fileadmin/user_upload/media/umweltfoerderung/Dokumente_Gemeinden/LED_Systeme_im_Innenbereich_in_Gemeinden/UFI_Pauschalen_Infoblatt_LED_PAU_Gemeinden.pdf

Wärmerückgewinnung, Beleuchtungsoptimierung und effiziente Nutzung von Energie

Kommunal Kredit Public Consulting GmbH (KPC) fördert Energiesparmaßnahmen bei gewerblichen und industriellen Produktionsprozessen sowie bestehenden Gebäuden, Wärmerückgewinnungen und Beleuchtungsoptimierungen (z.B. Straßenbeleuchtung) aller Gemeinden mit marktbestimmter Tätigkeit in Österreich.
Die Förderungshöhe ist max. 18 % der förderungsfähigen Investitionsmehrkosten.
Förderungsfähige Anlagen/-teile sind etwa Wärmetauscher, Wärmepumpen, Boiler, Pufferspeicher, Pumpen, Steuerungselektronik, Zentrallüftungsgeräte mit Wärmetauscher, Energiesparmaßnahmen bei Straßenbeleuchtungen und weitere für den Betrieb relevante Anlagenteile.
Nicht förderungsfähige Anlagen/-teile sind unter anderem betriebsgewöhnliche Anlagentauscher, Abluftwärmerückgewinnung in Neubauten, Leuchtmittel, PlugIn-Lösungen

bei Beleuchtungen, Bürogeräte, Lüftungskanäle, effiziente Server u.a. IKT-Anlagen, zentrale elektronische Vorschaltgeräte zur Stromeinsparung und Induktionsherde.
Die Förderungshöhe wird je nach Projektart entweder in Form eines prozentuellen Anteiles an den förderungsfähigen Investitionsmehrkosten oder als Pauschale in Abhängigkeit von der Leistung des Wärmetauschers bei Wärmerückgewinnungen bzw. pro Lichtpunkt bei Beleuchtungsoptimierungen im Außenbereich berechnet. Die Förderung wird in Form eines einmaligen, nicht rückzahlbaren Investitionskostenzuschusses gewährt.

Kontakt:
Serviceteam LED-Systeme
Kommunalkredit Public Consulting GmbH
Türkenstraße 9
1092 Wien
Tel.: +43 (0)1 31 6 31-714
Fax: +43 (0)1 31 6 31-104
E-Mail.: umwelt@kommunalkredit.at
https://www.umweltfoerderung.at/gemeinden/energiesparen/navigator/strom-3/energiesparmassnahmen-2.html
https://www.umweltfoerderung.at/fileadmin/user_upload/media/umweltfoerderung/Dokumente_Gemeinden/Energiesparen_in_Gemeinden/UFI_Standardfall_Infoblatt_ENERGSPA_Gemeinden.pdf

4.2 Niederösterreich

Fonds für Kleinregionen - Kleinregionale Projekte

Das Land Niederösterreich unterstützt Kleinregionen bei der Umsetzung von interkommunalen Projekten und fördert diese über den "Fonds für Kleinregionen". Wichtig dabei ist die Ausrichtung auf eines der acht kleinregionalen Themenfelder, die Verankerung und kooperative Umsetzung in der Kleinregion, ein sichtbarer Nutzen, sowie eine Qualitätsverbesserung für die beteiligten Gemeinden und die Übereinstimmung von Landesstrategien mit Hauptregions- sowie Kleinregionsstrategie.
Die Kleinregionen werden von den RegionalberaterInnen bei der Entwicklung und Förderabwicklung der NÖ.Regional.GmbH unterstützt.
Einreichfristen: 27.April 2018, 16. November 2018

Förderung
Förderbar sind bis zu 50 % der Gesamtkosten des Projektes (maximal: EUR 15.000,--). Ein Förderbonus über bis zu 60 % der Gesamtkosten (maximal: EUR 18.000,--) kann beim Themenfeld Raumentwicklung gewährt werden.
http://www.raumordnung-noe.at/index.php?id=112

Kontakt:
Amt der NÖ Landesregierung
Ansprechpartnerin Dipl.-Ing. Alexandra Schlichting, MA
Tel.: 02742/9005-14902
Fax: 02742/9005-14170
alexandra.schlichting(at)noel.gv.at

Förderung ökologischer Maßnahmen an Gewässern

Der NÖ Landschaftsfonds fördert Vereine, Projektgemeinschaften, Gemeinden, Wasserverbänden oder Einzelpersonen, welche ökologische Maßnahmen an Fließgewässern und Vorhaben an Stillgewässern sowie flächenhafte Maßnahmen vornehmen. Die Förderungsabwicklung und die Betreuung der FörderwerberIn erfolgt durch die Abteilung Wasserbau der NÖ Landesregierung.
Gefördert werden unter anderem punktuelle Maßnahmen, wie Beseitigung von ökologischen Beeinträchtigungen (z.B. Absturz- und Einbindungsbauwerke), Errichtung von Fischaufstiegshilfen, Dotationen von Gerinnen und Altarmen. Lineare Maßnahmen, wie Strukturmaßnahmen im Gewässer und am Ufer (Verbesserung der Breiten- und Tiefenvarianz), Wiederherstellung von natürlichen Sohlverhältnissen und Anlage von Gewässerbegleitstreifen (Pufferzone, Rückzugsgebiet, ...) werden ebenfalls finanziell gefördert. Auch flächenhafte Maßnahmen, wie die Wiederherstellung von Vernässungsflächen, die Kulturartenänderung im Hochwasserabflussbereich, die Schaffung und gewässerkonforme Betreuung von Überflutungsflächen, der Grundankauf und der Wasserrückhalt und Erosionsschutz werden gefördert.

Laufzeit→ dz. keine Begrenzung

Kontakt:
Geschäftsstelle des NÖ Landschaftsfonds
Landhausplatz 1
3109 St.Pölten
Tel.: +43 (0)2742 9005-12909
Fax: +43 (0)2742 9005-13535
Email: post.lf3@noel.gv.at
http://www.noe.gv.at/noe/Wasser/Foerderung_oekologischer_Massnahmen_an_Gewaessern.html

Ökomanagement NÖ Fördersystematik für den Bereich NON-Profit

Das Land Niederösterreich fördert Maßnahmen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz, welche über gesetzliche Mindestanforderungen (gemäß Ökomanagement NÖ Maßnahmendatenbank) hinausgehen.
Es werden Gemeinden, öffentliche Einrichtungen und nicht-gewinnorientierte Vereine/Organisationen mit einem Standort in Niederösterreich gefördert.
Alle Teilnahmen in den drei Ökomanagement NÖ-Ebenen (Pionier, Profi, Champion) werden mit max. 75 % und die „Ökomanagement NÖ Kurzberatung“ bis zu 100 % gefördert. Die angeführten Prozentsätze beziehen sich auf einen Höchtstagessatz von € 720,-- (exkl. MWSt.) bzw. bei nicht MWSt.-abzugsberechtigten Organisationen € 864,-- (inkl. MWSt.).
Der Förderungsantrag erfolgt so, dass man zuerst eine BeraterIn und die Ebene (Pionier, Profi, Champion) auswählen muss. Danach muss man einen Teilnahmeantrag online durchführen und erhält eine Teilnahmebestätigung. Des Weiteren muss man eine Beratung durchführen, ein Auszahlungsansuchen online stellen, ein Ökomanagement NÖ Vertreter führt eine Maßnahmenabfrage durch und eine nochmalige Teilnahme kann dann bewilligt werden.

Kontakt:
Ökomanagement Niederösterreich | Programmmanagement
Amt der NÖ Landesregierung
Abteilung Umwelt- und Energiewirtschaft (RU3)
Landhausplatz 1, A-3109 St. Pölten
Tel.: +43 (0)2742 9005-19090
Email: oekomanagement@oekomanagement.at
Web: www.oekomanagement.at
http://www.oekomanagement.at/foerderungen/foerderung-fuer-non-profit/foerdersystematik.html

EU-Förderungen/NÖ Förderungen: Dorf- und Stadterneuerung/Gemeinde21

Die Förderung zur Entwicklung des ländlichen Raums trägt unter anderem zur Verwirklichung einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung der ländlichen Wirtschaft und der ländlichen Gemeinschaften, einschließlich der Schaffung und des Erhalts von Arbeitsplätzen bei. Als FörderungswerberInnen gelten natürliche Personen, im Firmenbuch eingetragene Personengesellschaften, juristische Personen, sowie deren Zusammenschlüsse mit Niederlassung in Österreich, die ein Vorhaben im eigenen Namen und auf eigene Rechnung entsprechend den Zielsetzungen des Programms LE 2020 verfolgen. In Niederösterreich werden ausschließlich Gemeinden als Antragssteller für Dorferneuerungsprojekte zugelassen.

Diese Bestimmungen gelten für die nationale Durchführung von EU-Land-finanzierten Maßnahmen gemäß dem Österreichischen Programms für ländliche Entwicklung ab 01.01.2014 bis 31.12.2020 im Programm LE 2020 das vom Bund im gesamten Bundesgebiet angeboten wird.
Voraussetzungen für die Förderung sind Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit (ein Projekt wird nur gefördert, wenn die Durchführung ohne Förderung nicht wirtschaftlich zumutbar ist), Befähigung des Förderungswerbers, Berücksichtigung aller eingesetzten öffentlichen Mittel, Nutzung und Instandhaltung, Versicherungspflicht und Publizität.
Es werden Kostenzuschüsse als anrechenbare Erstattungskosten (tatsächlich entstanden sind und gezahlt wurden), auf Grundlage standardisierter Einheitskosten, als Pauschalfinanzierung (höchstens EUR 100.000,- des öffentlichen Beitrags) und auf der Grundlage von Pauschalsätzen (Festlegung anhand der Anwendung eines Prozentsatzes auf eine oder mehrere definierte Kostenkategorien).

Kontakt:
Amt der NÖ Landesregierung
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik
Landhausplatz 1
3109 St. Pölten
http://www.raumordnung-noe.at/index.php?id=46
http://www.raumordnung-noe.at/index.php?id=218

Förderung der Elektromobilität

Das BMNT (ehem. BMLFUW), das BMVIT sowie Automobilimporteure unterstützen Gemeinden, Vereine, Betriebe und Privatpersonen beim Kauf von Elektroautos. Durch die Förderung wird der Umstieg auf Elektromobilität vereinfacht, und die höheren Anschaffungskosten ausgeglichen.
Gemeinden, Betriebe und Vereine werden beim Kauf von e-Autos mit bis zu EUR 3.000,- und private Personen bis zu EUR 4.000,- vom Bund gefördert. Das Land Niederösterreich zahlt EUR 1.000,- für den Kauf eines e-Autos dazu. Des Weiteren wird auch der Kauf von e-Ladestationen (öffentlich zugänglich) mit bis zu EUR 10.000,- gefördert. Voraussetzung dafür ist, dass der Strom zu 100 % aus erneuerbaren Energieträgern gewonnen werden muss.
Diese Förderaktion ist gültig von 1.3.2017 bis 31.12.2018 bzw. bis das Budget aufgebraucht ist.

Kontakt:
Förderberatung für Gemeinden der Energie- und Umweltagentur NÖ
Tel. +43 (0)2742 22 14 44
Email: gemeindeservice@enu.at
https://www.enu.at/aktionspaket-zur-foerderung-der-elektromobilitaet
www.umweltgemeinde.at
http://www.umweltgemeinde.at/foerderberatung-neu/foederberatung_mobilitaet-und-klima/fahrzeuge/aktionspaket-e-pkw

Förderschwerpunkt „e-mobil in Niederösterreich“

http://www.noe.gv.at/noe/Energie/Foerd_e-mobil_Gemeinden.html

Abfallwirtschaftsförderung
http://www.noe.gv.at/noe/Abfall/Foerd_Abfallwirtschaft.html

Bildungsscheck für NÖ Gemeindebeauftragte
http://www.noe.gv.at/noe/Klima/Foerd_Bildungsscheck-fuer-NOE-Gemeindebeauftragte.html

Förderberatung für NÖ Gemeinden
Diese Seite enthält alle gemeinderelevanten Förderungen von Bund und Land Niederösterreich sowie die interessantesten Beratungsprogramme zu allen Energie-, Klimaschutz-, Umwelt- und Naturthemen.
http://www.umweltgemeinde.at/foerderberatung

Veranstaltungsscheck für Gemeinden (ab 01.07.2018 – 31.12.2020)
Förderung von 75% der Kosten von Seminaren, Workshops, Exkursionen und Aktionstagen und weitere Informations- und Motivationsveranstaltungen zu den Themen Energie und Klima
http://www.noe.gv.at/noe/Klima/Foerd_Veranstaltungs-Scheck_fuer_Gemeinden_2020.html

Förderung von bestehenden landwirtschaftlichen Wasserbauanlagen
Förderung von Bewässerungsanlagen von landwirtschaftlichen Wein, Obst und Spezialkulturen zum Ausgleich von Niederschlagsdefiziten und als Schutz vor Frostschäden
Förderung von Wasserhaushalt und Erosionsschutz
http://www.noe.gv.at/noe/Wasser/foerd_bestehende_landwirtschaftliche_Wasserbauanlagen.html

Förderung ökologischer Maßnahmen an Gewässern
http://www.noe.gv.at/noe/Wasser/Foerderung_oekologischer_Massnahmen_an_Gewaessern.html

Förderung von Alltagsrad-Schlüsselprojekten im Ortsgebiet
Förderung von Schlüsselprojekten im Rahmen von Radverkehrsvorhaben innerhalb des Ortsgebietes, zb. Errichtung von Geh- und Radwegbrücken, Unterführungen, Verbreiterung von Stege, etc.
v.A. für jene Gemeinden, welche zum Landesklimaziel – der Reduktion von CO2-Emissionen – beitragen wollen
http://www.noe.gv.at/noe/Radfahren/Foerd_Alltagsrad-Schluesselprojekten_im_Ortsgebi.html
→Radabstellanlagen für Gemeinden
http://www.noe.gv.at/noe/Radfahren/Foerd_Radabstellanlagen.html

4.3 Oberösterreich

Maßnahmen und Aktionen im Bereich Umweltbildung und Bildung für Nachhaltigkeit

Das Land Oberösterreich fördert bewusstseinsbildende Maßnahmen, Projekte und Modellversuche um den Umweltschutz voranzutreiben, zur Stärkung der ökologischen Alltagskultur im Schulbetrieb/Kindergarten, Personen, die sich in der Gemeinde mit dem Thema Umweltschutz beschäftigen und PädagogInnen bei der Ausbildung im Bereich Umweltbildung und Bildung für Nachhaltigkeit.
Im Bereich Beschaffung und Abfall, Konsum und nachhaltiger Lebensstil, Luft, Freizeitlärm und Alltagslärm, sowie übermäßige Lichteinwirkung (Lichtverschmutzung) werden ebenfalls Maßnahmen gefördert.
Die Förderung erfolgt in Form eines Zuschusses, welcher 80 % der zuwendungsfähigen Ausgaben (min. EUR 350,- und max. EUR 20.000,-) beträgt. Für ÖKOLOG- und Umweltzeichen-Schulen wird ein Zuschlag von 10 % gewährt. Das Land Oberösterreich kann bei Freistellung eines besonderen Landesinteresses und bei Projekten die sonst nicht durchgeführt werden könnten, einmalig die Förderung bis 100 % eines Projektes zulassen.
Förderungsfähige Ausgaben sind Personalausgaben, Sachkosten (Broschüren, etc.) und Gemeinkosten für Telefon, Bürobedarf, Leasing, Miete oder Kauf von Büro- und Ausstattungsgegenständen bis max. 25 % der anrechenbaren Personalkosten als Pauschale.
Nicht förderungsfähige Ausgaben sind Investitionen für Gebäude, Grunderwerb, Publikationen (periodisch erscheinen und kommerzielle Zwecke erfüllen), Gebühren für TeilnehmerInnen von Veranstaltungen, Kosten für Bewirtung, Anschaffung von Geräten die allgemein einsetzbar sind.
Die Förderung läuft seit 1. April 2016 und endet am 31. Dezember 2019 und nach Maßgabe der vorhandenen finanziellen Mittel.

Kontakt:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft
Abteilung Umweltschutz
Kärntnerstraße 10-12
4021 Linz
Tel.: +43 (0)732 77 20-145 01
Fax +43 (0)732 77 20-21 45 49
E-Mail: foerderungsantrag.us.post@ooe.gv.at
http://www.land-oberoesterreich.gv.at/172614.htm
http://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/Umweltfoerderkatalog_neu.pdf

Bewusstseinsbildende klimarelevante Maßnahmen und -Aktionen in Oberösterreich

Diese Förderaktion unterstützt oberösterreichische Klimabündnisgemeinden beim Umsetzen von Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit im Klimaschutz und bei Klimawandelanpassungen.
Es werden oberösterreichische Klimabündnisgemeinden, Gemeindeorganisationen (im Auftrag von oberösterreichischen Klimabündnisgemeinden) sowie nicht gewinnorientierte Vereine, Organisationen und Schulen (Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in Kooperation mit einer Klimabündnisgemeinde) gefördert.

Gefördert werden bewusstseinsbildende Klimaschutzmaßnahmen zu effizienter Nutzung von Energie, Energiesparen, Einsatz erneuerbarer Energieträger, klimafreundliche Mobilität, nachhaltiges Sanieren und Bauen, nachhaltiger Konsum, Ressourcenschonung und Abfallvermeidung, globale Verantwortung und Klimagerechtigkeit, sowie Klimawandel-Anpassung.
Es werden Aktivitäten aus zuvor genannten Themen gefördert, wie unter anderem Veranstaltungen mit Klimabezug (Vorträge, Filme, Workshops, Exkursionen, Ausstellungen, etc.), spezielle Schulungen und Ausbildungen für Personen der Gemeinde die Klimaschutzarbeit betreiben, Tools (Software im Bereich Klimaschutz) und Materialien (Folder, Programme, Schautafeln, Internetauftritte, etc.).
Nicht gefördert werden Eigenleistungen, Gebühren und Verpflegung.
Die finanzielle Unterstützung ist pro Förderungswerber und förderbarem Vorhaben, sowie nach Maßgabe der vorhandenen Mittel in der Höhe bis 50 % bzw. bis 65 % bei gemeindeübergreifenden Aktionen der anrechenbaren Bruttokosten (EUR 2.000,- pro Einzelaktivität bzw. gemeindeübergreifenden Aktion pro teilnehmenden Gemeinde und Einzelaktivität) möglich. Die Gesamtkosten der beantragten sowie der abgerechneten Maßnahmen/Aktivitäten müssen pro Förderantrag mindestens EUR 350,- betragen.
Die Förderung läuft seit 1. April 2016 und endet am 31. Dezember 2019 und nach Maßgabe der vorhandenen finanziellen Mittel.

Kontakt:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft
Abteilung Umweltschutz
Kärntnerstraße 10-12
4021 Linz
Tel.: +43 (0)732 77 20-145 01
Fax +43 (0)732 77 20-21 45 49
Email: foerderungsantrag.us.post@ooe.gv.at
http://www2.land-oberoesterreich.gv.at/internetpub/InternetPubPublikationDetail.jsp?SessionID=SID-C12276DC-573724B7&xmlid=Seiten%2F12846.htm&pbNr=300465&dest=ooe
http://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/Umweltfoerderkatalog_neu.pdf

Gemeinde-Energie-Programm (GEP)

Gefördert wird

- die Vorbereitung und technische Analyse für größere Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen und Maßnahmen für erneuerbare Energien in öffentlichen Nichtwohngebäuden und öffentlichen Anlagen.
- Informationsmaßnahmen für geplante Projektumsetzungen im Bereich Energieerzeugung, -effizienz und -infrastruktur
- Sowie Anlagenoptimierungen

https://www.land-oberoesterreich.gv.at/183382.htm

4.4 Vorarlberg

Richtlinien der Vorarlberger Landesregierung für die Gewährung von Bedarfszuweisungen

Besondere Bedarfszuweisung sind Finanzzuweisungen zu einzelnen Investitionsvorhaben, Leistungen oder Bedürfnissen der Gemeinden. Das Land Vorarlberg unterstützt Gemeinden, welche Kommunalbauten mit hoher Energieeffizienz sowie mit umweltfreundlichen Materialien errichten oder sanieren.
Zu den förderungsfähigen Investitionsvorhaben zählen der Neubau, die Erweiterung und die Sanierung von Pflichtschulen bei Sanierungskosten von mindestens EUR 150.000,-, der Neubau, die Erweiterung und die Sanierung von Gemeindeamtsgebäuden bei ebenfalls mindestens EUR 15.000,-, die Errichtung von Hackschnitzelfeuerungsanlagen sowie von Biomasse-Heizwerken, die der Beheizung kommunaler Gebäude dienen, sowie die Anschlusskosten kommunaler Gebäude an derartige Anlagen, etc.
Die Höhe der Förderungen ist im angefügten Dokument ersichtlich. Die Richtlinien sind seit 1. Jänner 2015 gültig und gelten bis auf weiteres.

Kontakt:
Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landhaus
Römerstraße 15
6901 Bregenz
Tel.: +43 (0)5574 511 0
Fax.: +43 (0)5574 511 920095
E-Mail: land@vorarlberg.at
Web.: http://www.vorarlberg.at
Link:
http://www.vorarlberg.at/vorarlberg/finanzen_abgaben/finanzen/finanzangelegenheiten/foerderungen/gemeindefoerderungen/bedarfszuweisungen/uebersichtbedarfszuweisun.htm

http://www.vorarlberg.at/doc/rl-bz2015.doc

Förderungen nachhaltiger Gemeinde- und Regionalentwicklungsplanungen

Das Land Vorarlberg fördert die Erarbeitung, Einführung und Fortschreibung von nachhaltigen Gemeinde- und Regionalentwicklungsplanungen, die Leitideen, Strategien oder Maßnahmen für einzelne oder mehrerer Sachbereiche beinhalten. Dabei müssen die Gesamtentwicklungsprozesse von Gemeinden und Regionen angemessen berücksichtigt werden. Förderungsfähige Entwicklungsplanungen stellen räumliche Entwicklungskonzepte des Raumplanungsgesetzes, umfassende Leitbilder für die Gemeinde- und Regionalentwicklung oder Konzeptionen im Rahmen des e5-Programms für energieeffiziente Gemeinden dar.
Gefördert werden Gemeinden, Gemeindeverbände sowie juristische Personen mit Gemeindebeteiligung.
Die Höhe der Grundförderung beträgt 30 % der Bemessungsgrundlage zuzüglich Zuschläge entsprechend der Einwohnerzahl und Finanzkraftkopfquote der jeweiligen Gemeinde. Weitere Zuschläge sind für regionale Entwicklungskonzepte, für Freiraumkonzepte und für Konzepte zur Einrichtung von Sozialsprengeln vorgesehen. Der Gesamtförderungssatz bei regionalen

Entwicklungsplanungen beträgt max. 60 % und bei kommunalen Entwicklungsplanungen max. 50 %.

Kontakt:
Raumplanung und Baurecht – Fachbereich Örtliche Raumplanung und Gemeindeentwicklung
Ing. Christoph Türtscher
Römerstraße 15
6901 Bregenz
Tel.: +43 (0)5574 511 27123
Email: christoph.tuertscher@vorarlberg.at

Link:
https://www.vorarlberg.at/vorarlberg/finanzen_abgaben/finanzen/finanzangelegenheiten/foerderungen/gemeindefoerderungen/bedarfszuweisungen/b04-foerderungnachhaltige.htm

Förderungen von Vor- und Pilotprojekten zur Gemeinde- und Regionalentwicklung

Gefördert werden Vor- und Pilotprojekte, welche dazu beitragen, den räumlichen Entwicklungsprozess von Nachbarschaften, Quartieren, Gemeinden oder Regionen zu Gunsten nachhaltiger und gemeinwohlorientierter Lösungen zu gestalten. Das Förderungsausmaß beträgt bei regionalen Projekten, an denen sich mindestens drei Gemeinden beteiligen, 60 Prozent, ansonsten 50 Prozent der Bemessungsgrundlage. Gefördert werden Gemeinden, Gemeindezusammenschlüsse, Gemeindeverbände, juristische Personen mit Gemeindebeteiligung sowie als Projektträger fungierende Zweckgemeinschaften, die gemeinnützig ausgerichtet sind.

Finanzzuweisungen zur Förderung von Gemeindekooperationen und Gemeindefusionen

Gefördert werden finanzielle Aufwendungen der Gemeinden für Entwicklungen von Gemeindekooperationen und Gemeindefusionen, Personal- und Sachaufwendungen von neuen Gemeindekooperationen, sowie Investitionskosten von mehreren Gemeinden finanzierten Bauprojekten. Für die Förderung einer Gemeindekooperation wird die Teilnahme von mindestens drei Gemeinden vorausgesetzt.

Bau- Abfall und Wertstoffsammelhöfe

Gefördert wird der Neubau, die Erweiterung, und die Sanierung von Bau-, Abfall und Wertstoffsammelhöfen mit zugeordneten Bauten unter der Voraussetzung, dass diese von mindestens zwei Gemeinden in Form einer Gemeindekooperation finanziert werden.

4.5 Burgenland

Lokale Aktionsgruppe nordburgenland plus

Der Verein nordburgenland plus ist seit 2007 für die Umsetzung des EU-Förderprogrammes LEADER im Nordburgenland verantwortlich, in dessen Fokus die Förderung der ländlichen Regionen steht.
Der Verein nordburgenland plus fördert gemeinsam mit seinen Mitgliedern die Vielfalt und die Lebensqualität in den Bezirken Mattersburg, Eisenstadt und Neusiedl am See. Um die Region zu stärken werden Mitglieder bei der Umsetzung von Projekten unterstützt. Der Verein nordburgenland plus fördert Initiativen für das Nordburgenland mit Mitteln der EU, des Bundes und des Landes.
Insgesamt konnte die LAG nordburgenland plus 404 Projekte erfolgreich umsetzen, und dadurch wesentliche Schritte in der Regionalentwicklung setzen. Waren zu Beginn der Förderperiode viele kleinere Initiativen im Mittelpunkt, so hat sich der Schwerpunkt der LAG nordburgenland plus zu gemeinde- und regionsübergreifenden Projekten zum Ende der Förderperiode hin verlagert.
http://www.nordburgenlandplus.at/ueber-uns/verein-nordburgenland-plus/

Wohnbauförderung (Auszug)

Umfassende Sanierung

Der Grundbetrag ist einkommensabhängig, beträgt 50% der Sanierungskosten und ist mit max € 40.000,-- begrenzt. Der so ermittelte Grundbetrag erhöht sich um € 5.000,-- . Insgesamt können höchstens € 45.000,-- an Grundförderung gewährt werden.
Etwaige noch aushaftende Förderungsbeträge aus früheren Darlehen werden von der berechneten Förderungssumme in Abzug gebracht.
Die Förderung kann bis höchstens 70% der Gesamtbaukosten betragen. Wird ein Zuschlag für Maßnahmen zur Schaffung von Barrierefreiheit oder ein Ökozuschlag gewährt, kann die Förderung bis max 90% der Gesamtbaukosten betragen.

Ortskernzuschlag

Für Förderobjekte, die im Ortskern liegen, kann ein Betrag von € 50,-- je m^2 bebauter Fläche bis max € 10.000,-- gewährt werden.
Als Ortskern versteht man jene Objekte und Freiflächen, die im Flächenwidmungsplan oder Bebauungsplan (Teilbebauungsplan) als Ortskern ausgewiesen sind oder für die ein Gutachten eines Sachverständigen für Raumordnung und Raumplanung vorliegt, wonach diese Objekte und Freiflächen als für den „Ortskern“ besonders erhaltenswert sind.
Damit soll den Zersiedelungstendenzen in den Dörfern entgegengetreten und eine Wiederbelebung der Ortskerne bewirkt werden. Bei Eigenheimen mit mehreren Wohneinheiten ist die höchstmögliche Förderung für das gesamte Objekt mit € 10.000,-- begrenzt.
https://www.burgenland.at/wohnen-energie/wohnen/wohnbaufoerderung/foerderung/

4.6 Kärnten

Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ)

Im Rahmen der IKZ-Richtlinie werden Investitionen der Gemeinden in eine verstärkte und nachhaltige gemeindeübergreifende Zusammenarbeit unterstützt. Ziel ist es, qualitative und quantitative Zusammenarbeit anzuregen.
Gefördert werden Investitionskosten für gemeinsam zu erreichende/finanzierende Vorhaben, Personal- und Sachaufwandskosten für den laufenden Betrieb von neu eingegangenen Gemeindekooperationen für die ersten drei Jahre und Projektentwicklungskosten wie beispielsweise Konzepterstellung, Prozessbegleitung, Beratung durch Fachexperten oder Moderation.
Anspruch auf die Förderung haben die Kärntner Gemeinden (sowie juristische Personen mit mehrheitlicher Gemeindebeteiligung).
Die Förderung beträgt bei Kooperationsprojekten 25 % der Bemessungsgrundlage - höchstens € 200.000,00 pro genehmigtem Kooperationsprojekt und bei Vorhaben mit Ziel der nachhaltigen und nachweisbaren Einsparung im Bereich der Pflichtausgaben 35 % der Bemessungsgrundlage - höchstens € 200.000,00 pro genehmigtem Kooperationsprojekt.

Kontakt:
Amt der Kärntner Landesregierung
Arnulfplatz 1
9021 Klagenfurt
Abteilung 3 - Gemeinden und Raumordnung
Fr. Mag. Elke Sicher
Tel: +43 (0)5 0536 13066
Email: elke.sicher@ktn.gv.at
https://www.ktn.gv.at/Themen-AZ/Details?thema=130&detail=707

Privatinvestitionen zur Ortskernstärkung (PZO)

Mit der PZO wird privaten Grund bzw. ObjekteigentümerInnen in Ortszentren eine Förderung für die Sanierung, Umnutzung und Revitalisierung ortsbildprägender Gebäude zur Verfügung gestellt um die Ortskerne im ländlichen Raum erfolgreich zu beleben und attraktiveren.
Anspruch auf eine Förderung haben ausschließlich Kärntner Gemeinden, die das Bürgerbeteiligungsverfahren im Rahmen der Förderinitiative „Ortskernbelebung“ durchgeführt haben.
Die Höhe der Förderung bei Planungskonzepten beträgt bis zu 25 % der Planungskosten - höchstens € 7.500,00 und bei Investitionen bis zu 25 % der Baukosten - höchstens € 20.000,00.

Kontakt:
Amt der Kärntner Landesregierung
Arnulfplatz 1
9021 Klagenfurt
Abteilung 3 - Gemeinden und Raumordnung Abteilung 3 - Gemeinden und Raumordnung
Herr SGL Mag. Friedrich Scheschark; Frau Gerlinde Petzold
Email: friedrich.scheschark@ktn.gv.at; gerlinde.petzold@ktn.gv.at
Tel: +43 (0)50 536 13156, +43 (0)50 536 13109
Web: www.ktn.gv.at
https://www.ktn.gv.at/Themen%2dAZ/Details?thema=130&detail=799örderprogramme

Kommunale Förderprogramme 2018 p 13

Aktion Örtliche Raumplanung

Das Kärntner Gemeindeplanungsgesetz 1995 (K-GplG 1995) verpflichtet die Kärntner Gemeinden "Örtliche Entwicklungskonzepte" (ÖEK) und "Flächenwidmungspläne" (Fläwi) zu erstellen und zu überarbeiten sowie Bebauungspläne zu erlassen. Im Rahmen der Aktion "Örtliche Raumplanung" werden die Kärntner Gemeinden bei raumordnungspolitischen Maßnahmen durch das Land unterstützt. Die Förderung aus Landesmitteln wird durch die Anschlussförderung aus Bedarfszuweisungsmitteln außerhalb des BZ-Rahmens ergänzt.
Gefördert werden die Überarbeitung bzw. Teilüberarbeitung von örtlichen Entwicklungskonzepten; die Überarbeitung bzw. Neuerstellung von Flächenwidmungsplänen; die erstmalige Digitalisierung von Flächenwidmungsplänen im Rahmen der Überarbeitung bzw. Neuerstellung von Flächenwidmungsplänen; die Erstellung von speziellen Ortsplanungsangelegenheiten (SOA) (Masterplänen, Teilbebaungspläne gemäß den §§ 24 und 25 K-GPlG 1995).
Anspruch auf Förderung haben Kärntner Gemeinden, einschließlich der Statutarstädte Klagenfurt am Wörthersee und Villach.
Die Förderungshöhe beträgt für die Überarbeitung bzw. Teilüberarbeitung von örtlichen Entwicklungskonzepten 25 % der tatsächlichen Gesamtkosten laut dem Kostenvoranschlag, max jedoch € 20.000,00. Für die Überarbeitung bzw. Neuerstellung von Flächenwidmungsplänen beträgt die finanzielle Unterstützung 25 % der tatsächlichen Gesamtkosten laut dem Kostenvoranschlag, max jedoch € 20.000,00 und für die erstmalige Digitalisierung von Flächenwidmungsplänen im Rahmen der Überarbeitung bzw. Neuerstellung von Flächenwidmungsplänen pauschal € 5.000,00. Finanzielle Unterstützung für die Erstellung bzw. Durchführung spezieller Ortsplanungsangelegenheiten 50 % der tatsächlichen Gesamtkosten laut dem Kostenvoranschlag, max jedoch € 15.000,00.

Kontakt:
Amt der Kärntner Landesregierung - Abteilung 3 - Gemeinden und Raumordnung
Herr Dietmar Klingspiegl
Email: dietmar.klingspiegl@ktn.gv.at
Tel.: +43 (0) 50 536 13128
Web: www.ktn.gv.at
https://www.ktn.gv.at/Themen%2dAZ/Details?thema=130&detail=799örderprogramme

Kommunale Förderprogramme 2018 p 20

Kärntner Regionalfonds (K-RegF)

Durch Beratung und Kredite werden über den K-RegF Maßnahmen der regionalen Verkehrs- und Sicherheitsinfrastruktur, bodenpolitische Vorhaben, der Schulbau sowie die örtliche Raumplanung gefördert, um so die räumlichen Voraussetzungen für eine leistungsfähige Wirtschaft in den Gemeinden zu schaffen. Darüber hinaus werden Gemeinden auch im Falle von Katastrophen unterstützt.

Gefördert wird die Herstellung von Gemeindestraßen, Verbindungsstraßen, überregionale Radwege, Landes- und Bezirksstraßen, die Wiederherstellung von Straßen nach Maßnahmen der Siedlungswasserwirtschaft, die Gestaltung von Stadt- und Ortsräumen, die Herstellung von Errichtungen regionaler Sicherheitsinfrastruktur, bodenspezifische Vorhaben, Schulgebäude-Bereitstellung und Sanierung i.S. des Kärntner Schulbaufondsgesetzes, sowie die Beseitigung eingetretener Katastrophen.

Anspruch haben die Kärntner Gemeinden (bei reg. Sicherheitsinfrastruktur auch sonst. Juristische Personen, bei bodenpolitische Vorhaben auch Rechtsträger, an denen eine Gemeinde zu mind. 50 % beteiligt ist und bei Schulbau auch Schulgemeindeverbände)

Die Förderungshöhe bei der Herstellung von Gemeinde- und Verbindungsstraßen beträgt bis zu 50 % der Herstellungskosten, bei der Herstellung von überregionalen Radwegen bis zu 33 % der Herstellungskosten, im Übrigen 100 % der Herstellungskosten, die die Gemeinde tatsächlich zu tragen hat, bei Schulbauvorhaben 25 % der vom Kärntner Schulbaufonds anerkannten Kosten und bei Beseitigung von Katastrophenschäden 100 % der von der Gemeinde getragenen Kosten.

Kontakt:

Amt der Kärntner Landesregierung - Abteilung 3 - Gemeinden und Raumordnung
Frau SGL Mag.a (FH) Daniela Haan
Email: daniela.haan@ktn.gv.at
Tel.: +43 (0)50 536 13068
https://www.ktn.gv.at/Themen%2dAZ/Details?thema=130&detail=799örderprogramme

4.7 Salzburg

Heizoffensive 2020

Die Umstellung von fossilen Energiequellen oder elektrischer Energie auf Biomasse-Heizung wird mit einem Bonus von € 2.020,-- vom Land Salzburg gefördert. Wenn ein Ölkessel durch eine Pelletsheizung ersetzt wird, dann bekommt man eine Fördersumme von insgesamt € 5.020,--.
Ebenfalls gefördert wird der Austausch von Biomasse- oder Elektro Direktheizung mit dem Baujahr 2005 oder älter in Höhe von € 2.020,--.
Die Heizungsoffensive gilt nur für Personen mit Hauptwohnsitz im Bundesland Salzburg.
Der Antrag zur Förderung kann ausschließlich über die Internetseite www.energieaktiv.at gestellt werden und müssen vor der Bestellung der Heizung durchgeführt werden.
Interessierte können sich mit Fragen jederzeit per E-Mail an foerdermanager@salzburg.gv.at wenden.

Kontakt:
Martin Wautischer, Büro Landesrat Josef Schwaiger
Tel.: +43 (0)662 8042-2700
Mobil: +43 (0)664 3122368
Email: martin.wautischer@salzburg.gv.at, foerdermanager@salzburg.gv

Energiecheck für Klein(st)betriebe

Das Land Salzburg übernimmt Kosten in Höhe von bis zu € 5.000,-- für Projekte der Kleinstbetriebe wie Fenstertausch, Umstellung auf LED, Dämmung der Heizrohre oder einen Pumpentausch. Das umwelt service salzburg unterstützt die Maßnahmen mit einer vorgelagerten Kurz-Energieberatung, dem Energiecheck für Kleinstbetriebe.
Die Projekte müssen mindestens € 2.000,-- kosten um förderungswillig zu sein und müssen beim Salzburger Wachstumsfonds eingereicht werden.
Man muss einen Förderantrag stellen (www.salzburg.gv.at/umweltinvestitionen), sich zum „Energiecheck für Klein(st)betriebe“ anmelden und Bericht sowie Rechnungen einreichen.

Kontakt:
umwelt service salzburg
DI Thomas Brandhuber,
Tel.: +43 (0)662-8888-438

Salzburger Wachstumsfonds
Mag. Tanja Tobanelli
T.: +43 (0)662-8042-3872
http://www.umweltservicesalzburg.at/de/neuigkeiten/detail.asp?id=585&tit=F%C3%B6rderaktion+f%C3%BCr+Klein%28st%29betriebe

4.8 Steiermark

Revitalisierung historisch bedeutender Denkmäler

Das Land Steiermark unterstützt die Revitalisierung und Erhaltung historisch wertvoller Bauten und Anlagen im Sinne der Bewahrung regionaler Identität.
Förderungsdarlehen beträgt max. EUR 150.000,- pro Objekt und Jahr auf eine Laufzeit von 10 Jahren und einer Verzinsung von 0,5 % p.a. dekursiv für max. die Hälfte der anerkannten denkmalrelevanten Kosten.
Zu den nicht rückzahlbaren Förderungsbeiträgen zählen solche, die die Planung und Befundung betreffen (max. 50 % der anerkannten Kosten, max. EUR 3.000,- pro Objekt und Jahr) sowie denkmalrelevante Kosten (max. 10 % der anerkannten Kosten und max. EUR 20.000,- pro Objekt und Jahr).
Zu den Förderungsmaßnahmen zählen unter anderem Rückführung zurückliegender Fehlmaßnahmen, statische Sicherung, Reparatur bzw. Ergänzung von Dachstühlen und Lattungen, Erhaltung von Gewölben, Sichtholzdecken, Stuckdecken, wertvollen Bodenbelägen und besondere Einzelelemente etc.

Kontakt:
Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Landesamtsdirektion, Referat Kommunikation
Land Steiermark.
Hofgasse 16
8010 Graz
Tel: +43 (0)316 877-0
Fax: +43 (0)316 877-3188
Rosa Bernat-Reisinger
Tel.: +43 (0)316/877 - 3742
Sabine Lenz
Tel.: +43 (0)316 877 - 3767
http://www.wohnbau.steiermark.at/cms/beitrag/12120743/113384089

4.9 Tirol

Förderungen von A-Z:
https://www.tirol.gv.at/buergerservice/foerderungen/

Revitalisierungsmaßnahmen in Tiroler Dörfern – Maßnahmen der Dorferneuerung

Das Land Tirol fördert bauliche Revitalisierungsmaßnahmen in Tiroler Dörfern. Ziel ist die Erhaltung, Erneuerung und Festigung dörflicher Bausubstanz um geeignete Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung in Revitalisierungszonen zu schaffen, Leerstand zu vermeiden sowie Qualitätssicherung bereits bestehender Kulturgüter.
Die Förderung von Sanierungs- und Umbaumaßnahmen ist begrenzt mit einer max. Grundförderung von 16.000,- sowie Höchstförderung von 32.000,-
Förderungsmaßnahmen sind zB. Dachsanierungen, umfassende Innensanierungen, Türen und Fenstersanierungen von mind. seit 3. Jahren ungenutzten Objekten zu Wohn- und Geschäftsgebäuden.
Neben Revitalisierungsmaßnahmen stehen noch andere Bereiche im Fokus von Dorferneuerungsmaßnahmen, wie das Programm ÖkoPlus
Das Programm „Ökoplus“ behandelt Maßnahmen zur Landschafts- und Grünraumgestaltung, um erfahrbaren Naturschutz verstärkt in das Bewusstsein der Gemeindearbeit zu rücken. Ziel: Schaffung von Gemeinden zum „Wohlfühlen“, regionale Erholungsräume, Natur in Dörfern.

Kontakt
Geschäftsstelle für Dorferneuerung
Heiliggeiststraße 7-9
6020 Innsbruck
Tel: +43 (0)512/508-3802;
Fax: +43 (0)512/508-3805;
HR DI Nikolaus Juen
Tel: +43 512 508 3800

Richtlinien für Dorferneuerung:
https://www.tirol.gv.at/landwirtschaft-forstwirtschaft/agrar/dorferneuerung-tirol/downloads-de/

Energieförderungen

Das Land Tirol unterstützt Unternehmen, Privatpersonen Betriebe und Gemeinden bei Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energieträger. Die wichtigsten Angebote sind:

- Förderungen für Wärmepumpen
- Förderung von Solarstromspeichersysteme
- Energieeffizienzsteigerung von Straßenbeleuchtungen
- Förderungen von Kleinwasserkraftwerken

Kontakt:
Abteilung Wasser-, Forst und Energierecht
Heiliggeiststraße 7
6020 Innsbruck
Tel: +43 (0)512/508 2472
Fax: +43 (0)512/508 742475
E-Mail: wasser.energierecht@tirol.gv.at

https://www.tirol.gv.at/umwelt/energie/energiefoerderungen/

Sonderprogramme zur Förderung der Regionalentwicklung

Die Tiroler Landesregierung hat für genau festgelegte Gebiete regionalwirtschaftliche Sonderprogramme festgelegt. In diesen Programmen werden Maßnahmen gefördert, die eine für dieses Gebiet nachhaltige und wirtschaftliche Regionalentwicklung ermöglichen.

Sonderprogramme:

https://www.tirol.gv.at/arbeit-wirtschaft/wirtschaftsfoerderung/sonderprogramme/

Eines dieser Programme ist das Sonderförderungsprogramm Naturparkregion “Lechtal-Reutte“. Dieses umfasst u. A. die Ortskernrevitalisierung, energiebezogene Vorhaben in Energie und Umwelttechnik, sowie naturnahen Qualitätstourismus.

Link:

https://www.tirol.gv.at/arbeit-wirtschaft/wirtschaftsfoerderung/sonderprogramme/sp-lechtal/

Kontakt:
Sachgebiet Wirtschaftsförderung
Heiliggeiststraße 7
6020 Innsbruck
Tel: +43 512 508 3217
Fax: +43 512 508 743235